



Georg Zinner

Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil

Schriften, Aufsätze, Reden, Interviews
zu Sozialpolitik und Gesellschaft

2., erweiterte Auflage (Digitaledition)

- Teilausgabe: [1] **Sozial-kulturelle Arbeit**
[2] Leben im Alter
[3] Organisation, Staat und freie Wohlfahrt
[4] Bürgerschaftliches Engagement
[5] Jugendarbeit und Jugendhilfe
[6] Inklusion
[7] Wer war Georg Zinner?

Dieses Kapitel ist eine Teilausgabe der folgenden Publikation:

Georg Zinner, Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil: Schriften, Aufsätze, Reden, Interviews zu Sozialpolitik und Gesellschaft / Hrsg.: Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.; Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.; Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V. – Berlin: 2. erw. Aufl. (Digitaledition), Januar 2017

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany

Redaktion: Eva Bittner, Gökçen Demirağlı, Jürgen Kipp, Birgit Monteiro, Markus Runge, Herbert Scherer, Stefan Schütz, Rosa Strobl-Zinner, Bianca Thiede, Stephan F. Wagner
Lektorat: Stefan M. Schult de Morais
Titelfoto: Die Hoffotografen

Visuelle Konzeption, Produktion: diálogo®, Berlin
www.dialogo.de



Die hier veröffentlichten Schriften sowie weitere Texte Georg Ziners stehen auch online zum Lesen bereit: www.nbhs.de/georg-zinner/

Sozial-kulturelle Arbeit

<i>Einführung von Herbert Scherer</i>	11
1980 Sozial-kulturelle Arbeit als Arbeitsfeld für Nachbarschaftsheime	13
1986 Nachbarschaftsbezogene sozial-kulturelle Arbeit hat Zukunft	20
1988 Sozial-kulturelle Gemeinwesenarbeit – Geschichte und Renaissance in der Bundesrepublik	37
1995 Die Arbeit in den 80er Jahren – Zur Entwicklung der aktuellen Arbeit	46
1996 Klient, Konsument oder gestaltender Bürger – Menschenbilder in der sozial-kulturellen Arbeit	61
1999 Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil – Die Grundlagen ihrer Arbeit (von Georg Zinner und Dietmar Freier)	79
2000 Nachbarschaftsheime in der Bürgerkommune	89
2001 Trends in der Stadtteilsozialarbeit Interview von Andreas Brüning für das Magazin <i>alice</i>	97
2004 Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser als Partner lokaler Politik und bürgerschaftlichen Engagements	103
2005 Grundsätze und Leitlinien der sozial-kulturellen Arbeit im Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.	116
2006 „Mehrgenerationenhäuser“ – Ein Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Schaffung neuer Nachbarschafts- einrichtungen	123
2007 Soziokulturelle Zentren	130
2008 Nachbarschaftshäuser auf dem Weg in die Bürgergesellschaft	134
2011 Festempfang 60 Jahre VskA (Gesprächsrunde mit Sabine Beikler, Herbert Scherer und Georg Zinner)	146
2013 Grundlegendiskussion auf der Jahrestagung Stadtteil- arbeit des VskA 2012	161

Pragmatische Programmatik – Variationen zum Thema „Sozial-kulturelle Arbeit“

von Herbert Scherer

1972 hatte sich der „Verband Deutscher Nachbarschaftsheime“ nach heftigen internen Debatten in „Verband für sozial-kulturelle Arbeit“ umbenannt. Diese Namensgebung stellte einen reformerischen Kompromiss dar zwischen den Traditionalisten, die am bisherigen Namen festhalten wollten, und den jungen Rebellen, die sich für den Namen „Verband für Gemeinwesenarbeit“ stark gemacht hatten. Eine ausgereifte Programmatik war zu diesem Zeitpunkt mit der neuen Namensgebung nicht verbunden. Es handelte sich eigentlich nur um die Übersetzung des Namens des niederländischen Partnerverbandes. Der dortige Dachverband der Nachbarschaftsheime nannte sich „Sociall kulturell Vormingswerk“. Im niederländischen Sprachgebrauch versteht man unter sozial-kultureller Arbeit alle Sparten sozialer Arbeit, die nicht im engeren Sinne fürsorgerisch sind.

Als Georg Zinner in den 80er Jahren die Arbeit des Nachbarschaftsheims Schöneberg, dessen Leitung er im Jahr 1978 übernommen hatte, umgestalten wollte, gab er dem Begriff „sozial-kulturelle Arbeit“ eine programmatische Dimension und nutzte diese als Möglichkeit, die bestehende Praxis an dem höheren Anspruch zu messen, zu dem man sich mit der Namensgebung vermeintlich schon verpflichtet habe.

Dieser Einstieg in die Debatte hat zu einem Missverständnis geführt, dessen Auswirkungen zwei Jahrzehnte überdauert haben und dessen Nachwehen noch heute manchmal zu spüren sind. Es gab einige, die in Georg Ziners Überlegungen und Thesen einen Theorieansatz sahen, den man auf theoretischer Ebene (mit einer richtigeren Theorie) bekämpfen müsse. Aber es ging Georg Zinner weder im ersten noch in den weiteren über Jahrzehnte verteilten Aufsätzen zur sozial-kulturellen Arbeit um eine theoretische Herleitung von Ansprüchen an die Praxis der

Nachbarschaftsarbeit. Umgekehrt: Am Anfang stehen Überlegungen zur Verbesserung und Weiterentwicklung der praktischen Arbeit, denen mit der programmatischen Interpretation des Begriffs sozial-kulturelle Arbeit ein argumentativer Begründungszusammenhang gegeben wird, der diese Überlegungen in einen größeren Zusammenhang stellt und ihnen eine größere Überzeugungskraft verleihen soll.

Bei allen Unterschieden, die dem jeweiligen Kontext geschuldet sind, weisen Georg Zinners Überlegungen in den entscheidenden Aspekten eine große Kontinuität auf, weil sie auf einer ethischen Grundlage stehen, die mit unerschütterlichen Überzeugungen einhergehen. Alles, was die Menschen, mit welchen Begründungen auch immer, kleiner macht, als sie sind oder sein können, ist Georg Zinner zutiefst suspekt. Es geht ihm durchgehend darum, auf die Potenziale der Menschen zu blicken und sie zu stärken – und das nicht nur in der Theorie, sondern in allen Aspekten der Arbeit des Nachbarschaftsheim.

Die unermüdliche Wiederholung dieser Grundpositionen in einem um den anderen Aufsatz kann als Indiz dafür verstanden werden, dass es sinnvoll ist, der Sozialarbeit diese einfachen Grundsätze immer wieder vorzuhalten, weil sie nach wie vor dazu beitragen können, die praktische Arbeit gründlich zu verbessern.

Die Beschreibung der konkreten Umsetzung dieser Ansätze im Nachbarschaftsheim Schöneberg sollte in diesem Zusammenhang nicht als „Eigenlob“ missverstanden werden. Sie soll vielmehr den Beleg für die Machbarkeit und den Pragmatismus dieser Programmatik liefern und diejenigen widerlegen, die sich den machbaren Verbesserungen mit resignativem Pessimismus, fundamentalistischen Radikalforderungen oder vermeintlicher politischer Korrektheit entziehen.

Herbert Scherer war lange Jahre im Verband für sozial-kulturelle Arbeit tätig, zuerst ab 1986 als Projekttherater und später von 1990 bis 2010 als Geschäftsführer.

Sozial-kulturelle Arbeit als Arbeitsfeld für Nachbarschaftsheime (1980)

Die in Berlin bestehenden Nachbarschaftsheime (vom Senat recht gut finanziert) sind in der Praxis kaum als sozial-kulturelle Zentren zu verstehen, obwohl sie als solche verstanden werden wollen, sind sie doch in einem Landes- und Bundesverband für sozial-kulturelle Arbeit zusammengeschlossen.

In der Praxis sind sie soziale Einrichtungen freier Träger der Wohlfahrts-pflege, die nach einem Intermezzo in der Gemeinwesen- bzw. Stadtteil-arbeit zurückgekehrt sind zu „bewährten Formen“, zu herkömmlich aufgeteilter und organisierter Alten-, Jugend- und Kinderarbeit. Die einzelnen Gruppen werden mehr oder minder intensiv „betreut“. Die Be-treuungsformen richten sich an den Altersgruppen aus: Kinder werden aufbewahrt und sozialisiert in der Kita, Jugendliche werden integriert und freizeitbeschäftigt, Alte werden als „Senioren“ betuttelt und vernachlässigt zugleich; gesellschaftliche Normen brauchen im Sinne einer Erziehung, Sozialisation oder Integration an sie nicht mehr herangetra-gen werden. All dies geschieht mit mehr oder weniger starker staatlicher Hilfe.

Das ist – vergrößert – der Zustand der Nachbarschaftsheime. Einige von ihnen – das Nachbarschaftsheim Schöneberg, von dem der Verfasser berichtet, gehört dazu – haben Ende der 1960er Jahre, Anfang der 1970er Jahre versucht, gegen diese traditionellen Formen die modern geworde-ne und von Studentenprotest und Reformbewegung geförderte Gemein-wesenarbeit, auch Stadtteilarbeit genannt, dagegenszusetzen. Den klas-sischen Methoden der Sozialarbeit

- der Einzelfallhilfe mit persönlichkeitsbezogenen Lösungsmustern im Sinne einer Anpassung an das gesellschaftliche Normengefüge und System und
- der Gruppenarbeit mit gruppenzentrierten Lösungsmustern im Sinne gegenseitigen Akzeptierens unter Ausschluß gesellschaftlicher Pro-

bleme und Widersprüche „als Erziehung zur Demokratie“ und zu einem „vollwertigen Mitglied der Gesellschaft“ wurde eine weitere Variante hinzugefügt.

In den Nachbarschaftsheimen tätige Kollegen waren mit der auf Integration ausgerichteten Sozialarbeit nicht mehr zufrieden mit der Folge, daß das von den US-Amerikanern inspirierte Programm der Nachbarschaftsheimen ins Wanken geriet. (Anmerkung: Die Nachbarschaftsheimen wurden in der Nachkriegszeit von den Amerikanern gegründet und waren Bestandteil des „re-education program“, der Erziehung der Deutschen zur Demokratie, wie US-Amerikaner sie sich vorstellen.)

Die neue Variante, Gemeinwesen- bzw. Stadtteilarbeit, sollte im Unterschied zu den anderen klassischen Methoden der Sozialarbeit nicht nur individuelle oder gruppenspezifische und politikferne Probleme lösen. Ihr ging es darum, die Objekte ihres bisherigen Handelns zu handelnden Subjekten ihrer Bedürfnisse und Interessen zu machen, auf daß sie von Staat und/oder Kommune forderten, was ihnen zustand. Die „Disparitäten“ (Offe) sollten abgebaut und eine Betroffenenorganisation und -beteiligung aufgebaut werden. (Auf das falsche Politikverständnis und die damit gehegten Illusionen kann an dieser Stelle leider nicht eingegangen werden.) Das traf sich ökonomisch mit der Stadterneuerungspolitik, politisch mit dem Ruf nach „mehr Demokratie wagen“ (Brandt) und der Forderung nach „mehr Lebensqualität“ (Brandt). Zwar war die betroffene Bevölkerung nicht mobilisierbar, jedoch waren es Studenten und Intellektuelle, deren soziales und politisches Engagement am Ende der Studentenbewegung Betätigungsfelder brauchte.

In unserem Fall – dem Nachbarschaftsheim Schöneberg – gründeten Sozialarbeiter des Nachbarschaftsheimen und in der Umgebung wohnende Studenten eine Bürgerinitiative (aktion spielraum e. V.), die sich zum Ziel setzte, Spielplatzeinrichtungen für den kinderreichen Bezirk durchzusetzen. Dies gelang in einem erstaunenswerten Umfang. Gearbeitet wurde aber für die Betroffenen, nicht mit den Betroffenen. Die Mitarbeiter des Nachbarschaftsheimen demokratisierten mit Hilfe der Bürgerinitiative ihren Trägerverein (und damit ihren Arbeitgeber).

Nach den erfüllten Aufgaben entstand ein Vakuum. Die Gemeinwesenarbeit des Nachbarschaftsheimes hatte kein rechtes Betätigungsfeld mehr. Die Kinderarbeit war in einer von den Erziehern weitgehend selbstständig geleiteten Kindertagesstätte zusammengefaßt, die Altenarbeit hatte sich unter ehrenamtlichen Helfern verselbständigt, und die „Senioren“ nahmen keine Notiz von der Stadtteilarbeit. Die kräftezehrende Jugendarbeit war zugunsten der Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit eingestellt worden.

Als der Verfasser vor knapp zwei Jahren am Beginn seiner Arbeit für das Nachbarschaftsheim Schöneberg stand, fand er neben einer allgemeinen „Motivationskrise“ der Kollegen folgende Situation vor: Trotz jahrelanger Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit hatten weder Bürgerinitiative noch Sozialarbeiter des Nachbarschaftsheimes Zugang zur Bevölkerung. Die Mitglieder der Bürgerinitiative und die Mitarbeiter des Nachbarschaftsheimes blieben unter sich. Der gemeinsame Stadtteilladen – in exponierter Lage – geriet gegen die Intention zum geschlossenen „Insider-Treff“. Versuche, ihn zu öffnen, ihn den Bürgern zur Verfügung zu stellen, scheiterten, obwohl massive Anstrengungen in diese Richtung unternommen wurden. Ein initiiertes Mütter-Kinder-Café kam über unverbindliche Plauderei nicht hinaus und schief wieder ein. Ein Treffpunkt für Alt und Jung, „Der Nachbar“, wurde zum zweifelhaften Kaffeekränzchen einiger älterer Damen, deren Bedürfnis nach Kommunikation von den professionellen Mitarbeitern als Bedürfnis nach serviler Betreuung voller Unterwürfigkeit verstanden wurde, aus Angst, die Bürger könnten sonst wieder davonlaufen.

Zur eingerichteten Bürgerberatung kamen auch nach beinahe zwei Jahren kaum Bürger. Am ehesten wurde noch die Mieterberatung in Anspruch genommen. Die Bürgerinitiative traf sich eigentlich nur noch zum liebgewonnenen Plausch und hatte immer größere Schwierigkeiten, sich als Initiative der Bürger zu verstehen, und nicht weniger Schwierigkeiten, Aufgaben zu finden und sich damit zu legitimieren. Eine herausgegebene Zeitung konnte so gut wie nicht verkauft werden, wurde aber nichtsdestotrotz weiter hergestellt. Geld gab im Zweifel das Nachbarschaftsheim.

Inzwischen macht das Nachbarschaftsheim wieder Jugendarbeit in einem eigenen Jugendfreizeitheim, nachdem der Senat dafür Mittel zur Verfügung stellte. Damit ist ein wichtiger, wegen der Stadtteilarbeit ins Abseits geschobener Bereich wieder ins Leben gerufen worden. Nicht vorangekommen aber ist die Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit. Der anhaltende Tiefstand ist nicht spezifisch für Schöneberg, er gilt allgemein. Das Bestreben der Gemeinwesenarbeit, Disparitäten, Defizite u. ä. professionell angeleitet mit Hilfe der Betroffenen zu beseitigen, ist nicht nur wegen der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zum Scheitern verurteilt: In Wirklichkeit konnte das Subjekt-Objekt-Verhältnis der Sozialarbeiter zu den Betroffenen, wie bei den anderen klassischen Methoden, nicht aufgehoben werden. Erst die Definition, daß der Betroffene zur eigenen Interessenwahrnehmung nicht in der Lage ist, rechtfertigt sein Eingreifen, das de facto den Betroffenen diskriminiert, zumindest objekthaft macht. Bürgerinteressen, Benachteiligteninteressen und Sozialarbeiterinteressen müssen nicht immer übereinstimmen, selbst wenn sie objektiv identisch sein können, es vielleicht bei genauem Hinsehen sogar sind.

Fatal für professionelle Sozialarbeit, wenn ringsum in Form von Bürgerinitiativen erfolgreichere Betroffenenarbeit geleistet wird, selbst dann noch, wenn bei kritischer Würdigung festzuhalten ist, daß diese Betroffenenarbeit wiederum fast ausschließlich von Studenten und Intellektuellen geleistet wurde und wird.

Fatal, wenn eine Planstelle für Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit vorhanden ist und der zuständige Sozialarbeiter Schwierigkeiten hat, tätig zu werden; erst recht, wenn sich ringsum „Stadtteilcafés“ bilden, eine „Fabrik für Handwerk, Kultur und Sport“ entsteht, sich Nachbarschafts- und Kulturvereine gründen.

Einzelfallhilfe passé, Gruppenarbeit passé, enttäuscht von der Gemeinwesenarbeit, her mit der Kulturarbeit? Also ein neuer Modernismus? Oder endlich auf dem richtigen Weg zu einer Identität von Nachbarschaftsheiminteressen mit Bürgerinteressen?

Vor wenigen Jahren, auch unter dem Eindruck der studentischen Politbewegung, waren Kultur, Sport, Musik, Kunst in der fortschrittlichen

Sozialarbeit noch verpönt, war es den konservativen und reaktionären Kreisen möglich, diese Begriffe und Inhalte für sich zu besetzen. Erst jetzt, unter den Herausforderungen der Ökologiebewegung und der Alternativ-Kultur wird deutlich, daß Politik auch einer Kultur verpflichtet sein muß, erst jetzt wird Kulturarbeit für eine fortschrittliche Sozialarbeit aktuell. Sie gibt subjektiven Bedürfnissen Raum und ist ihr Ausdruck, sie ist politisch, weil identitätsbildend, ausdrucksfördernd. Kurz: Kulturarbeit sollte für Nachbarschaftsheim ein „Methodenansatz“ werden, weil über sozial-kulturelle Tätigkeit für eine Reihe von Menschen soziale Identität entwickelt werden kann, ein Selbstbewußtsein für Kiez, Lebensgeschichte und Alltagspraxis. Wer darin „beheimatet“ ist, fällt nicht „raus“ und braucht nicht durch eine herkömmliche Sozialarbeit integriert zu werden (womit nicht ausgedrückt werden soll, daß Sozialarbeit damit überflüssig wird, schon der materiellen Probleme wegen).

Sozialarbeiter sollten sich aber nicht plötzlich als „Kulturtherapeuten“ oder ähnliches begreifen, sondern sich beschränken auf Moderation, auf das Zur-Verfügung-Stellen von Räumen, Technik, Instrumentarien. Sie können natürlich beitragen zur Unterstützung von Diskussion und Aktivitäten, können diese initiieren, sie sollten aber vermeiden, die Aktivitäten zu vereinnahmen oder zu „versozialarbeitern“.

Eine so gesehene Tätigkeit könnte für das Nachbarschaftsheim im sozial-kulturellen Bereich (unter Beteiligung und Einbeziehung von Kinder-, Jugend- und Altenarbeit und der sonstigen Besuchergruppen wie Ausländer-, Therapiegruppen u. ä.) etwa so aussehen:

- Das Nachbarschaftsheim soll möglichst vielen Gruppen bei der Wahrung ihrer Autonomie Räume zur Verfügung stellen und die Aktivitäten dieser Gruppen fördern (für Veranstaltungen, Musik, Tanz, Spiel, Theater, Werkarbeiten u. ä.).
- Das Nachbarschaftsheim tritt selbst oder in Zusammenarbeit mit bestehenden Gruppen als Veranstalter für die o. g. Aktivitäten auf, fördert insbesondere die Diskussion aktueller politischer und sozialer Fragen (etwa zur Atomkraft, zur Stadtplanung, zum Autobahnbau, zur Frauenfrage, zur Kindererziehung, zu Jugendproblemen, zur Ausländerintegration u. ä.) und führt selbst kulturelle Aktivitäten durch, z. B. durch Anbieten von Theater- und Musikveranstaltungen, Lesungen

u. a. m., immer mit dem Ziel, für möglichst alle in der Umgebung wohnenden Bürger Angebote zu machen, in denen sie sich wiederfinden können.

- Wie schon erprobt (ein Hobby-Maler hat 1979 seine Bilder im Nachbarschaftsheim ausgestellt) sollen solche Ausstellungen wiederkehrend stattfinden und möglichst mit einem Thema verknüpft sein, das gerade bei anderen Aktivitäten herausragt, die vielleicht sogar gerade daraus entstehen.
- Nicht notwendiges, aber mögliches Ergebnis der genannten Aktivitäten könnten Seminare, Vortragsreihen, politische und soziale Aktivitäten sein, die von bestimmten Besuchergruppen getragen und vom Nachbarschaftsheim unterstützt werden können, auch das Nachbarschaftsheim selbst könnte Träger solcher Aktivitäten werden.
- Ein schon jährlich stattfindendes Bürgerfest (auf Initiative der schon genannten „aktion spielraum e. V.“) brauchte nicht mehr themenlos stattfinden, es könnte der Höhepunkt und thematischer Kristallisationsanker einer ganzen Reihe von Aktivitäten zu einem bestimmten Aspekt werden (Beispiel: Verständigung mit Ausländern).
- Dem beklagten Problem der Traditions- und Geschichtslosigkeit, der „sozial-kulturellen Desintegration“, wäre (beispielweise) so zu begegnen: Kinder und Jugendliche können durch bestimmte Aktivitäten ihren Stadtteil, ihre Straße, ihr Haus kennenlernen und manch Unbegrieffenes dadurch verstehen und so etwas wie ein richtig verstandenes Heimatgefühl entwickeln. (Wir sollten uns hüten, solche Positionen den Reaktionären zu überlassen, z. Zt. nutzen gerade neofaschistische und rechtsradikale Gruppen entsprechende Bedürfnisse Jugendlicher für sich.) Solches Kennenlernen kann geschehen durch Befragen der Eltern, Großeltern, der Nachbarn, die Ergebnisse können niedergeschrieben werden, es kann eine Zeitung gemacht werden, eine Ausstellung zusammengestellt werden u. v. a. Auf dieser Ebene ist sogar eine Verständigung der altersmäßig sehr verschiedenen Gruppen im Nachbarschaftsheim denkbar.

Natürlich sind diese Aktivitäten finanziell und personell abzusichern. Aber das ist schon deshalb möglich, weil sich vermutlich viele der Aktivitäten selbst tragen können. Notwendigerweise sind die gemachten Überlegungen fragmentarisch, schon weil wir noch am Anfang stehen und weil sie vom „grünen Tisch“ aus angestellt sind. Dennoch, durch

diese Arbeit könnte eine Verschränkung sozialer, kultureller und politischer Inhalte und Aktivitäten verwirklicht werden. Traditionelle Formen der Nachbarschaftsheimarbeit können neben dieser Form bestehen und davon profitieren. Den Monopolen wird der Kulturbegriff strittig gemacht, ohne daß etwa das Nachbarschaftsheim Kultur neu monopolisiert. Diese Kultur soll denjenigen gehören, die sie machen. Eine Schlußbemerkung ist trotzdem noch zu machen:

Das Nachbarschaftsheim braucht bei dieser Form der Arbeit die „betreuten“ Besucher nicht über die objekthafte Definition „Klienten“ zu begreifen, um eigene Aktivitäten daraus zu legitimieren; der Besucher wird also nicht mehr erst klassifiziert, und der Besucher braucht dies auch nicht für sich selbst tun: er ist der Aktive und Beteiligte. Damit wird das Haus zugänglich für jeden.

Aus: Rundbrief 1.1980, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Nachbarschaftsbezogene sozial-kulturelle Arbeit hat Zukunft (1986)

Vor etwa sechs Jahren, als das Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. der Berliner Senatsverwaltung ein neues Konzept sozial-kultureller Arbeit vorstellte, wurde dieses milde belächelt: ein Modernismus, eine neue Methode der Sozialarbeit, das übliche Umsteigen gescheiterter Sozialarbeiter/-pädagoginnen auf neue Arbeitsformen, die Bestätigung ihrer Charakterlosigkeit sozusagen, wurde dort vermutet. Heute würde das niemand mehr behaupten, im Gegenteil, es wird anerkannt, daß das Nachbarschaftsheim Schöneberg auf dem Gebiet der sozial-kulturellen Arbeit Schrittmacherdienste geleistet hat.

Aber nicht nur die zuständige Senatsverwaltung war skeptisch, Mitarbeiter anderer Nachbarschaftsheime, Kommunalpolitiker und Kollegen aus der eigenen Einrichtung konnten ihre Skepsis nicht verbergen. Wir wurden beschuldigt, die sogenannten sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu vernachlässigen und so etwas wie „Edelsozialarbeit“ – was immer das sein soll – zu betreiben. Es war wie immer, wenn neue Ideen wirksam werden. Die Herausforderung wurde nicht etwa angenommen, sie wurde vielmehr mißtrauisch beäugt und mit Verachtung gestraft. Bedeutete die Initiative doch, daß die Schlafmützigkeit mancher praktisch in Frage gestellt wurde. Unsere Leistung wurde zur lebendigen Kritik an dem in der Sozialarbeit so pflegsam kultivierten Jammern und Stöhnen über die Wirkungslosigkeit eigener Tätigkeit, das Fehlen ausreichender finanzieller Mittel und die Schlechtigkeit der Gesellschaft im allgemeinen.

Der Erfolg aber gab uns recht. Wichtiger noch: Zur gleichen Zeit und gehäuft in den letzten Jahren entstanden in Berlin und in vielen anderen Städten der Bundesrepublik geradezu epidemieartig neue sozial-kulturelle Nachbarschaftsinitiativen. Sie dokumentieren Bürgerinteressen und Bürgerwillen und sind beispielsetzende Ergänzungen herkömmlicher Sozialarbeit. Sie beweisen, daß sich die Bevölkerung nicht mehr

allein damit zufriedengibt, wenn Sozialarbeiter sich aus Ämtern und Institutionen heraus – bescheiden oder anspruchsvoll – für die benachteiligten Bevölkerungsgruppen „aufopfern“. Diese „Aufopferung“ wurde zwar sozialarbeiterischem Ethos gerecht, manövrierte aber in der Praxis und in unserem Beispiel viele Nachbarschaftsheime ins sozialpädagogische und gesellschaftliche Abseits und dies, obwohl man sich zu einem Verband für sozial-kulturelle Arbeit zusammengeschlossen hatte. Kein Wunder, daß bis heute dieses unsanfte Erwachen in der Realität manchem nicht behagt.

Das drohende Abseits der etablierten Nachbarschaftsheime und ihres Verbandes dokumentiert am eindrucksvollsten die Aufzählung einiger Initiativen, die in den Jahren seit 1980 allein in Berlin entstanden sind: Fabrik für Kultur, Freizeit und Sport (UFA-Fabrik), Regenbogenfabrik, Schokoladenfabrik (Frauenstadtteilzentrum), Kulturhaus Spandau, Kulturhaus Wilmersdorf, Fabrik Osloer Straße/Prinzenallee, Nachbarschaftshaus Prinzenallee, Nachbarschaftsladen Mindener Straße/Huttenstraße, Forum Kreuzberg, Nachbarschaftsverein Forsterstraße, Nachbarschaftsverein Saatwinkler Damm.

Das ist keine vollständige Aufzählung. Sogar städtische Jugendfreizeitheime besinnen sich eines sozial-kulturellen Ansatzes. In Berlin sind zu nennen: Villa Kreuzberg, Statthaus Böcklerpark, Jugendfreizeitheim Frohnau.

Die Stadt München plant, in allen Bezirken Bürgerhäuser einzurichten. Ähnliche Planungen gibt es für Wiesbaden. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat sich im vergangenen Herbst mit dem Thema „Nachbarschaftsarbeit und Selbsthilfe“ auf einer Tagung befaßt, deren Wiederholung wegen des großen Interesses geplant ist. Schätzungsweise gibt es allein in Nordrhein-Westfalen zwischen 30 und 50 Nachbarschaftsinitiativen, die einen sozial-kulturellen Ansatz praktizieren.

Für nicht wenige ist oder war die Arbeit des Nachbarschaftsheimes Schöneberg Orientierung. Wir selbst haben uns auf Traditionen der Nachbarschaftsarbeit besonnen und von französischer und amerikanischer Nachbarschaftsarbeit gelernt. Manchen der neuen Initiativen ist zu wünschen, daß sie noch stärker den Weg aus der „Szene“ finden. Eine Uni-

formierung ist nicht notwendig. Jedes Haus kann seinen Charakter und seine individuellen Schwerpunkte bewahren und muß es auch tun, um sich an regionalen Gegebenheiten zu orientieren.

Wir können also von einer Bewegung sprechen, müssen aber gleichzeitig festhalten, daß solche Bewegungen natürlich nicht von irgendwelchen cleveren Menschen einfach ersonnen werden. Bewegungen entstehen aus der Gesellschaft heraus, den Gründen dafür nachzuspüren, ist der folgende Teil des Aufsatzes gewidmet.

Die Renaissance sozialer Bewegungen in der BRD

Die Aufbauphase nach dem letzten Weltkrieg ist längst zu Ende gegangen. Der folgende dauerhafte Genuß schöner Konsumgüter und ein akzeptabler Wohlstand können alleine nicht befriedigen. Noch mußte dazu vieles davon hoch bezahlt werden: mit zerstörten Stadt- und Landstrukturen, verlorengangener sozialer und kultureller Identität, mitunter ersetzt durch kommerziell abgewertete und klischeehaft wiederentdeckte Traditionen. Das Wirtschaftswunder hatte intakte Sozialstrukturen zerstört, ohne Gleichwertiges oder Besseres dafür anzubieten. Das „Immer höher, immer weiter, immer mehr“ kann nicht mehr begeistern, stößt vielmehr auf Ablehnung. Technologische Entwicklungen und zerstörte Umwelt bedrohen unmittelbar die menschliche Gesundheit und jede lebenswerte Zukunft. Auch durch immer mehr Raketen läßt sich die angeschlagene Moral nicht mehr aufrüsten, sie symbolisieren viel eher den begonnenen Countdown eines so empfundenen, nicht mehr allzu fernen Endes.

Die Menschen wurden ihrer sozialen und kulturellen Identität beraubt. Erst jetzt, am Ende eines noch nie dagewesenen Konsumrausches, wird ihnen ihre Heimatlosigkeit bewußt. Sie spüren, was sie aufgegeben haben und vermissen, was der Mensch zum Leben braucht: Nähe, Wärme, Dazugehörigkeit oder, neudeutsch ausgedrückt, soziale Integration.

Mit anderen Worten: Die soziale und kulturelle Desintegration und Verunsicherung, die verlorengangene Orientierung und die zerstörte Identität nötigen die Menschen geradezu, sich auf die Suche zu begeben,

sich rückzubewusst auf Erhaltenswertes, kulturelle Eigenheiten zu ergründen, sie neu zu entdecken und zu pflegen, also Strukturen zu schaffen, in denen Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung sich nicht mehr allein durch das glänzendste Auto und die weiteste Reise begründen. Es erfolgte die Rückbesinnung auf die eigene Person und ihre Umgebung, auf menschliche Werte und die Einbindung in soziale Zusammenhänge durch gesellschaftlich sinnvolle und anerkannte nachbarschaftliche und damit überschaubare Organisationsformen, die jedem Aktivität, Beteiligung und Anerkennung ermöglichen und außerdem Ansatzpunkt für die Neugestaltung der Lebensumwelt sein können.

Die Kritik an den bestehenden sozialen Einrichtungen

Der um die Ecke angemietete kleine Laden der Nachbarschaftsinitiative dokumentiert den wichtigen Wunsch nach Nähe und eigener Verfügungsgewalt. Die großen schönen Häuser kommunaler und kirchlicher oder auch gemeinnütziger Träger dokumentieren nicht selten das Gegenteil: Ghettoisierung, Massenbetrieb, Anonymisierung und Herrschaftsstrukturen. Dieser Art bürokratisch – sozialstaatlicher, denn immerhin aus Steuergeldern finanzierter – selbstherrlich technokratischer Sozialarbeit bleibt immer stärker die Zuneigung der Adressaten versagt. In der Regel handelt es sich dann auch um Planungen für den Mitbürger, aber nicht mit und für den Bürger. Allein dieser bei uns verbreitete Sprachgebrauch, der den einen verräterisch zum Mitbürger und den anderen zum generösen Bürger erklärt, beweist unbewußt, was unsere hochgestellten Politiker, Beamten etc. wirklich denken: sie selbst sind die Bürger. Die anderen dürfen nicht ganz vernachlässigt werden.

Den äußerst problematischen Charakter von ghettoisierenden Großeinrichtungen beweist eine Zahl aus Berlin: Nur ca. 5 % aller Jugendlichen besuchen dort die städtischen Jugendfreizeitheime. Bezirkliche Altagsstätten werden häufig entweder von Cliques beherrscht oder nur von jenen Alten besucht, die Ghettoisierung nicht fürchten (brauchen) oder sich gegen herrschaftliche Cliques durchsetzen können. Die Einrichtungen großer Wohlfahrtsverbände sind leider zumeist nicht von den kommunalen zu unterscheiden, die Verfügungsgewalt liegt in irgendwelchen Zentralen, Bürokraten bestimmen, was geschehen darf

und wo die Grenzen liegen, die Unabhängigkeit und Eigeninitiative von Gruppen ist unerwünscht und gefürchtet. Die Türen bleiben außerhalb ortsüblicher Arbeitszeiten verschlossen.

Allgemein wird, wie in der Gesamtgesellschaft auch, alles schön sortiert und separiert: Altentagesstätten für die Alten, Kindertagesstätten für die Kinder, Jugendfreizeitheime für die Jugendlichen, Behinderteneinrichtungen für die Behinderten, Sondereinrichtungen für Sonderfälle usw. Die Größe der Einrichtung orientiert sich an vermeintlicher Wirtschaftlichkeit, die Stadtteilbezogenheit der Einrichtung kann schon daran verlorengehen.

Der Wunsch nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung

Es beginnt ein allgemeines Bewußtsein darüber zu entstehen, in welche Sackgasse die bisherigen Formen sozialer Arbeit geführt haben. Zwar wurden die sozialen Dienste immer mehr erweitert, zwar wurden die Mittel für diese und auch für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung immer mehr ausgeweitet, zwar wurden psychologische und psychotherapeutische Programme immer differenzierter, aber die soziale, gesundheitliche und psychische Verfassung der Bevölkerung wurde dennoch nicht besser. Nicht allgemeines Wohlbefinden wurde erreicht, sondern umsichgreifende Unzufriedenheit.

Vor allem daraus wächst die Einsicht, daß fremdbestimmte, bürokratisch-apparative, professionalisierte und technisch hervorragend ausgestattete soziale Dienstleistung allein nicht die versprochene und erwartete Wirkung erzielen kann. Solchermaßen organisierte Sozialarbeit fördert die Fremdbestimmung der Betroffenen, lähmt deren Eigeninitiative und stellt nicht selten berufsständische Interessen über die Interessen der Bürger.

Doch diese reagieren mit dem Wunsch, in gesellschaftlichen und natürlich auch sozialen Anliegen die Eigeninitiative zurückzugewinnen und dokumentieren dies durch Engagement in Bürgerinitiativen, in Selbsthilfegruppen aller Art und in organisierter Nachbarschaftshilfe und -initiative. Die jüngere Generation beteiligt sich daran mehr als die ältere.

Dafür verantwortlich sind aber auch Faktoren wie die Neubewertung von Arbeit und Freizeit, das neu erwachte Interesse an Stadtgestaltung, Umweltbewußtsein und wachsendes soziales Engagement. Man mißtraut dem Staat, der Kommune, den großen Wohlfahrtsverbänden, fühlt sich nicht unbedingt als deren Teil und kann sich nur schwer mit ihnen identifizieren, nicht zuletzt auch deswegen, weil diese Institutionen den Bürgern als Machtfaktoren in der Form anonymer Bürokratien gegenüberübertreten. Die Konsequenz daraus ist die Schaffung kleinräumiger, überschaubarer, vertrauter und selbstbestimmter Strukturen.

Der gepredigten Wende von oben setzen Bürger ihren eigenen Wertewandel von unten entgegen. Der Wunsch nach politischer Mitbestimmung, gesellschaftlicher Beteiligung und nach Selbstorganisation prägt jene außerökonomischen Bedürfnisse, deren Bedeutung dort „oben“ noch lange nicht erkannt ist und vor denen sich alle Großorganisationen fürchten.

Die zentrale Rolle der Frauen in diesem Prozeß

Es steht mir kaum zu, das zu sagen, aber ich bin davon überzeugt, daß bei der Schaffung neuer kommunikativer, selbstbestimmter und wohl-tuender Strukturen Frauen die wichtigere Rolle einnehmen. Sie knüpfen unmittelbarer an Bedürfnisse an und lösen Probleme praktischer. Sie engagieren sich stärker, direkter und wohl auch anhaltender. Ihre Kommunikationsbereitschaft ist größer.

Dieses Engagement entspricht nicht mehr der traditionellen „ehrenamtlichen Hilfe“, wie sie Wohlfahrtsverbände und staatliche Institutionen zu nutzen wußten. Fragwürdige Aktionen, die darauf abzielen, Frauen auch künftig als kostenlose Helferinnen zu engagieren, gibt es auch heute wieder, in Berlin z. B. die fragwürdige Aktion des Sozialsenators „Ich für Dich“. Dem entgegensteht, daß Frauen heute selbst darüber entscheiden, wofür sie sich engagieren. Auf diese Weise wird ehrenamtliche Hilfe durch bürgerschaftliches Engagement ersetzt. Dieses bürgerschaftliche Engagement zu fördern und ihm in unseren Nachbarschaftsheimen Platz zu geben, ist eine wichtige Aufgabe für uns.

Auf der Suche nach neuen Konzepten und Organisationsformen

Problematische, zentrale und für großflächige Einzugsgebiete vorgesehene soziale Einrichtungen produzieren die Frage nach bürgernaher und gemeindebezogener Versorgung. Die dazu geführte Diskussion wird nicht nur von Wünschen Betroffener bestimmt, sie ist auch Credo von Fachleuten geworden, und selbst Politiker haben derzeit wenig Mühe, einer Regionalisierung das Wort zu reden.

Der Hintergrund dafür liegt vermutlich vor allem darin, daß zentrale Organisationen höhere Kosten als kleine Einheiten verursachen. Sie benötigen teure Infrastrukturen, verursachen hohe bauliche Kosten und haben als Überbau teure und bürokratische Verwaltungsapparate.

Die soziale Arbeit in solchen Großorganisationen wird durch Anonymität, Isolationsgefühle und Ausschluß Betroffener von Mitbestimmung und Mitgestaltung geprägt. Sie sind also teuer, nicht attraktiv und, gemessen an den Kosten, nicht effizient genug.

Daraus sind neue Planungsgrundsätze zu folgern:

- statt zentral – gemeindenah,
- statt institutionell – außerinstitutionell,
- statt groß – klein,
- statt stationär – ambulant, und häufig auch:
- statt weiterer Professionalisierung – mehr Selbsthilfe.

Der Ausbau von Sozialstationen zur häuslichen Krankenpflege, Hauspflege mit angeschlossenen weiteren sozialen Dienstleistungen (also klassischen Nachbarschaftshilfen) wird folgerichtig auch bundesweit betrieben. Leider haben nur wenige Nachbarschaftsheimen die zentrale Bedeutung von Sozialstationen und die darin liegende Verbesserung der Nachbarschaftsarbeit erkannt. Eine zentrale Aufgabe nachbarschaftlicher Hilfe und Versorgung wird auf diese Weise weiterhin zentral gesteuerten Wohlfahrtskonzernen oder weltanschaulich nicht neutralen Einrichtungen (Kirchen) überlassen bleiben.

Die Suche nach dezentralen Konzepten läßt gleichzeitig das vielgescholtene Subsidiaritätsprinzip neu erblühen. Das als problematisch anzuse-

hende, gesetzlich verankerte Prinzip der Subsidiarität ist also durchaus auch als Chance gegen bürokratisch-sozialstaatliche Bevormundung zu verstehen. Weitere Chancen könnten darin liegen, daß ghettoisierende Einrichtungen abgebaut oder multifunktional genutzt werden können: nicht mehr als riesige Altentagesstätten, Jugendfreizeitheime, Kindertagesstätten, Behinderteneinrichtungen, Psychiatrieanstalten u. ä., sondern als Häuser, in denen die traditionellen Aufgaben dieser Institutionen zusammengefaßt und unter ein Dach integriert werden. Denkbar ist auch, daß verschiedene kleine Einrichtungen in einem regionalen Verbund zusammenarbeiten und gemeinsam dafür Sorge tragen, Angebote für alle Bürger zu machen.

Die Umwandlung darf nicht nur äußerlich geschehen. Die Besucher selbst sollen die Sozialarbeit mitgestalten, Verantwortung in den jeweiligen Einrichtungen übernehmen und mithelfen, daß ein solches Haus an sieben Tagen in der Woche lebendig ist. Die Professionellen müssen dazu beitragen, daß sich die Besucher nicht mehr nur geduldet oder umsorgt zu fühlen brauchen. Professionalisierte Hilfe sollte nicht mehr nur die Klienten behandeln oder für sie handeln, sie soll vielmehr zurückhaltend und partnerschaftlich wirken, nicht besserwisserisch sein, sondern beratend und ermunternd wirken. Statt obrigkeitsstaatlich verordneter Dienstleistung oder bevormundender Hilfe ist angebots- und nachfrageorientierte Hilfestellung zu erbringen. Das vorhandene Fachwissen ist den nachfragenden Bürgern zur Verfügung zu stellen. Die Vernetzung der verschiedenen Interessen ist zu fördern.

Selbsthilfe spielt in diesem Prozeß eine sehr wichtige Rolle. Selbsthilfe nicht im Sinne der Reprivatisierung sozialer Probleme (so hätte mancher Politiker aus Sparsamkeitsgründen dies gerne), sondern Selbsthilfe im Sinne von weitgehender Selbstbestimmung und Partizipation inner- und außerhalb etablierter sozialer Institutionen. Selbsthilfe in diesem Sinne verlangt von den professionellen Helfern eine Bewußtseinsveränderung und von den Institutionen die Zurücknahme bürokratischer und gesetzlicher Bevormundung.

Professionelle Helfer

- müssen sich bewußt machen, daß ihre Tätigkeit Menschen dazu verführt, passiv und unselbständig zu werden, Sozialarbeit quasi zu konsumieren,
- müssen lernen, sich selbst zurückzunehmen und Macht an die Bürger, Betroffenen, Klienten abzugeben,
- müssen lernen, kommunikative Strukturen in ihren Einrichtungen zu schaffen, und zwar nicht nur räumlich, sondern auch durch geeignete Medien. Als hervorragendes Instrument eignet sich dafür Kulturarbeit in ihren vielfältigen Formen,
- müssen lernen, möglichst viel dazu beizutragen, daß Menschen umfassende Chancen zur Kommunikation, Interaktion, Selbst- und Mitbestimmung erhalten,
- müssen lernen, Besuchern ihrer Einrichtungen zu vertrauen und zuzulassen, daß diese ihre Fähigkeiten entwickeln können, was auch bedeuten kann, daß Besucher gefordert werden (fördern durch fordern).

Die gestiegene Bereitschaft zu sozialem Engagement

Die Abkehr vom Konsumentendenken im sozialen Bereich bringt, ebenso wie der Widerwille gegen umfassende Bevormundung, neues Engagement hervor. Der ehrenamtliche Helfer wird neu geboren, allerdings in einem ganz anderen als dem herkömmlichen Sinn. Der neue ehrenamtliche Helfer will mitwirken, selbst gestalten und entscheiden. Er sucht sich sein Betätigungsfeld selbst und oft im Zusammenwirken mit anderen. Gesellschaftliches und politisches Engagement, Kritik an bestehenden Verhältnissen und Veränderungswille sind seine bestimmenden Motive. Er ist daher auch keine beliebige manövrierfähige Masse für die Groß- und Kleinorganisation sozialer Arbeit. Er sucht sich für sein Betätigungsfeld Orte, die ihm Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit einräumen und die in der Regel nicht bürokratisch und anonym organisiert sind. Nachbarschaftshilfeeinrichtungen und -initiativen sind für ihn ein beliebter Rahmen, innerhalb dessen er seine Aktivitäten organisieren kann. Dieses bürgerschaftliche Engagement, das voraussetzt, daß Professionelle Macht abgeben und teilen, ist praktizierte De-

mokratie und Ausdruck eines Demokratieverständnisses, das nicht auf Wahlakte reduziert ist. Die tägliche Mitwirkung und Mitgestaltung möglichst vieler schafft jene Vielfalt und Lebendigkeit, jene Toleranz und jenes soziale Mitgefühl, ohne deren Eigenschaften unsere Gesellschaft arm wäre.

Deswegen müssen sich Nachbarschaftseinrichtungen öffnen und immer wieder öffnen. Ansonsten laufen sie Gefahr, zu toten Institutionen zu werden mit der Folge, daß ohne sie, um sie herum, unter Umständen auch gegen sie jene Bewegungen in einem Stadtteil entstehen, deren Mittelpunkt sie eigentlich sein sollten.

Daß diese Gefahr besteht, dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Einzelne Nachbarschaftsheime sind davon betroffen und der Verband für sozial-kulturelle Arbeit als Ganzes, der längst in einen Dornröschenschlaf versunken ist und nicht wahrnimmt, daß um ihn herum Hunderte von Initiativen entstanden sind, die sozial-kulturelle Arbeit machen, aber von der Existenz unseres Verbandes auch nicht die geringste Ahnung haben. Woher denn auch? Derweil wird die innerverbandliche Diskussion in den letzten Jahren von weltbewegenden Fragen bestimmt. Müssen wir weltbewegende Probleme lösen, weil wir unsere verbandseigenen Probleme nicht lösen können? Auch die in Berlin herrschende Diskussion um mehr Geld wirkt lähmend. Es muß lächerlich wirken, wenn gut ausgestattete Nachbarschaftsheime ringsum von Initiativen mit wirklich wenig Geld durch Kreativität und Phantasie überholt werden. Statt interne Diskussions- und Klärungsprozesse zu beginnen, werden Feindbilder aufgebaut. Sie aufrechtzuerhalten kostet Energie, die produktiv viel besser eingesetzt werden könnte.

Aus der beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklung der letzten zehn Jahre resultieren besondere Anforderungen an die Nachbarschaftsheime, die im folgenden beschrieben werden. Diese „Grundsätze einer sozial-kulturellen Arbeit im Stadtteil“ sind aus meiner Arbeit für das Nachbarschaftsheim Schöneberg entstanden. Wir versuchen, sie dort anzuwenden, und sind uns bewußt, daß wir ihnen immer nur nahekommen.

Ein Haus für alle

Nachbarschaftsarbeit bzw. sozial-kulturelle Arbeit muß alle Bevölkerungsschichten und -gruppen eines Stadtgebietes ansprechen. Für bestimmte Gruppen (Kinder, Jugendliche, Alte, Ausländer, Frauen u. a.) sollten Schonräume (örtlich und zeitlich) angeboten werden, innerhalb derer sie eigene Interessen verfolgen können und die die Möglichkeit bieten, Schwächen, Defizite, Probleme, aber auch bestimmte Ansprüche aufzuarbeiten. Auch aus kulturellen Gründen kann es notwendig sein, solche Schonräume, sogar getrennt von den sonstigen Räumlichkeiten, zur Verfügung zu stellen, z. B. bei türkischen Frauen und Mädchen, die nur dorthin gehen können, wo sich keine Männer aufhalten. In solchen Schonräumen sollen Gruppen eine eigene Identität gewinnen und schließlich soviel Selbstvertrauen entwickeln, daß für sie auch andere Bereiche eines Nachbarschaftsheimes interessant werden. Dieser Zutritt in andere Bereiche geschieht in der Regel zuerst als Gruppe, später auch durch die Einzelpersonen. Dabei spielt übrigens die Kulturarbeit eine zentrale Rolle: Sie ist das Medium, das alle Gruppen verbindet, und der Bereich, in dem sich die verschiedensten Aktivitäten exponieren können.

Alle Gruppen und Schichten der Bevölkerung, Junge und Alte, Deutsche und Ausländer, Benachteiligte und Nicht-Benachteiligte, Gesunde und Kranke, Laute und Leise, alle sollen sich in unseren Einrichtungen begegnen und miteinander vertraut werden, mindestens aber sich kennen- und achten lernen. Damit soll den sonst allgegenwärtigen gesellschaftlichen Separierungs- und Ausgrenzungstendenzen begegnet werden. Natürlich kollidiert dieses Interesse mit den Spannungen, die es zwischen den einzelnen Gruppen gibt und die nicht verschwinden, wenn sie die Schwellen unserer Häuser übertreten. Umso wichtiger ist es, die verschiedenen Gruppen füreinander zu interessieren, ihnen Chancen zu gegenseitiger Entdeckung zu bieten. Die Chance, sich mit Eigenheiten, Problemen, Stärken und Schwächen anderer nicht ängstlich abwehrend oder diskriminierend aggressiv auseinanderzusetzen, ist eine ständig an unsere Besucher heranzutragende Herausforderung. Die Fähigkeiten der verschiedengeprägten Personen und Gruppen müssen in die Programmgestaltung und Darstellung eines Nachbarschaftsheimes einfließen.

Im Nachbarschaftsheim Schöneberg z. B. sind gemeinsame Feste verschiedener Gruppen sehr beliebt, ob als Stadtteilstadt, als Fest der Frauengruppen oder als sommerliches Gartenfest. Die betagte Besucherin eines Literaturkurses zeigt ihre Bilder und Gedichte in Form einer Ausstellung den anderen Besuchern. Eine Asylantin, Besucherin des arabischen Frauenladens, führt Deutsche in die arabische Küche ein. Die Senioretheatergruppen spielen vor gemischtem Publikum. Ein jugendlicher, Besucher der Jugendtagung, mit großem Talent fürs Schminken, bietet für andere Besucher des Nachbarschaftsheimes einen Schminkkurs an. Ein von Jugendlichen geplanter Videofilm sieht Rollen auch für Erwachsene und alte Menschen vor und besetzt eine davon mit der ältesten Besucherin des Nachbarschaftsheimes. Solche Aktivitäten schaffen Begegnungen und machen neugierig.

Wichtig ist auch, daß niemand Angst haben muß, aus Alters- oder gesundheitlichen Gründen aus dem Zusammenhang unseres Nachbarschaftsheimes herauszufallen. Selbst für alterspsychiatrische Patienten wird gesorgt, wobei Sozialstation und Altentagesstätte eng zusammenarbeiten.

Die Ermutigung zur Entfaltung schöpferischer Fähigkeiten

Unsere Besucher werden ermutigt, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entdecken, zu entwickeln und sie auch anderen Besuchern zu präsentieren. Das ist ein Beispiel, um der alltäglichen Konsumwelt, die mittlerweile in alle Bereiche menschlicher Existenz vorgedrungen ist, etwas Eigenes entgegenzusetzen. Die Offenheit und Aufmerksamkeit der Mitarbeiter sind dabei von zentraler Bedeutung. Nichts darf abgeblockt werden, alles ist zu tun, um Phantasie und Kreativität zu fördern. In der Praxis zeigen sich dann die erstaunlichsten Ergebnisse: Jugendliche, denen im allgemeinen nichts zugetraut wird, außer daß sie für Dummeheiten gut sind, ackern plötzlich, um einen fernsehreifen Videospielfilm zu drehen. Einer wird Maskenbildner, der andere Regieassistent, der dritte Kameramann und viele andere haben weitere Funktionen bzw. sind die Darsteller. Alte Menschen bringen selbstentwickelte Theaterstücke auf die Bühne. Jugendliche übertreffen mit ihren Fähigkeiten auf diesem Gebiet manche Professionellen. Weniger Spektakuläres geschieht

im Singekreis, im Töpferkurs oder in den Nähkursen, die aber auch schon manche Modenschau im Hause gestalteten. Eltern der Kindertagesstätte organisieren Kleider- und Spielzeugtauschaktionen, wieder andere werden zu Druckern oder Fotografen.

Wichtig ist eine anregende Atmosphäre im Haus und ebenso wichtig ist, daß die technischen Hilfsmittel für die jeweiligen Aktivitäten zur Verfügung stehen.

Die Ermunterung zur Selbsthilfe

Die Ermunterung zur Selbsthilfe ist ein altes, ja traditionelles Element der Sozialarbeit in Nachbarschaftsheimen. Diese Tradition war weitgehend verlorengegangen, zumindest nicht mehr geachtet und wurde nun auch nicht gerade von Professionellen wiederentdeckt. Betroffene selbst wollen sich damit aus einer umfassenden Bevormundung einerseits und einer vielversprechenden, aber oft hilflos gewordenen Sozialarbeit andererseits befreien. Was vielerorts einerseits als Bedrohung der Arbeitsplätze professioneller Helfer und andererseits als eingeläuteter Abbau sozialstaatlicher Leistungen gesehen wird, kann ideologiefrei nur als emanzipatorischer Schritt gewertet werden: Menschen nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand und beweisen damit ein Stück Unabhängigkeit und Freiheit, die womöglich sogar erkämpft ist.

Selbsthilfe im sozialen, im gesundheitlichen, im nachbarschaftlichen Bereich, Selbsthilfe zur Gestaltung besserer Lebensbedingungen muß unsere volle Unterstützung finden. Das bedeutet nicht, daß dafür erst eigenes Personal und zusätzliches Geld vorhanden sein müßte. Diese Arbeit ist „normale“ Nachbarschaftsarbeit. Nach unserer Erfahrung sind für Selbsthilfegruppen zur Verfügung zu stellen:

- Räume (an sieben Tagen in der Woche),
- technische Hilfsmittel (Büro, Fotokopierer, Schreibmaschinen, Videogerät, Filmprojektor u. ä.),
- fachliche Beratung (z. B. für Öffentlichkeitsarbeit, Werbung, Finanzierung, Gruppenprobleme).

Es muß auch die Bereitschaft vorhanden sein, beim Aufbau der Gruppen – falls erwünscht – Hilfestellung zu geben. Die Selbständigkeit und Eigenheit jeder Gruppe ist zu respektieren und es müssen alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Gruppen sich wohlfühlen.

Schließlich soll die anregende, interessante Atmosphäre eines Nachbarschaftsheimes dazu beitragen, daß die Teilnehmer von Selbsthilfegruppen und im übrigen auch andere selbständige Gruppen auch in die übrigen Aktivitäten eines Nachbarschaftsheimes einsteigen können.

Die Verknüpfung von Sozial- und Kulturarbeit

Soziale und kulturelle Identität bedingen einander. So gesehen haben kulturelle Aktivitäten außerordentlichen sozialarbeiterischen Wert. Kulturarbeit bietet aktive Beteiligung, eigene Gestaltung und Verwirklichung oder auch nur neugierige Teilnahme. Kulturarbeit ermöglicht die Darstellung von Ängsten, von Träumen, von Wünschen, sie ist der Auszug wirklicher Lebensverhältnisse, und ihre Sprache wird von allen verstanden. Eine der wichtigsten sozialarbeiterischen Aufgaben unserer Gesellschaft ist die Schaffung von Identität. Es gibt bei uns weder eine entwickelte soziale noch eine entwickelte kulturelle Identität. Das ist sicherlich auch ein Erbe der zerstörerischen Kräfte des Faschismus, hat aber auch mit der anschließenden fraglosen Übernahme der danach angebotenen Wertemuster zu tun. Soziale und kulturelle Identität aber braucht der Mensch, um mit sich selbst zufrieden zu leben. Mit sich selbst zufrieden zu leben heißt auch, mit dem anderen in Frieden zu leben. Wir haben also eine wichtige Aufgabe.

Es gilt auch, dem offiziellen Kulturbegriff, der in Berlin bei der Deutschen Oper beginnt und am Kurfürstendamm aufhört, einen Kulturbegriff gegenüberzustellen, der die Kultur mit dem Alltagsleben versöhnt. Kultur braucht nicht auf einen bestimmten Sonn- und Feiertagskonsum beschränkt zu werden, sie muß zugänglich sein für jeden und dazu beitragen, daß Musik, Theater, Film, Ausstellungen u. a. m. kommerzfrei zurück in den Stadtteil geholt werden. Die Angebote müssen also erschwinglich sein und dazu animieren, selbst tätig zu werden. Kinder, Jugendliche, Erwachsene, alte Leute, alle haben ein Recht darauf, ihren

Alltag in der Kulturarbeit wiederzufinden und sich dort gleichzeitig vom Alltag zu befreien.

Die kulturellen Aktivitäten, das ist eine zentrale Erfahrung im Nachbarschaftsheim Schöneberg, wirken zwischen den Gruppen verbindend. Für viele Besucher ist die handwerkliche, darstellende, künstlerische Aktivität jenes neutrale Medium, das es ihnen erlaubt, unsere Einrichtung aufzusuchen und dort die erwünschten sozialen Kontakte zu finden. Der den sozialen Einrichtungen nicht selten anhaftende negative Charakter bei der Bevölkerung, der Besucher diskriminiert und potentiellen Besuchenden den Weg verbaut, löst sich durch kulturelle Aktivitäten auf, ja macht z. B. unser Haus geradezu attraktiv und ermöglicht auf diese Weise auch den problembeladenen Personen einen leichteren Zugang. Sie brauchen nicht mehr ins Ghetto zu gehen, sie gehen dorthin, wo alle hingehen, und sie gehen dorthin, wo es attraktiv ist hinzugehen.

Da Kulturarbeit subjektiven Bedürfnissen Raum gibt, sie ausdrückt, ist dieser Ansatz emanzipatorisch. So kann Nachbarschaftsarbeit der Bevölkerung auf eine im Grunde bescheidene Weise wenigstens ein Stück von dem zurückgeben, was vielen in unserer Gesellschaft abhanden gekommen ist: ein Stück Heimat. Ein ebenfalls zerstörter und nun befangen machender Begriff, was deutlicher nicht zeigen kann, wie sehr sie uns fehlt.

Die attraktive Gestaltung unserer Häuser

Unsere Häuser müssen eine Atmosphäre des Wohlbefindens ausstrahlen. Ihre Freundlichkeit und ihre Ästhetik sollen dem Besucher symbolisieren, daß er sich hier entspannen und geborgen fühlen kann. Die ansprechende Gestaltung von Räumen ist nicht zuerst eine finanzielle Frage. Auch mit wenigen Mitteln lassen sich Konzepte atmosphärisch dichter und vielseitig nutzbarer Raumgestaltung verwirklichen. Dennoch, es soll daran nicht zuviel gespart werden, hieße das doch, an falscher Stelle zu sparen. Leider gibt es in der Sozialarbeit die Tendenz, vorhandene Mittel bis zum letzten Pfennig in Personal zu investieren, selbst dann, wenn dann genau diesem Personal die optimalen Arbeitsbedingungen durch verkorkste Räume erschwert, mitunter sogar unmög-

lich gemacht werden. Auch sind Schuldgefühle über schöne Räume (auch das haben wir erlebt) unangebracht. Wir wissen im Nachbarschaftsheim Schöneberg, daß schön gestaltete Räume auch für die Arbeitsmotivation der Mitarbeiter sehr wichtig sind. Wir haben bis jetzt Kritik über angeblich zu schöne Räume nur aus dem Kollegenkreis gehört. Die Besucher haben sich noch nie beschwert, ganz im Gegenteil, sie genießen die damit verbundene angenehme Atmosphäre.

Die Beratung in sozialen und persönlichen Angelegenheiten

Neben dem Versuch, den kommunikativen Bedürfnissen, der gesundheitlichen Versorgung und den kulturellen Interessen der Bewohner unseres Stadtteils gerecht zu werden, bemühen wir uns, auch die persönlichen Probleme der Besucher aufzugreifen, wenn dies gewünscht wird oder diese Probleme zu offensichtlich werden. Das gilt für Familienprobleme, psychische Probleme, Wohnprobleme, finanzielle Schwierigkeiten, Schul-schwierigkeiten usw. Auch hier gilt, daß wir versuchen, solche Hilfeleistungen möglichst qualifiziert zu erbringen. Die Hilfestellungen müssen konkret und für die Hilfesuchenden nützlich sein. Ansprechpartner ist der für den jeweiligen Arbeitsbereich zuständige Sozialarbeiter oder aber die im Nachbarschaftsheim angesiedelten speziellen Beratungsinstitutionen wie Mieterberatung, Sozialhilfeberatung, Rechtsberatung für Ausländer, demnächst auch Elternberatung und Beratung in ökologischen Fragen.

Offensive Öffentlichkeitsarbeit

Werbung war in der Sozialarbeit lange Zeit verpönt. Oder sie erfolgte allenfalls verschämt und mit untauglichen Mitteln. Wir werben offensiv, regelmäßig, umfassend und ansprechend. Wir informieren die Bürger über unsere Angebote und erfahren auf diese Weise auch, was attraktiv ist, nachgefragt wird und was nicht gewünscht wird. Die dafür aufgewendeten Mittel sind bestens investiert. Hier gilt, was schon zu den gut ausgestatteten Räumen ausgeführt wurde: Es nutzt nichts, alles Geld in Personal zu investieren, wenn die Fähigkeiten und das Können dieses Personals nicht nachgefragt wird, weil die Bevölkerung davon nichts

weiß. Programmhefte, Plakate, Handzettel, Benutzung von Presse und Rundfunk als Medien sind geeignete Werbemittel, die signalisieren, daß ein Nachbarschaftsheim sich der Bevölkerung anbietet.

Der Verein

Der Verein, zumeist bestehend aus Bürgern der Umgebung eines Nachbarschaftsheimes, ist ihr rechtlicher Träger. Er kann aber viel mehr sein. Er kann dokumentieren, daß das Nachbarschaftsheim tatsächlich den Bürgern gehört. Die Wirklichkeit sieht zumeist anders aus. Wir sollten uns aber mehr als bisher darum bemühen, unsere Vereine den Besuchern und den Bürgern zu öffnen, ja sie geradezu auffordern, sich in ihnen zu betätigen. Mitarbeiterrechte lassen sich besser über Satzungsregelungen sichern.

Zum Schluß

Das in diesem Aufsatz Angesprochene ist einerseits Bilanz und Ergebnis eines in den letzten sechs Jahren praktizierten Arbeitsansatzes des Nachbarschaftsheimes Schöneberg, es ist andererseits auch Ausgangspunkt für weitere Fragestellungen. Gut können wir nur sein, wenn wir wissen, daß das, was wir machen, nie vollkommen sein wird. Gut können wir auch nur sein, wenn wir uns immer wieder zurücknehmen, innehalten, nachdenken und genau hinhören, welche Bewegungen es gibt. Gut können wir auch nur sein, wenn wir von unserer Arbeit überzeugt sind und damit andere überzeugen können. Gut sein können wir auf Dauer auch nur, wenn wir auf Kritik hören und sie annehmen.

Aus: Rundbrief 1.1986, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Sozial-kulturelle Gemeinwesenarbeit – Geschichte und Renaissance in der Bundesrepublik (1988)

Sogar der Bundeskanzler sprach kürzlich bei der Eröffnung der internationalen Konferenz für Soziale Wohlfahrt in Berlin von den Nachbarschaftsheimen. Berlins Gesundheits- und Sozialsenator Ulf Fink gehört zu den eifrigsten Förderern dieser Träger sozial-kultureller Gemeinwesenarbeit. Für seine Politik der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe arbeitet er eng mit Nachbarschaftsheimen zusammen. Die gemeinwesenbezogene, nachbarschaftsorientierte, auf einen Stadtteil begrenzte sozial-kulturelle Arbeit erlebt eine in diesem Land nie gehabte Konjunktur.

Die Renaissance der Nachbarschaftsheimarbeit korrespondiert natürlich mit gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Diese Form sozialer Arbeit ist eine Antwort auf Zerstörung und Funktionsverlust der Familie, auf die Zunahme der Einpersonenhaushalte, auf den tendenziellen Verlust herkömmlicher Gemeindeverbände und Funktionen, auf die Zerstörung alter und die Schaffung neuer Stadtstrukturen, auf die gewachsene Freiheit und Freizeit der Individuen, auf das breiter gewordene soziale Engagement, auf die Kritik an gesellschaftlichen Großinstitutionen (Staat, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften usw.), auf das gestiegene Interesse an eigenverantwortlicher Problemlösung in Gruppen, auf die Skepsis gegenüber überinstitutionalisierten Gesundheits- und Sozialversorgungssystemen, deren Bürokratisierung, Spezialisierung und Anonymisierung. Hinzu kommen gewachsene Offenheit für neue Ideen und die Suche nach befriedigender emotionaler und sozialer Kommunikation sowie Widerstand gegen gesellschaftliche Segregationstendenzen und Ghettoisierung von Problemgruppen in speziellen Einrichtungen.

Nachbarschaftshäuser sind eine geeignete Antwort, weil sie als Brückenbauer fungieren. Sie arbeiten traditionell mit allen Generationen, mit allen Schichten, mit den unterschiedlichsten Gruppen, mit Deutschen und Ausländern. Sie bieten attraktive soziale und kulturelle Programme. Sie stellen professionelles Können zur Verfügung, ermöglichen bürgerschaftliches Engagement, die Verwirklichung von Besucherinteressen und unterstützen die verschiedensten Formen von Selbsthilfeaktivitäten. In den Programmen und Aktivitäten sozial-kultureller Einrichtungen spiegeln sich neben den Fähigkeiten der Mitarbeiter vor allem Interesse, Bedürfnis und Kreativität der Besucher wider.

Es sind fünf Elemente, die die gemeinwesenorientierte sozial-kulturelle Arbeit prägen:

- die generations- und schichtenübergreifende Arbeit,
- die Verbindung von sozialer und kultureller Betätigung,
- die freie Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements,
- die konkret-nützlichen Hilfeangebote für die Bürger und schließlich
- die lokale Orientierung.

In einer Reihe anderer westeuropäischer Länder und vor allem im angelsächsischen Sprachraum haben Nachbarschaftsheimen traditionell eine größere Bedeutung als in Deutschland. Das dürfte Ausdruck einer entwickelteren demokratischen Kultur in diesen Ländern vor allem auch auf kommunaler Ebene sein. Wurde bei uns bürgerschaftlichem Engagement mit obrigkeitsstaatlichem Mißtrauen begegnet (das setzt sich bis heute fort mit der unseligen Angst vieler Sozialarbeiter und Amtsträger vor ehrenamtlichem Engagement), so gilt soziales Interesse der Bürger dort als demokratisches Engagement und liegt in der Tradition bürgerschaftlicher Selbsthilfe.

Die Anfänge

Die Anfänge der Nachbarschaftsheimarbeit und damit auch der Gemeinwesenarbeit lagen in Berlin. 1911 gründete Siegmund Schultze die „Soziale Arbeitsgemeinschaft Ost“. Bildungsarbeit mit der Arbeiterbevölkerung, mit Jugendlichen und Fürsorgearbeit waren die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmten Aktivitäten, die später ergänzt wurden durch

die Gründung des Volkshauses Ulmenhof, das ein Kinderheim, eine Jugendherberge, ein Volkshochschulheim und eine Bildungsstätte beherbergte.

Siegmund Schultze hatte die Idee, Arbeiter und Intellektuelle miteinander zu verbinden. Nach dem Vorbild der Toynbee Hall in London, die als das erste Nachbarschaftsheim überhaupt gilt, sollten Arbeiter von Studenten lernen und diese sich mit den Lebensbedingungen der Arbeiter vertraut machen. Schultze strebte vor allem die Mitverantwortung der Arbeiter an und wollte deren Selbstgestaltungskraft fördern.

Ähnliche Einrichtungen gab es in Hamburg bereits seit 1901, dort bis heute Volksbildungsheim genannt. Solche Volksheime, Soziale Arbeitsgemeinschaften, Bürgerhäuser entstanden nach und nach, vor allem in den größeren deutschen Städten (Leipzig, Stuttgart, Karlsruhe, Worms, Düsseldorf, Bielefeld, Görlitz, Wernigerode, Mittelstädt usw.). Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde die Arbeit dieser Einrichtungen, die schon alle Elemente heutiger Nachbarschaftsarbeit enthielten, verboten.

Sozial-kulturelle Arbeit nach 1945

In der Nachkriegszeit wurden vor allem in Berlin, aber auch in einigen bundesrepublikanischen Städten wie Köln, Frankfurt und Wuppertal neue Nachbarschaftsheime gegründet. Initiiert vor allem von Quäkern und geleitet von Amerikanern, sollten diese Einrichtungen mithelfen, Deutsche „umzuerziehen“ (re-education) und demokratische Verhaltensweisen einzuüben. Methodisch bediente man sich vor allem der Gruppenarbeit (die als group-work ebenso wie case-work auf sozialpsychologischer bzw. psychoanalytischer Grundlage aus den USA übernommen wurde).

Die Nachbarschaftsheime mobilisierten die Gemeinschaftskräfte einer Nachbarschaft. Ihre Arbeit war von der Not der Nachkriegszeit geprägt. Nähstuben, Schusterwerkstätten, Versorgung mit Nahrung, Schaffung von Erholungsmöglichkeiten, die Sorge um die Flüchtlinge beschäftigten die wenigen hauptamtlichen und die vielen ehrenamtlichen Mitar-

beiter. Gefordert wurde eine geistige Neuorientierung: das Einüben von Toleranz, die Diskussion und der Meinungs austausch, das Lesen neuer Literatur, die Beschäftigung mit Filmen.

Die Träger waren in der Regel gemeinnützige Vereine. In den Vereinen organisierten sich Mitarbeiter von Sozialverwaltungen, Wohlfahrtsverbänden und Bürger. Vorstände und Mitarbeiter versuchten, die Entscheidungsstrukturen demokratisch zu gestalten. Diese Tradition hält in einer Reihe von Einrichtungen bis heute an. So sind häufig die entscheidenden Gremien paritätisch mit Vereinsmitgliedern und Mitarbeitern besetzt.

1951 wurde der Verband deutscher Nachbarschaftsheimen gegründet. Der Verband, der heute seinen Sitz in Berlin hat, nennt sich seit 1971 „Verband für sozial-kulturelle Arbeit“. Waren in den 50er und 60er Jahren die sozialpädagogische Gruppenarbeit zusammen mit den gemeinschaftsstiftenden, identitätsbildenden kulturellen Aktivitäten bestimmende Elemente in den Häusern, so begann ab Ende der 60er Jahre – nicht denkbar ohne die Studenten- und Randgruppenbewegung – die Diskussion um andere (weiterreichende?) Ziele. Die modern gewordene Gemeinwesenarbeit versuchte, sich um die Stadtraumgestaltung zu kümmern, forderte dringend notwendige neue soziale Einrichtungen, versuchte mittels der damals vielzitierten Randgruppenstrategie benachteiligte Gruppen der Gesellschaft dazu zu bringen, für ihre Interessen einzutreten. Es wurde versucht, Einfluß auf politische Entscheidungen und Planungen zu nehmen, einen Aufbruch der Gesellschaft zu bewirken, alte Werte in Frage zu stellen und neue Normen zu schaffen.

Wie in der gesamten Gesellschaft, hatte dieser Konflikt auch in den Nachbarschaftsheimen Züge eines Generationenkonfliktes: Die jungen, professionalisierten Sozialarbeiter verdrängten die Aufbaugeneration.

Die Nachbarschaftsheimen wendeten sich von der sogenannten Normalbevölkerung ab, stoppten die kulturellen Programme, die musischen und handwerklichen Traditionen, bemühten sich um Randgruppen und begannen, mit Bürgerinitiativen zusammenzuarbeiten. Nachbarschaftsheimen wurden teilweise zu Zentren sozialarbeiterischer Protestbewegung. Satzungen wurden umgestaltet: Ziel der Gemeinwesenarbeit waren nun eindeutig die gesellschaftlich benachteiligten Gruppen. Die

traditionelle sozialpädagogische Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen wurde häufig eingestellt. Der Gruppenarbeiter wurde zum Gemeinwesenarbeiter, der abstrakt politisches Agieren der konkreten sozialpädagogischen Tätigkeit vorzog.

Außerhalb der traditionellen Nachbarschaftsheime entstanden Stadteilläden, Kinderläden, Schularbeitsläden, Obdachlosentreffpunkte. Von den Mitarbeitern der Nachbarschaftsheime unterstützt, konnten sich diese Projekte häufig verselbständigen.

Andererseits war es nicht möglich, die benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Sinne der Gemeinwesenarbeit zu mobilisieren. Die Häuser leerten sich. Die Stammbesucher blieben weg oder waren verdrängt worden, die sogenannten Randgruppen waren für eine langfristige politische Strategie, für eine gesellschaftliche Veränderung nicht zu organisieren. Die Folge war eine Krise gemeinwesenbezogener sozial-kultureller Arbeit, gepaart mit der Ratlosigkeit ihrer Mitarbeiter.

Das ist sicher alles vereinfachend und überzeichnet dargestellt, und gewiß gab es auch andere Entwicklungen. Für viele neue Nachbarschaftshäuser wurde in diesen Jahren der Grundstein gelegt. Stadteilläden wurden mitunter zu ansehnlichen sozial-kulturellen Einrichtungen.

Nachbarschaftsheime heute

Gibt es nun in der Bundesrepublik überhaupt noch Gemeinwesenarbeit? Sicher nicht mehr im Sinne der Erfinder und mancher Theoretiker, die mit dieser Methode der Sozialarbeit die Gesellschaft verändern wollten, so als wäre Sozialarbeit ein dafür geeignetes oder vom Gemeinwesen akzeptiertes Instrument.

Die Gemeinwesenarbeit aber existiert fort in einem nützlicheren und konkreteren Sinn: als Angebot an die Bürger, Programme wahrzunehmen oder Programme selbst zu gestalten, nicht aber als Aufforderung zur politischen Aktion unter Anleitung von Sozialarbeitern. Natürlich soll und kann politisches Handeln auch weiterhin von Nachbarschaftsheimen ausgehen, aber soweit die Interessen der Besucher oder von Besu-

chergruppen vertreten werden, müssen diese auch die Handelnden sein. Diese sich zurücknehmende berufliche Haltung der professionellen Mitarbeiter soll an einem Beispiel deutlich gemacht werden.

In der Arbeit mit türkischen Frauen haben Sozialarbeiterinnen die Aufgabe, diesen das Erlernen von Schreiben und Lesen zu ermöglichen, ihnen die deutsche Sprache nahezubringen, ihnen sinnvolle außerhäusliche Freizeitmöglichkeiten zu erschließen und ihnen einen Kommunikationsort anzubieten. Ihre Aufgabe ist es nicht, sich um die Emanzipation der türkischen Frauen zu sorgen. Jede Frau soll selbstverantwortlich entscheiden, was sie mit den erworbenen Kenntnissen, den erworbenen Fähigkeiten und der damit einhergehenden größeren Unabhängigkeit anfängt.

Das gilt analog für jede Form gemeinwesenbezogenen Handelns. Nachbarschaftshäuser müssen Bedürfnisse der Bürger aus der Nachbarschaft aufgreifen, sie müssen Gelegenheiten schaffen, daß sie sich bilden und kulturell betätigen können, daß sie sich sozial engagieren, ihre Kreativität entfalten, daß sie sich individuell und gemeinschaftlich entwickeln. Nachbarschaftsheime müssen Brücken bauen und mit professionellem Wissen zur Verfügung stehen. Aber sie können den Individuen und Gruppen keine Verantwortung abnehmen, wohl aber ihr Verantwortungsgefühl stärken. Die Chance gemeinwesenbezogener sozial-kultureller Arbeit heute liegt im Anspruch der Bürger, nicht mehr nur verwaltet und versorgt zu werden, sondern sich selbstgestalterisch zu betätigen. Die Chance der sozial-kulturellen Arbeit liegt auch darin, mitzuhelfen, den Menschen ihre in unserer Industriegesellschaft beschädigte und zerstörte soziale und kulturelle Identität wiederzugeben. Wir müssen in unseren Einrichtungen verlorengegangene Nähe und Wärme wiederherstellen. Wir müssen Dazugehörigkeit vermitteln, neudeutsch ausgedrückt: sozial integrieren.

Wir sind in unserer Gesellschaft an einem Punkt angelangt, an dem sich Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung nicht mehr allein durch glänzende Autos, weite Reisen und hohes Einkommen begründen lassen. Die Nachbarschaftsheime müssen der Rückbesinnung auf die eigene Person, auf menschliche Werte, auf die gesuchte Einbindung in soziale Zusammenhänge durch nachbarschaftliche, überschaubare Organisati-

onsformen Rechnung tragen, die jedem Aktivität, Beteiligung und Anerkennung ermöglichen, ja Ansatzpunkt für die Neugestaltung der Lebensumwelt sein können.

Kulturelle Aktivitäten haben dabei einen außerordentlichen sozialarbeiterischen Wert. Kulturarbeit ermöglicht aktive Beteiligung, eigene Gestaltung und Verwirklichung oder auch nur neugierige Teilnahme. Sie ermöglicht die Darstellung von Ängsten, von Träumen, von Wünschen – sie ist Ausdruck wirklicher Lebensverhältnisse, und ihre Sprache wird von allen verstanden.

Mitarbeiter in den Nachbarschaftsheimen

Bürgerschaftliches Engagement, Mitverantwortung und Selbsthilfe der Besucher von Nachbarschaftsheimen dürfen von den Mitarbeitern nicht nur geduldet oder ertragen werden. Professionelle Helfer

- müssen wissen, daß ihre Tätigkeit Menschen dazu verführt, passiv und unselbständig zu werden,
- müssen lernen, sich zurückzunehmen und Wissen und Macht an die Bürger, Betroffenen, Klienten abzugeben,
- müssen lernen, kommunikative Strukturen in ihren Einrichtungen zu schaffen,
- müssen lernen, den Menschen umfassende Chancen zur Kommunikation, Interaktion, Selbst- und Mitbestimmung zu ermöglichen,
- müssen lernen, Besuchern ihrer Einrichtungen zu vertrauen und zuzulassen, daß diese ihre Fähigkeiten entwickeln können.

Grundsätze sozial-kultureller Arbeit

Nachbarschaftsheime, Bürgerhäuser, sozial-kulturelle Zentren, Stadteilläden – wie immer sie sich nennen mögen – müssen von den Bürgern getragen werden. Fern parteipolitischer Vereinnahmung und fern jeglicher anderen Bevormundung sollten sie möglichst in der Form gemeinnütziger Vereine organisiert sein. Sie bedürfen aber der Förderung kommunaler und staatlicher Instanzen, die ihrerseits den Arbeitsgrundsätzen der Einrichtungen Rechnung zu tragen haben. Das Nachbarschaftsheim Schö-

neberg e. V. in Berlin beispielsweise existiert seit vierzig Jahren. Die dort entwickelten Arbeitsgrundsätze sind Anhaltspunkte für die Gestaltung heutiger sozial-kultureller Arbeit. Sie können abgewandelt, ergänzt, dem jeweiligen Charakter der Häuser und Einzugsgebiete angepaßt werden.

Das sind die im Laufe der Jahre entwickelten Grundlagen:

1. Wir arbeiten nicht nur generationen-, sondern auch schichten-
übergreifend und mit verschiedenen nationalen und kulturellen
Gruppen und versuchen damit, Toleranz und Integration zu fördern,
gegen Ghettoisierung und Ausgrenzung zu wirken.
2. Wir verbinden soziale und kulturelle Arbeit und schaffen Mög-
lichkeiten passiver Entspannung und aktiver Betätigung.
3. Wir stellen bestimmten Gruppen Schonräume zur Verfügung (z. B.
ausländischen Frauen), damit sie eigene Stärke gewinnen können.
4. Wir fördern und achten das soziale und kulturelle Engagement
von Gruppen und Personen.
5. Wir ermuntern zur Selbsthilfe im sozialen und gesundheitlichen
Bereich, in der Auseinandersetzung mit der eigenen Person oder
mit den unmittelbaren Lebensbedingungen.
6. Wir fördern die gegenseitige Vernetzung und den Kontakt der ver-
schiedenen Besuchergruppen zueinander.
7. Wir schaffen kleine, für den Besucher überschaubare Einrichtun-
gen, so daß sich Besucher und Mitarbeiter wohlfühlen.
8. Wir gestalten unsere Räumlichkeiten attraktiv und angenehm, so
daß sich eine Atmosphäre des Wohlbefindens einstellt und die
Besucher gerne kommen.
9. Wir arbeiten mit modernen Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit, um
unserer Informationspflicht den Bürgern gegenüber nachzukom-
men und die Offenheit unserer Angebote und Programme zu verdeutlichen.

10. Wir wünschen uns, daß Besucher und Bürger Mitglieder unseres Vereins werden und über diese Mitgliedschaft die Arbeit fördern und auf ihre Ziele und ihre Gestaltung Einfluß nehmen. Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gibt es aber auch in den Gruppen, in den Kursen und bei den vielen Veranstaltungen.

Zum Schluß

Mit dem Begriff Nachbarschaftsheim kann man einiges verbinden: Nachbarschaft assoziiert Vertrautheit, Geborgenheit, Zusammengehörigkeit. Mit dem Wort Heim – durchaus auch negativ belastet – kann man auch Heimat verbinden. Der Begriff ist, da in unserer jüngeren Geschichte massiv mißbraucht, kaum ohne Befangenheit zu benutzen. Trotzdem: Nachbarschaftsheime können für die Besucher ein Stück lebenswerte Heimat sein, zumal in einer Zeit großer Heimat- und Beziehungslosigkeit. Ein Ort, zu dem wir zurückkehren, an dem wir uns entspannen können und von dem aus wir neue Wege gehen lernen.

Bleibt noch anzumerken, daß sozial-kulturelle Arbeit in einem Stadtteil, in einem Gemeinwesen dazu beiträgt, das psychische und physische Wohlbefinden der Bevölkerung zu stärken, die soziale und kulturelle Identität des einzelnen Bürgers, der Gemeinde und der Gesellschaft zu stabilisieren, Selbsthilfe und Bürgerengagement zu fördern. Alles in allem, sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der demokratischen Gesellschaft.

Nachbarschaftsheime gibt es in unserem Land noch viel zu wenige, die vielen Vorteile dieses Arbeitsansatzes sind noch nicht überall erkannt. Sicher aber gehört dieser Arbeitsform die Zukunft.

Aus: Blätter der Wohlfahrtspflege 12/88, S. 283 – 285

Die Arbeit in den 80er Jahren – Zur Entwicklung der aktuellen Arbeit (1995)

[...] Am 1. März 1978 habe ich im Nachbarschaftsheim Schöneberg als Geschäftsführer angefangen. Ich hatte mich schon während meines Studiums mit Gemeinwesenarbeit beschäftigt, die in Deutschland am Beginn stehende Fachdiskussion mitgeführt und bei einem Praktikum in einem der ersten deutschen Gemeinwesenprojekte in München deren Begrenztheit erfahren. 1971 nach Berlin gekommen, arbeitete ich rund fünf Jahre als Sozialarbeiter im öffentlichen Dienst, vor allem in der Familienfürsorge, und spürte dort sehr stark die Grenzen, die engagierten Mitarbeitern gesetzt wurden. Obwohl mir die Arbeit gut gefiel, verabschiedete ich mich, studierte interessehalber Soziologie und verdiente mein Geld mit Lehraufträgen an der Fachhochschule für Sozialarbeit. Noch während meiner Diplomprüfung suchte ich eine neue Stelle als Sozialarbeiter und fand, was ich suchte: eine Tätigkeit bei einem freien, politisch und weltanschaulich neutralem Träger sozialer Arbeit, bei dem ich herausfinden wollte, welche Gestaltungsmöglichkeiten es – im Vergleich zum öffentlichen Dienst – gab.

Eher vom Zufall bestimmt war es das Nachbarschaftsheim Schöneberg. Es befand sich in jener Zeit in vielerlei Hinsicht in einer Sackgasse. Für mich erwies sich dies jedoch, trotz aller Schwierigkeiten, als ein unfreiwilliger Glücksfall, da die Gestaltungschancen ungleich größer waren als in einem Routinebetrieb.

Die Kindertagesstätte bestand aus einem Hort mit 30 Plätzen, von denen viele Plätze nicht oder unklar belegt waren. Der Ruf des Hortes war so schlecht, daß wir ganz neu, mit kleinen Kindern und auch solchen, die nicht aus der Nachbarschaft kamen, anfangen mußten.

Die finanziellen Mittel des Heimes waren sehr beschränkt. Die Möbel bestanden mehr oder weniger aus Sperrmüll, und es war unmöglich, Spiel oder Beschäftigungsmaterial für die Kinder anzuschaffen. Der

Grund hierfür war, daß mehr Personal, als vom Senat finanziert, beschäftigt wurde. Positives gab es im Bereich der Seniorenarbeit. Ich fand eine funktionierende Seniorentagesstätte vor, die weitgehend von ehrenamtlichen Gruppenleiterinnen und Gruppenleitern selbst geführt wurde. Auch gab es Initiativen, die den Keim des Neuen schon in sich trugen: beispielsweise „Der Nachbar“ im „Gelben Laden“ oder der Versuch eines Mitarbeiters, die Jugendarbeit neu aufzubauen.

Die Mitarbeiter/innen empfand ich weitgehend als demoralisiert oder hilflos. Die Stellen waren fast nach Belieben und bis zur Unsinnigkeit aufgeteilt, Arbeitszeiten einzuhalten war nicht selbstverständlich. Es schien ihnen die Perspektiven für die weitere Arbeit zu fehlen. Zugleich war ein Bewußtsein vorhanden, daß es so wie bisher nicht weitergehen könne und eine Neuorientierung entwickelt werden müsse.

Bereits am ersten Arbeitstag kam es besonders dick: Unsere Räume in der Rembrandtstraße 8/Ecke Menzelstraße 1 wurden von den neuen Eigentümern gekündigt. Es gab keine Chance, sie für uns zu behalten. Unendliche Mühen und Anstrengungen folgten, im Stillen von der Befürchtung begleitet, daß diese Kündigung das Ende des Nachbarschaftsheimes Schöneberg bedeuten könnte. Hilfe in dieser Situation bekamen wir von unterschiedlicher Seite, zu nennen sind hier insbesondere das Bezirksamt Schöneberg, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Senatsverwaltung für Soziales, der Verband für sozial-kulturelle Arbeit und die Senatsverwaltung für Jugend.

1981 schon hatten wir dann eine ungleich bessere Alternative: Wir konnten – zum ersten Mal in unserer Geschichte – in ein eigenes Haus mit großem Garten einziehen. Es befindet sich in der Fregestraße 53. Die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin stellte die erforderlichen Mittel zur Verfügung, um das Haus zu kaufen, umzubauen und einzurichten. Aber nicht nur die Suche nach neuen Räumlichkeiten, sondern auch eine Neuausrichtung der Arbeit stand an. Sie wurde vor dem Hintergrund der Alternativ- und beginnenden Selbsthilfebewegung möglich. Diese „neuen Bewegungen“ führten zu einer Hinwendung zu den konkreten Problemen vor Ort und infolgedessen zu einer Entideologisierung – nicht zu verwechseln mit einer Entpolitisierung. Getragen wurden sie von Personen, die Sozial- und Gesellschaftskritik nicht nur übten,

sondern in Selbsthilfe und Selbstorganisation mit neuen Formen und selbstbestimmten Inhalten experimentierten. So entstanden unzählige Projekte und Einrichtungen, z. B. aus der Frauenbewegung, in der Ausländerarbeit, der Hausbesetzer-, der Ökologie- und auch in der Gesundheitsbewegung. Hervorgehoben seien hier die zahlreichen Stadtteil- und Nachbarschaftsläden. Mit ihnen kam die alte Idee der Nachbarschaftsheimen in einem neuen Gewand, nun nicht von oben bzw. außen initiiert, sondern von unten in Eigeninitiative. Die Anliegen unserer heutigen Arbeit sind in den zu Beginn der 80er Jahre entwickelten folgenden Grundsätzen ausgedrückt:

Grundsätze einer sozial-kulturellen Arbeit im Stadtteil

- 1.** Es werden alle Bevölkerungsgruppen und -schichten angesprochen. Für bestimmte Gruppen (Kinder, Jugendliche, Alte, Ausländer, Frauen u. a.) werden Schonräume angeboten, innerhalb derer sie eigenen Interessen nachgehen können und die Möglichkeit erhalten sollen, eigene Schwächen, Defizite, Probleme aufzuarbeiten (zum Beispiel: ausländische Frauen lernen Deutsch).
- 2.** Die verschiedenen Gruppen und Schichten sollen in unseren Einrichtungen miteinander vertraut werden, sich kennen- und achten lernen. Damit soll den gesellschaftlichen Separierungstendenzen und der Ghettoisierung entgegengewirkt werden. (Beispiel: gemeinsames Fest von Alt und Jung, von Deutschen und Ausländern u. ä.).
- 3.** Wir ermutigen unsere Besucher, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten, tätig zu werden und damit der Konsum- und Fernsehwelt Eigenes entgegenzusetzen. Betätigung und Beteiligung heißt auch, sich mit den Strukturen unserer Einrichtung vertraut zu machen und nach Interesse mitzuwirken (im Verein, als ehrenamtlicher Helfer). (Beispiel: Jugendliche drehen einen eigenen Videofilm, Eltern organisieren eine Gebrauchtwarenborse.)
- 4.** Wir ermuntern zur Selbsthilfe im sozialen und/oder gesundheitlichen Bereich, in der Auseinandersetzung mit der eigenen Person

oder mit den unmittelbaren Lebensbedingungen. (Beispiel: Selbsthilfegruppe für Suchtkranke, für alleinstehende Mütter mit Kindern.)

5. Wir verknüpfen Sozial- und Kulturarbeit miteinander, weil soziale und kulturelle Identität einander bedingen. Zudem werden unsere Einrichtungen durch Kulturarbeit attraktiv und zugänglich für jedermann. Der sozialen Einrichtungen mitunter anhaftende negative Charakter verschwindet. Sowohl der soziale als auch der kulturelle Bereich bieten sich an, aktiv zu werden oder sich passiv zu entspannen. (Beispiel: Musik, Theater, handwerkliches Arbeiten, Körperarbeit u. ä.)

6. Als Haus für alle müssen unsere Einrichtungen attraktiv gestaltet werden und eine Atmosphäre des Wohlbefindens ausstrahlen, so daß die Besucher gerne kommen.

7. Neben dem Versuch, den sozialen Bedürfnissen nach Kommunikation und den kulturellen Interessen der Besucher gerecht zu werden, bemühen wir uns auch – auf Wunsch – die persönlichen Probleme der Besucher aufzugreifen und entsprechende Beratungsarbeit zu leisten (Familienprobleme, psychische Probleme, finanzielle Probleme, Wohnprobleme etc.) und nach Möglichkeit konkrete Hilfestellungen zu geben (z. B. Mieterberatung, Schularbeitshilfen, Sozialhilfeberatung, Ämterbegleitung).

8. Um bekannt zu werden und die Bewohner zu ermuntern, ist eine offensive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, die gleichberechtigt dazu beitragen soll, eine sozial-kulturelle Einrichtung im Stadtteil so bekannt zu machen, daß die Einrichtung als eine bewohnereigene begriffen wird.

Entsprechend erfolgte der Aufbau verschiedener Arbeitsbereiche und Projekte nach den sozialen und kulturellen Bedürfnissen im Stadtteil mit der bis heute andauernden Ausweitung unserer Arbeit. Hierbei spürten und spüren wir durchaus mit Sensibilität Veränderungen, z. B. als viele türkische Familien zuzogen oder als sich die Altersstruktur zugunsten junger Familien änderte, und versuchen, unmittelbar darauf zu reagieren. Erfahrungsgemäß stellt sich dann früher oder später auch die Finanzierungsfrage, die natürlich nicht immer zu unserer Zufriedenheit

gelöst werden kann. Eine bedeutende Rolle hat das Nachbarschaftsheim im Zusammenhang mit dem Umbau der stationären Gesundheitsversorgung hin zu den ambulanten Diensten übernommen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Nachbarschaftsheimen haben wir uns dieser neuen Aufgabe trotz aller Bedenken und ohne Erfahrung gestellt.

*

Ich möchte im folgenden die einzelnen Arbeitsbereiche unserer Einrichtung kurz vorstellen:

Kinder- und Jugendarbeit

Die *Jugend-Etage*, die *Medienwerkstatt* und die *OASE* bilden diesen Arbeitsbereich. Ende der 70er Jahre waren Jugendarbeitslosigkeit und Drogengebrauch Thema Nr. 1 – so wie heute Jugendgewalt. Die Jugendlichen hatten sich in der Umgebung teilweise in Banden organisiert oder machten sich den Dürerplatz zu eigen. Es war für mich selbstverständlich, daß Jugendarbeit zu den Aufgaben eines Nachbarschaftsheimes gehört. Und so begannen wir 1979, in einem alten Polizeirevier (schon wieder!) am Vorarlberger Damm die noch heute bestehende Jugend-Etage aufzubauen – mit sehr wenig Geld und dafür umso mehr Krisen in den Folgejahren.

Die Jugend-Etage war kein einfaches Projekt. Äußerlich dokumentieren dies mehrere Kündigungen durch die Vermieterin (GSW), die aber immer wieder abgewehrt werden konnten. Inhaltlich spiegelten sich die Diskussionen um verschiedene Ansätze, wie sie in jenen Jahren geführt wurden, in der Jugendarbeit wider. Der Arbeitsansatz einer offenen Jugendarbeit geriet intern immer mehr in die Kritik. Gegen Ende der 80er Jahre wurde ein neuer, heute gültiger Arbeitsansatz mit Gruppenarbeit und Kursen, wobei Musik und Reisen Schwerpunkte darstellen, entwickelt. Die Kinder werden schon im Grundschulalter angesprochen und oft über lange Jahre bis zum Erwachsenwerden begleitet. Mit den Eltern wird der Kontakt gesucht. Seit kurzem ist die Jugend-Etage auch an den Wochenenden geöffnet.

Eine enge Zusammenarbeit mit Eltern und Lehrern der benachbarten Uckermark-Grundschule führte in jüngster Zeit zu einer weiteren Aktivität: der OASE. Dies ist die erste Jugendeinrichtung in Berlin, die in einer Schule, hier in der Uckermark-GS, den Grundschulern während und nach ihrer Schulzeit spezielle Angebote macht. Am vertrauten Ort, in der Schule, kann die Pause oder Freizeit verbracht werden, stehen am Nachmittag Schularbeiten, Spiel und Bewegung auf dem Programm. In Zusammenarbeit mit den Eltern wird auf gesunde Ernährung großer Wert gelegt: gesundes Frühstück, Pausenbrot und gesundheitsbewusstes Kochen werden angeboten bzw. unterrichtet.

Als Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt wurde 1988 die Medienwerkstatt des Nachbarschaftsheimes gegründet. Sie sollte einerseits der Nachbarschaft den Umgang mit neuen Medien erleichtern, dazu animieren, vom passiven Medienkonsumenten zum aktiven Gestalter zu werden, und zum anderen den verschiedenen Arbeitsbereichen ermöglichen, auf einen professionellen Service bei Film, Video, Ton und Foto zurückzugreifen. Die Medienwerkstatt befand sich zunächst im ehemaligen, von der Sozialstation aufgegebenen „Gelben Laden“, später in extra angemieteten Räumen in der Cranachstraße 59 (heute Tagespflege) und noch später, nun in der Regie des Arbeitsbereiches Kinder- und Jugendarbeit, in der Menzelstraße 7, gleich neben dem Bauspielfeld, in einem vom Bezirksamt zur Verfügung gestellten Laden. Sie konzentriert sich heute auf die Zusammenarbeit mit Schülern und Lehrern umliegender Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen.

Seniorenarbeit

Neben der schon bestehenden Altentagesstätte entstand 1978 „Der Nachbar“, ein Treffpunkt für Jung und Alt, im „Gelben Laden“ in der Cranachstraße 7. Obschon sein Erfolg begrenzt war, gingen einige Impulse zu einer alternativen Altenarbeit von ihm aus: Senioren trafen sich nicht mehr nur in eigens für sie geschaffenen Altentagesstätten, und sie setzten auf lockere, weniger autoritäre Gruppenstrukturen. Noch heute gibt es im Nachbarschaftsheim einige alte Damen in der Seniorentagesstätte (auch Altentagesstätte genannt), die damals dabei waren. „Der Nachbar“ hat sich mit dem Umzug in die Fregestraße aufgelöst. Die Altentages-

stätte – beständigster Teil der Arbeit seit der Gründung des Nachbarschaftsheimes – ist 1981 mit umgezogen. Die alten Menschen mußten nun zwar Treppen steigen, eine schwierige Straßenkreuzung und eine große Brücke überqueren, aber allen Unkenrufen zum Trotz haben sie sich schnell auf die neue Situation eingestellt. Weh getan hat ihnen, daß sie nun die Räume mit anderen Gruppen teilen mußten. Heute ist das für sie selbstverständlich, ja es sieht eher so aus, daß ihnen das ganz recht ist. Die einzelnen Gruppen haben sich zugunsten von oft an Interessen orientierten, sehr persönlichen Kleingruppen, deren Zusammensetzung über Jahre hinweg bestehen bleibt, verändert. Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen sind ihr Rückgrat. Seit einigen Jahren gibt es auch wieder eine hauptamtliche Sozialarbeiterin für die Senioren. Noch ein weiterer Bereich ist zur Seniorenarbeit zu zählen: das „Theater der Erfahrungen“. Seit 1983 ist das Nachbarschaftsheim Träger des „Theaters der Erfahrungen“, des ersten deutschen Seniorenteaters. Mit selbst erarbeiteten Stücken werden Lebenserfahrungen auf die Bühne gebracht und zur Diskussion gestellt. Das „Theater der Erfahrungen“ stellt eine neue Form des Volkstheaters dar. Leider hat es nie die finanziell notwendige Anerkennung gefunden, wenngleich die Senatssozialverwaltung über dieses Projekt immer ihre schützende Hand hielt. Bundesweite Auftritte (rund 100 im Jahr) in „richtigen“ Theatern, in Schulen, Freizeiteinrichtungen aller Generationen, in Bürger- und Nachbarschaftshäusern, die Berichte in Zeitungen (selbst in Japan), in Rundfunk und Fernsehen haben die Theatergruppen bekannt und berühmt gemacht. Auch die originellen Namen trugen dazu bei: Spätzünder, Graue Zellen, Herzschrittmacher, 6 Richtige, Rheumas Töchter, Küchenschaben, Ostschwung u. a. Die ersten bundesweiten Seniorenteatertreffen wurden vom „Theater der Erfahrungen“ organisiert.

Die Sozialstation

Im ehemals „Gelben Laden“, dann dem „Nachbarn“ eröffneten wir 1983 eine Sozialstation. Lange Diskussionen im Vorstand und im Verein waren dieser Entscheidung vorausgegangen. Niemals vorher hatte eine Nachbarschaftseinrichtung häusliche Krankenpflege und Hauspflege als Aufgabe betrachtet. Gesundheitspolitisch waren sie im Zusammenhang mit dem Abbau von Krankenhausbetten umstritten und wirtschaftlich war

der Betrieb ein enormes Risiko. Der damalige Sozial- und Gesundheits-senator Ulf Fink, der das Nachbarschaftsheim oft besuchte und zum Fan dieser Form sozialer Arbeit geworden war, erleichterte uns die Entscheidung, indem er eine beträchtliche Spende vermittelte. Schon bald benötigte die Sozialstation größere Räumlichkeiten. Die Chance, einen im gleichen Haus frei werdenden Laden zu mieten, wurde genutzt. Dieser Laden ist heute unser Eigentum.

Die Sozialstation konnte sich schnell einen guten Ruf erarbeiten und ihn bis heute wahren. Sie war von Anfang an innovativ: Hauskrankenpflege und Hauspflege waren integrierte Angebote. Die Familienpflege wurde modellhaft erprobt, gerontopsychiatrische Angebote und eine Tagesbetreuung aufgebaut. Pflege auch am Abend und am Wochenende, ja rund um die Uhr, und Sterbebegleitung gehörten bald zu den regulären Angeboten. Auch wirtschaftlich ist die Sozialstation ein Erfolg. Schließlich konnten (oder mußten) wir 1994 eine Zweigstelle der Sozialstation in der Hähnelstraße 5 einrichten. Ebenfalls 1994 eröffneten wir in der Cranachstraße 59 eine Tagespflegeeinrichtung – die erste in Schöneberg und eine der ersten in Berlin – für meist sehr alte Patienten, denen so die Heimunterbringung erspart bleibt. Die Tagespflege ist jetzt staatlich anerkannt und wird über eine Pflegesatzvereinbarung finanziert. Vorher arbeitete sie im kleineren Maßstab und bewies in dieser Experimentier- und Modellphase, daß Tagespflege tatsächlich das gesetzte Ziel der Vermeidung von stationärer Unterbringung gerade auch gerontopsychiatrischer Patienten erreichen kann.

„Ausländer“-Arbeit

Als Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre ausländische und deutsche Frauen begannen, in eigener Initiative unabhängige Beratungsstellen und Treffpunkte für Einwanderinnen, asylsuchende Frauen u. a. zu gründen, nahm sich auch das Nachbarschaftsheim dieser Aufgabe an. Es begann 1979 mit der Idee, für palästinensische Frauen eine Gruppe anzubieten. Zur gleichen Zeit stellten wir fest, daß immer mehr türkische Familien nach Schöneberg-Süd zogen. Deshalb begannen wir zudem, einen türkischen Frauenladen aufzubauen und dafür auch türkische Mitarbeiterinnen einzustellen. KIDÖB, wie der Laden sich nennt, bietet

heute eine Vielzahl von Beratungs-, Bildungs- und Freizeitangeboten für türkische Frauen. Aus der Gruppe der palästinensischen Frauen wurde schließlich 1984 der arabische Frauenladen „Al Nadi“ mit eigenständiger Finanzierung und natürlich auch mit arabischen Mitarbeiterinnen. Dieser Laden ist der einzige politisch und weltanschaulich neutrale Treffpunkt für arabische Frauen und Familien aus praktisch allen arabischen Ländern in Berlin.

Die Kindertagesstätte

Noch 1978 kam die Kindertagesstätte mit neuen, noch nicht schulpflichtigen Kindern wieder auf die Beine, und bald gab es auch wieder eine lange Warteliste. In der Nachbarschaft hatten sich die positiven Veränderungen schnell herumgesprochen. Nach dem Umzug 1981 in die Fregestraße 53 konnten wir die Platzzahl bis auf mittlerweile 36 Kinder – in drei Gruppen – erhöhen. Endlich hatte die Kindertagesstätte zur Freude der Kinder und Erzieher/innen einen eigenen schönen und großen Garten. Die Mitarbeiter/innen der Kindertagesstätte haben die Förderung ausländischer Kinder bald als ein besonderes Anliegen angesehen. Später wurde sie dann auch noch eine Integrationskindertagesstätte; so werden heute ständig drei bis vier körperlich, seelisch und/oder geistig behinderte Kinder betreut und gefördert.

Stadtteilkulturarbeit

Mit den Stärken der Menschen arbeiten, nicht an ihren Schwächen ansetzen, ihre kreativen Potentiale wecken und ihnen Möglichkeiten der Selbstdarstellung bieten; alle Bürger ansprechen und nicht nur die mit Problemen und Schwierigkeiten, dafür wurde dieses Arbeitsgebiet neu definiert. Auch sollte Kultur nicht nur am Kurfürstendamm und dessen Seitenstraßen zu Hause sein dürfen, sondern auch in einem Nachbarschaftsheim vor Ort. Neue Ideen in den Stadtteil zu bringen, sie nicht nur exotischen oder etablierten Zirkeln und Einrichtungen zu überlassen, war ein weiteres Ziel. Das Angebot wurde schnell angenommen. Veranstaltungen, Feste, Kurse, kulturelle Aktivitäten, selbst gestaltet oder konsumiert, wurden zu einem der Anziehungspunkte im Nachbarschafts-

heim, wo sich Jung und Alt, Reich und Arm, Gesund und Krank begegnen. Die angebotenen Kurse – breit gefächert wie in einer Volkshochschule – sind da für das Vergnügen, für die Freizeitgestaltung, für die Gesundheit, um Neues zu erlernen und vor allem für das Zusammentreffen und Kennenlernen. Das ist wohl das Wichtigste, was das Nachbarschaftsheim überhaupt macht: Es bringt immer wieder Menschen zusammen, setzt der Einsamkeit und Anonymität der Großstadt die Gelegenheit zum Kennenlernen entgegen, was bei mehr als 50 % Einpersonenhaushalten eine absolute Notwendigkeit ist.

Diese sozial-kulturelle Stadtteilarbeit – als wohldurchdachtes Experiment begonnen, teils belächelt, teils heftig abgelehnt, nur von wenigen verstanden – war neu in Berlin. Heute ist sie selbstverständlicher Programmteil fast eines jeden Nachbarschaftshauses. Selbst die Form der Öffentlichkeitsarbeit mit dem charakteristischen Programmheft hat sich mittlerweile bundesweit durchgesetzt. Verteilt wurden die zweimal im Jahr erscheinenden jeweils rund 15 000 Programmhefte zunächst von uns Mitarbeitern. Heute liegen sie in vielen Geschäften und öffentlichen Institutionen aus und erfreuen sich reger Nachfrage.

Im Laufe der Jahre hat sich mit Beginn des Umzugs in die Fregestraße 53 das Kursangebot des Nachbarschaftsheim sehr erweitert. Die Kurse sind auch deswegen so beliebt, weil sie keine dauerhaften Festlegungen abverlangen und stark auf persönliche Interessen zugeschnitten sind. Klassiker und Neues wechseln sich ab. Auf Nachfragen versuchen wir zu reagieren, in letzter Zeit z. B. durch Kurse für Eltern zu Erziehungsfragen.

Laufend nehmen ca. 350 Besucher/innen, überwiegend Frauen, jeder Altersgruppe an ihnen teil. Beliebt sind auch die Workshops an den Wochenenden. Aus manchen Kursen sind Gruppen entstanden, deren Teilnehmer sich über Jahre hinweg selbstorganisiert treffen. Kurse sind oft die erste Kontaktaufnahme mit dem Nachbarschaftsheim. Daraus wird nicht selten eine jahrelange Freundschaft zwischen Nachbarn und zwischen Nachbarschaftsheim und Kursteilnehmern.

Im Zusammenhang mit der Stadtteilkulturarbeit ist auch unser Nachbarschaftscafé zu erwähnen, das sich mit seinem kleinen Angebot an Speisen und Getränken vornehmlich an die Besucher unseres Hauses

wendet. Es bietet Raum für kleine Treffs und Gespräche vor und nach den Veranstaltungen und ist auch ein Ort für Informationsaustausch, Nachfragen und Verabredungen. Beliebt ist es besonders bei Müttern mit Kindern, die eine kleine Spielecke belegen können.

Die regionale Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen

1985 eröffneten wir eine „Regionale Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen“ direkt in der Nachbarschaft, in der Fregestraße 52. Dort waren Souterrainräume von der neuen Eigentümerin an uns vermietet worden. Mit großem finanziellem Aufwand wurden diese Räume, im wesentlichen aus Garage, Kühlkammer und Abstellflächen bestehend, umgebaut und eingerichtet. Der Selbsthilfetreffpunkt ist heute zu einem der wichtigsten Arbeitsbereiche des Nachbarschaftsheimes geworden. Mehr als 50 Gruppen treffen sich regelmäßig in unseren Räumen. Es sind dies chronisch Kranke, Behinderte, Suchtkranke, psychisch Kranke, Menschen in bestimmten Lebenssituationen (z. B. Scheidung, Tod eines Angehörigen, Vorruhestand, Mütter-Kinder-Gruppen), aber auch Initiativen gegen Umweltverschmutzung oder Atomkraft. Kurse und Veranstaltungen, die der Gesundheitsförderung dienen, ergänzen das Angebot.

Familienbildung

Ende der 80er Jahre stellten Sozialstation und Selbsthilfetreffpunkt Überlegungen an, wie wir den Interessen und Bedürfnissen junger Mütter und Väter (oder gerade werdender) besser entsprechen können. Sie standen im Zusammenhang mit dem Familienpflegeangebot der Sozialstation und mit der Raumsuche von Mütter-Kinder-Gruppen, dem wir nur schwer gerecht werden konnten. Diese Überlegungen führten dazu, dass wir ab 1991 ein Angebot „Rund um die Geburt“ aufbauten. Hierbei orientierten wir uns u. a. am Beispiel des Nachbarschaftszentrums in der UFA-Fabrik. Heute ist ein eigenständiger Arbeitsbereich Familienbildung in der Entwicklung. Er wird seit 1993 vom Senat gefördert. In ihm soll neben

den Angeboten „Rund um die Geburt“ vor allem die Erziehungsfähigkeit der Eltern wieder gestärkt werden. Der Verlust vieler Normen und Werte, der Anspruch der Kinder nach unbegrenztem Konsum oder die enormen Leistungsanforderungen der Gesellschaft an Kinder und Eltern führen gerade bei diesen zu einer Verunsicherung ihrer Erziehungshaltung. Die Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie ist letztlich auch ein prophylaktisches Programm und soll zur Entspannung zwischen den Generationen beitragen. Das von uns erarbeitete Konzept wurde nach einigem Hin und Her vom Senat als ein Beitrag zum Programm „Jugend mit Zukunft“ akzeptiert. Die Nachfrage ist außergewöhnlich groß.

Der Betreuungsverein CURA

Schließlich hat 1992/1993 der Betreuungsverein CURA seine Arbeit aufgenommen. Personen, die bestimmte Angelegenheiten nicht mehr alleine regeln können, bekommen durch das Gericht einen ehrenamtlichen oder beruflichen Betreuer zur Seite gestellt. Wir sind für den Amtsgerichtsbezirk Schöneberg, also für Schöneberg, Steglitz und Zehlendorf, zuständig und arbeiten aus diesem Grunde mit anderen Nachbarschaftsheimen zusammen, insbesondere mit dem „Mittelhof“ und mit der „Kiez-Oase“ des Pestalozzi-Fröbel-Hauses. Ähnlich wie bei der Sozialstation und der Tagespflege muß der Betreuungsverein seine Kosten selbst erwirtschaften, besteht also ein unternehmerisches Risiko. Es handelte sich um ein völlig neues Aufgabengebiet, für das es keinerlei Erfahrungen gab. In der Holsteinischen Straße 59 in Steglitz hat CURA ein eigenes, bereits heute sich als zu klein erweisendes Büro angemietet.

*

Raumprobleme, wie jetzt bei CURA, waren in den letzten eineinhalb Jahrzehnten unser ständiger Begleiter. Das zwangsläufig entstandene Konzept mit eigenem Haus und mit vielen angemieteten Läden weist Vor- und Nachteile auf: der Bürgernähe und Identifikation mit der eigenen Einrichtung stehen große Abhängigkeit von Vermietern und manche Unbequemlichkeit gegenüber. Insgesamt hat sich das Raumangebot des Nachbarschaftsheimes stark ausgeweitet.

Zur Verfügung stehen derzeit insgesamt rund 2 100 qm:

- ein eigenes Haus mit rd. 800 qm Nutzfläche,
- ein gekaufter Laden (Cranachstraße 7) mit ca. 130 qm und eine gekaufte Wohnung, die noch nicht zur Verfügung steht, mit ca. 60 qm,
- neun angemietete Läden mit rund 900 qm Nutzfläche,
- zwei vom Bezirksamt zur Nutzung zur Verfügung gestellte Läden bzw. Flächen mit ca. 250 qm.

Dennoch besteht Raumknappheit, so daß wir derzeit überlegen, weitere Räume anzumieten. Seit Jahren verfolgen wir den Neubau eines Nachbarschaftshauses am Vorarlberger Damm 1 in enger Zusammenarbeit mit der GSW. Dort sollen rund 80 Kindertagesstättenplätze geschaffen werden und Raum für vor allem jene Projekte entstehen, die sich jetzt in Mieträumen verstreut befinden. Das 10-Millionen-Vorhaben ist derzeit finanziell noch nicht voll abgesichert. Offen ist auch, ob die GSW wirklich bauen wird, obwohl die Chancen dafür zur Zeit steigen.

Parallel zur Erweiterung unserer Arbeit ist die Zahl der Mitarbeiter/innen in den letzten 10 bis 15 Jahren immens gestiegen. Derzeit beschäftigen wir 96 festangestellte und 38 nicht festangestellte Mitarbeiter/innen, 130 Honorarkräfte, 10 Praktikanten/-innen und 9 Teilnehmer von Beschäftigungsmaßnahmen.

Die Berufe der Mitarbeiter/innen sind: Sozialarbeiter/innen, Erzieher/innen, Krankenpflegekräfte, Familienpfleger/innen, Hauspflegehelfer/innen, hauswirtschaftliche Kräfte, Handwerker, Verwaltungskräfte mit verschiedenen Qualifikationen u. a. m. Die bei den Mitarbeitern/-innen vorhandenen Qualifikationen sind außerordentlich vielfältig. Selbstverständlich kommen sie auch aus den verschiedensten Nationen, so daß vor allem die türkischen und arabischen Besucher/innen muttersprachliche Mitarbeiterinnen vorfinden.

Die Zahl der ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen liegt bei mehr als 100, ist jedoch schwer feststellbar, da nicht leicht zu definieren ist, ab wann jemand als ehrenamtliche/r Mitarbeiter/in anzusehen ist. Menschen, die sich in irgendeiner Weise im oder für das Nachbarschaftsheim – in erster Linie in der eigenen Gruppe – engagieren, gibt es noch viel mehr.

Vor einigen Jahren wurde sichtbar, daß durch die veränderte Größe die internen Strukturen in Nachbarschaftsheim und Verein zwangsläufig neu zu ordnen waren. Die rund 20 Jahre bestehende paritätische Mitbestimmung wurde im Einverständnis mit den Mitarbeitern/-innen beendet. Einzelne Arbeitsbereiche erhielten eigene Leiter bzw. Leiterinnen, und die Verantwortung konnte somit auf mehr Schultern verteilt werden. Die anderen Arbeitsbereiche, oft nur aus zwei oder drei Mitarbeitern/-innen bestehend, benannten Sprecher bzw. Sprecherinnen. Die Vorstände schufen eigene Verantwortlichkeiten nach innen, so ist jede/r für bestimmte Arbeitsbereiche verantwortlich. Verein und Vorstand haben die Expansion des Nachbarschaftsheimes nicht immer mit Begeisterung mitgetragen, jedoch die Initiative der Mitarbeiter/innen und des Geschäftsführers auch dann unterstützt, wenn Skepsis vorherrschend war. Die ehrenamtlich tätigen Vorstände haben enorme Verantwortung übernommen, ohne selbst allzu direkt in das laufende Geschehen eingreifen zu können. Ein sehr gutes Vertrauensverhältnis zwischen Vorstand und Geschäftsführer hat die Aufbauarbeit begünstigt. Die Zahl der Vereinsmitglieder bewegt sich seit Jahren bei ca. 40 Personen, die sich eher passiv verhalten, sicher aber das Nachbarschaftsheim ideell tragen wollen.

In den letzten zehn, zwölf Jahren haben wir auch internationale Begegnungen gepflegt. Partnerschaften zu anderen Nachbarschaftseinrichtungen, insbesondere in den USA, sind entstanden. Ein Höhepunkt war die Hospitation von etwa zehn unserer Mitarbeiter/innen im Jahr 1986 in New Yorker Nachbarschaftsheimen. Ein zweiter Höhepunkt war die von Eberhard Schwartz im Auftrag des Weltverbandes der Nachbarschaftsheimen (ifs) organisierte internationale Konferenz dieses Verbandes in Berlin vom 5. – 11. August 1988. Heute pflegen wir Kontakte in den USA, Israel, den westeuropäischen Nachbarländern und seit einigen Jahren auch in den Ländern des ehemaligen Ostblocks und nach China und Japan, wo in Fachveröffentlichungen über uns berichtet wurde bzw. woher Hospitanten und Besuchergruppen in unser Haus gekommen sind.

Nach dem Fall der Mauer im Jahr 1989 kam es zu einem regen Anstieg „deutsch-deutschen“ Austausches. Mitunter waren drei bis vier Gruppen in der Woche in unseren Einrichtungen, um sich über unsere Arbeit zu informieren oder sich beraten zu lassen. Wir haben das gerne getan,

überzeugt von der Idee der Nachbarschaftsarbeit und ihrer Stärke gerade in Zeiten des Umbruchs.

Wer dieses Buch aufmerksam gelesen hat, wird bemerkt haben, daß sich mit den wandelnden Zeiten auch das Selbstverständnis sozialer Einrichtungen und damit auch dieses Nachbarschaftsheimes geändert hat. Wir streben an, zeitgerechte sozial-kulturelle Arbeit zu leisten, gesundheitliche und soziale Dienstleistungen von hoher Qualität anzubieten, bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe zu fördern. Dieses Nachbarschaftsheim hat nun über bald anderthalb Jahrzehnte gezeigt, daß die Möglichkeiten freier sozialer Arbeit zwar nicht unbeschränkt, wohl aber erstaunlich sind. Wir haben in diesen Jahren viele Grenzen verschoben. Neue Zeiten werden neue Aufgaben hervorbringen. Die zu bewältigenden Übergänge werden wir dann gut überstehen, wenn wir dazu bereit sind, unsere Aufgaben an den Interessen der Bürger/innen zu orientieren, und wenn wir unsere Aktivitäten selbstkritisch in Frage stellen bzw. überprüfen. Wir haben ein hohes Maß an Professionalität erreicht. In den nächsten Jahren wird es mehr denn je darauf ankommen, die Bürger auf vielerlei Weise für eine Mitarbeit und Mitverantwortung zu gewinnen. Unser Ziel ist dann erreicht, wenn Schöneberger, Friedenauer und Steglitzer Bürger, wenn unsere Nachbarn das Nachbarschaftsheim als ihre Einrichtung verstehen. [...]

Aus: Sozial-kulturelle Arbeit im Wandel der Zeit – Die Geschichte des Nachbarschaftsheimes Schöneberg e. V., Berlin 1995

Klient, Konsument oder gestaltender Bürger – Menschenbilder in der sozial-kulturellen Arbeit (1996)

Diskussion mit Prof. Dieter Oelschlägel (Gesamthochschule Duisburg) und Georg Zinner (Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.), Moderation: Herbert Scherer

Wir wollten einen „Boxkampf“ inszenieren mit zwei Champions, mit Dieter Oelschlägel und Georg Zinner, die in den 80er Jahren theoretisch aufeinandergetroffen sind. Wir haben uns dann überlegt, dass das ganz unangemessen ist, denn es handelt sich eigentlich um so etwas Ähnliches wie einen Familienstreit, der eine Zeit lang zurückliegt und wie alle solche „Familienauseinandersetzungen“ natürlich seine Auswirkungen bis in die Gegenwart hat. Wir wollen versuchen, ihn als friedliche Menschen, als gute Sozialarbeiter zu klären. Wir wollen dieses Gespräch mit einem Rückblick auf 15 Jahre Auseinandersetzung starten, 15 Jahre „Familienstreit“ aus der Sicht von 1995, ein Blick zurück, vielleicht ohne Zorn, vielleicht mit Zorn. Georg Zinner wird – sicherlich ein bisschen persönlich – erklären, wie die Entwicklung in den letzten 15 Jahren – theoretisch und praktisch – in Bezug auf diesen Streit gewesen ist. Danach wird Dieter Oelschlägel aus seiner Sicht berichten, und wir werden darüber reden, wie sich das zu unserem Thema „Menschenbilder“ in der sozial-kulturellen Arbeit verhält. Es kann ja sein, dass die Kontroverse positive und fruchtbare Elemente für eine weitere Auseinandersetzung über die Zielsetzung unserer Arbeit hat. Danach ist das Publikum gefragt, und am Schluss geht es – weil es ja ein „Familienstreit“ ist – auch um die Zukunft des Verbandes in Hinsicht auf diese Kontroverse.

Georg Zinner: Ich bin seit 1978 Geschäftsführer des Nachbarschaftsheim Schöneberg und ausgebildet als Sozialarbeiter. 1968 bis 1971 habe ich in München studiert und mich in der Zeit sehr stark mit der Methode „Gemeinwesenarbeit“ beschäftigt, die damals in der Bundesrepublik eine relativ neu eingeführte Methode war. Sie hat mich als Sozialarbeiter fasziniert, weil sie versprach, dass wir uns nicht mehr nur – mehr oder minder vergeblich – an einzelnen Schicksalen von Menschen abarbeiten,

sondern dass wir die Chance hätten, zusammen mit Menschen, mit Benachteiligten der Gesellschaft, diese Gesellschaft so zu verändern, dass sie menschenwürdiger wird. Damit könnte ja vielleicht die klassische Sozialarbeit – Einzelfallhilfe – tendenziell überflüssig werden. Das war eine schöne Versprechung, die mich verlockt und dazu verführt hat, mich mit diesem Thema genauer zu beschäftigen. Ich bin dann nach Berlin gegangen, habe fünf Jahre im Amt gearbeitet – Obdachlosenarbeit, Sozialamt, Familienfürsorge – und noch einmal studiert, Soziologie. Ich verstehe mich heute noch als Sozialarbeiter. Habe dann wieder nach einem Job in der sozialen Arbeit gesucht und wollte, nachdem ich nun die staatliche Sozialarbeit, die amtliche Sozialarbeit, gut kennengelernt hatte, unbedingt zu einem freien Träger, um zu erfahren, welche Chancen, welche Gestaltungsmöglichkeiten es in der freien Sozialarbeit gibt. In meiner Jugend habe ich auch hauptamtlich bei der Kirche, später als Jugendsekretär gearbeitet und habe mich da einerseits, weil wir viel machen konnten, ganz wohlgefühlt, auf der anderen Seite aber auch die Grenzen gespürt. Es war zwar auch eine freie Trägerschaft, aber eine kirchliche, also habe ich nach etwas gesucht, das weltanschaulich neutral war. Da war das Nachbarschaftsheim für mich eine große Chance, und so bin ich eingestiegen.

Das Nachbarschaftsheim selbst war, wie alle anderen Nachbarschaftsheimen, mehr oder minder heruntergewirtschaftet. Es wurde nach der Methode Gemeinwesenarbeit gearbeitet. Die Gemeinwesenarbeit formuliert ja einen hohen Anspruch, aber sie ist, und das glaube ich eigentlich bis heute, nicht in der Lage, diesen Anspruch einzulösen. Dieser allumfassende Anspruch kann über soziale Arbeit – und dafür werden wir bezahlt – nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Ich habe damals gemerkt, dass das Nachbarschaftsheim in der Gegend ziemlich unbekannt war, und die erste Überlegung war: Was nutzt den Leuten konkret, was möchten die Leute, was ist das, was sie brauchen und was können sie dann mit nach Hause nehmen? Es kann nicht die Frage sein, was wir wollen, was wir meinen, was für die Leute nützlich ist. Es kann nur die Frage sein, was nutzt den Leuten unmittelbar; was denken sie, was ihnen nutzt; was brauchen sie? Wir haben dann versucht, die Arbeit von dieser Seite her aufzubauen. Ich glaube, das ist auch im Großen und Ganzen gelungen. Die Diskussion, die dann später begonnen wurde, habe ich auch deswegen angezettelt, weil ich zwei Dinge sah – einerseits

bei einzelnen Nachbarschaftsheimen, andererseits auch beim Verband für sozial-kulturelle Arbeit –, was ich bei beiden überschreiben würde mit „Eine Geschichte der verpassten Chancen“.

Man muss daran denken, dass die Nachbarschaftseinrichtungen, die traditionellen, in der Nachkriegsphase gegründet wurden und die Kurve erst in den letzten 15, 20 Jahren bekommen haben. Sie sind mit ihrer Arbeit in ein breiteres Bewusstsein gerückt. Auch der Verband selbst war bis vor Kurzem in einem Dornröschenschlaf versunken und hat sich nicht angeboten, all den Einrichtungen zu helfen, die in der Zwischenzeit um uns herum entstanden sind. Das waren Stadteilläden, das waren Bürgerinitiativen, das waren die ersten Selbsthilfeinitiativen, das waren Umweltbewegungen mit Leuten, die sich meistens lokal, aber immer auch schon mit einem globalen Bewusstsein oder mindestens teilweise globalem Bewusstsein um ganz konkrete Probleme gekümmert haben. Die Nachbarschaftsheime selbst haben sich diesen Gruppierungen und Bewegungen nicht geöffnet. Ich wollte immer, dass diese Öffnung stattfindet. Diese Öffnung musste auch im Verband stattfinden, aber das hat man nicht getan, man war sich selbst genug, und das finde ich auch heute noch. Auch in der Sozialarbeit ist man sich selbst genug. Hauptsache, ich überspitze es jetzt mal, man hat seine Stelle finanziert, man kann sein Projekt über Wasser halten, aber man sieht nicht unbedingt, was noch notwendig ist. Man ist sehr bemüht, seine „Unschuld“ zu bewahren, und tut nichts, was nicht unbedingt mit dem eigenen Weltbild übereinstimmt.

Herbert Scherer: 1986 seid Ihr dann theoretisch aneinandergeraten. Was war damals? Kannst Du Dich noch an die Schärfe der Debatte erinnern?

Georg Zinner: Man muss das noch mal zugänglich machen, es wurde damals ja nur im Rundbrief des Verbandes veröffentlicht. Es war mein Versuch darzustellen, wie Nachbarschaftsarbeit aussehen sollte, wie sozial-kulturelle Arbeit aussehen sollte. Ob man es sozial-kulturelle Arbeit nennt, Stadteilarbeit, Nachbarschaftsarbeit, Gemeinwesenarbeit, das ist mir eigentlich ziemlich egal, wichtig ist, was dahintersteckt. Aber ich glaube schon, dass die Begriffe nicht ganz umsonst sind. Also ich denke, dass ein Begriff wie Nachbarschaft etwas anderes als Gemeinwesen assoziiert. Gemeinwesen ist für mich technokratisch kalt, Nachbar-

schaft hat eine bestimmte Wärme. Solche Begriffe drücken schon etwas aus. Ich habe dann versucht zu definieren, wie Nachbarschaftsheimarbeit oder Nachbarschaftshausarbeit aussieht und habe einen Artikel mit dem Titel „Nachbarschaftsbezogene sozial-kulturelle Arbeit hat Zukunft“ geschrieben. Es gab zu der Zeit so etwas wie eine Renaissance sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik, also eine Nachwirkung der 68er-Bewegung, der Studentenbewegung, der sich anschließenden Sozialarbeiterbewegung, der gescheiterten Randgruppenstrategie innerhalb der Sozialarbeiterbewegung. Ich denke, dass daraus für unsere Nachbarschaftsheimarbeit die große Chance entstand, dass nämlich Bürger sich für ihre Angelegenheiten vor Ort interessierten, dass man das mit unserer Arbeit verknüpfen konnte und dass man sozusagen unsere professionelle Arbeit mit Vorstellungen von Bürgern, wie ein Stadtteil gestaltet werden könnte, zusammenbringen konnte.

Ich hatte das Gefühl, das geht an uns vorbei, wenn wir uns da nicht einklinken, und hatte geschrieben, dass die Leute Kritik an bestimmten Einrichtungen hätten, dass sie sich neue, andere Einrichtungen wünschen. Ich hatte geschrieben, dass die Leute stärker denn je den Wunsch haben nach Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, aber auch nach Mitverantwortung, Teilhabe. Das behaupte ich auch heute noch. In Deutschland sind wir auf dem Wege zur Demokratisierung. Wir haben noch keine entwickelte, mit einer langen Tradition versehene Demokratie. Das sind sozusagen die ersten Schritte, und wir können dazu einen Beitrag leisten. Ich habe so einige Dinge aufgeworfen: statt zentraler Entscheidungsprozesse gemeindenahe einzuführen, statt Institutionen auszubauen mehr außerinstitutionell zu arbeiten, statt große Einrichtungen kleine zu schaffen, statt stationäre Versorgungen weiter auszubauen mehr ambulante usw. Also all das, was heute auch noch eine Rolle spielt. Auch die Kulturarbeit sollte eine wichtige Rolle als Katalysator in diesem Prozess haben.

Herbert Scherer: Ich vermisse den Punkt, bei dem die Kontroverse liegt. Vielleicht wird Dieter Oelschlägel aus seiner Sicht den Punkt finden.

Dieter Oelschlägel: Glaube ich nicht, es ist schon so lange her. Ich würde es heute nicht mal mehr eine Kontroverse nennen, sondern eine relativ periphere Auseinandersetzung, aber das hängt sehr stark mit Biografien

zusammen. Ich habe in den 15 Jahren immer dasselbe gemacht. Ich war auf der einen Seite an der Hochschule als Unterrichtender tätig und auf der anderen Seite in einem Duisburger Armutsstadtteil, konkret in einem Gemeinwesenprojekt tätig. Meine Perspektive der Gemeinwesenarbeit und der Auseinandersetzung über Texte zur Gemeinwesenarbeit war immer sehr stark von diesen beiden Positionen geprägt. Das heißt, einmal von dem Dilemma, dass es damals keine – und eigentlich bis heute keine – formulierbare Theorie von Gemeinwesenarbeit gibt, und zum anderen aus der Perspektive eines Armutsstadtteils, die nun wieder eine ganz andere ist. Wenn ich mich an den Artikel zurückerinnere – ich habe ihn nicht gefunden bei der Vorbereitung –, dann habe ich etwas vermisst, was mich damals aufgeregt hat und wo ich Georg möglicherweise missverstanden habe, etwas von Klassenauseinandersetzung, also etwas von oben und unten. Ich hatte seine Position sozusagen auf die Gesamtbevölkerung bezogen.

Mein Einwand kam damals aus meiner Projektsicht: Gemeinwesenarbeit hatte sehr stark auch eine gewisse Parteilichkeit. Wir müssen uns deshalb auch um die Leute kümmern, die ausgegrenzt sind. Da ist der Kulturbegriff dann auch ein anderer. Wenn ich mir die Geschichte jetzt anschau, dann hat sich einiges verändert, einiges ist geblieben. Geblieben ist, dass ich immer noch störrisch an dem Begriff Gemeinwesenarbeit festhalte, weil ich denke, dass alle anderen Begriffe den Sachverhalt nicht besser erklären und eher verwirrt als erklärt haben (obwohl Gemeinwesenarbeit auch nicht der beste Begriff ist). Weil ich zweitens sehe, dass es in Deutschland eine blöde Unsitte ist, immer wenn man sich etwas Neues ausdenkt, dann auch ein neues Etikett ranzukleben, anstatt alte Gedanken weiterzuentwickeln. Ich bin immer noch der Meinung, und da finde ich mich im Einklang mit der bürgerlichen Soziologie, dass es dieses Oben und Unten und diese Trennung in Klassen in der Gesellschaft immer noch gibt. Anderer Meinung bin ich mittlerweile, dass man das so scharf gegeneinandersetzt. Man muss die vermittelnde Ebene der unterschiedlichen Optionen, die ein Mensch hat, in die Lage, in der er sich befindet, einbeziehen. Hier haben wir früher Gemeinwesenarbeit zeitbedingt richtig, von heute aus gesehen falsch gemacht, indem wir sozusagen schematische Linien angelegt haben: Was ist gut? Was ist böse? Was ist richtig? Was ist falsch? Wir haben die Menschen, mit denen wir es zu tun hatten, als Objekte gesehen, die man zu politischem Han-

deln organisieren muss, und nur ich weiß, wie sie sich verhalten müssen. Hier, denke ich, hat sich meine Position grundlegend geändert. Um es vielleicht nicht ganz in dieser Konsequenz zu sagen: Wir machen nur noch, was die Leute wollen. Es gibt zumindest einen gleichberechtigten Aushandlungsprozess zwischen meinen Interessen und den Interessen der Klienten. Das ist für mich eine ganz entscheidende Entwicklung in der Frage Gemeinwesenarbeit.

Wir haben damals mit der doch etwas orthodoxen marxistischen Position nicht vermocht, bis zu subjektiven Fragestellungen zu kommen und zum Beispiel zu erklären, warum Menschen sich in der gleichen Situation unterschiedlich verhalten. Ich denke, da hat sich theoretisch einiges geändert – über Konzepte von „Lebenslage“ oder von „Lebenswelt“, oder auch über das, was jetzt ganz aktuell als dynamische Armutsforschung betrieben wird, bei der der Lebenslauf eine Rolle spielt. Das kann auch für Strategien der Gemeinwesenarbeit wichtig sein. Also ich halte fest an dem Punkt Gemeinwesenarbeit, ich halte fest an einer Ungleichheit in der Gesellschaft, die uns zwingt, parteilich zu handeln, ich gehe aber weg von dogmatischen Positionen und denke, dass wir die Subjekte sehr viel ernster nehmen müssen, als wir es damals getan haben.

Herbert Scherer: Das war schon der Übergang zur zweiten Runde, nämlich zu der Frage: Wie sehen wir das heute und was bedeutet sozusagen die alte Kontroverse für die heutige Standortbestimmung?

Georg Zinner: Ich war auch ein Anhänger dieser Gemeinwesenarbeit und ich bin skeptisch gegen Begriffe wie „lebensweltorientierte Sozialarbeit“ – von Dieter in seinen Veröffentlichungen sehr häufig gebraucht. Ich gebrauche diesen Begriff nicht und ich sage auch warum: Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, dass soziale Arbeit sich an der Lebenswelt der Menschen orientiert. Das ist für mich so etwas wie der weiße Schimmel. Ich denke mir immer, die Wissenschaftler müssten doch darüber nachdenken, warum sie jetzt so ein Wort gebrauchen. Entweder haben sie etwas nicht verstanden oder sie wollen noch etwas nachhaken oder nachschieben und uns, die Praktiker, darauf aufmerksam machen, dass wir uns doch bitte mit der Klassenlage der Bevölkerung auseinandersetzen. Indirekt heißt das ja, dass man uns unterstellt, wir würden es nicht tun. In meiner eigenen Praxis war das immer selbstverständlich, und es

war für uns so selbstverständlich, dass wir das Soziale nicht immer als bekenntnishafte Überschrift drübergeschrieben haben.

Herbert Scherer: Es kam damals noch eine zweite Polemik, Autorin war Walli Gleim. Und da ging es um die Frage: ein Haus für alle? Die Vorstellung, ein Haus für alle zu haben, die auch von Georg vertreten wurde, wurde nicht von Dieter Oelschlägel, aber von anderen Kollegen sehr stark kritisiert.

Dieter Oelschlägel: Es ist in dem Gespräch eine Frage deutlich geworden: Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Theoretiker und Praktiker? Ich kann damit nicht viel anfangen, muss ich ganz ehrlich sagen, weil ich den nicht kenne.

Es wird immer sehr schnell gesagt, wer an der Hochschule ist, ist ein Theoretiker, und wer draußen rumwuselt, ist ein Praktiker. Das ist es ja eigentlich nicht, weil jeder, der an irgendeiner Stelle versucht, Gegenstände, Menschen oder was immer zu verändern, ein Praktiker ist. Der Unterschied zwischen Theoretiker und Praktiker liegt möglicherweise in der Art und Weise, wie sie beide ihr Wissen erwerben. Der eine sozusagen von der Hand in den Mund, unter Druck, sofort, Alltagstheorie. Der andere denkt lange nach, bis die Phänomene schon vorbei sind, und liefert dann hinterher die Erklärung dafür.

Wenn Georg sagt, wir Sozialarbeiter sind immer nah an der Lebenswelt, hat das von der Hochschuleseite bisher niemand bestritten. Da haben wir die Sozialarbeiter eher drum beneidet. Für die wissenschaftliche und theoretische Entwicklung war das eine sehr wichtige Erkenntnis. Es war die Erkenntnis, dass man nicht alle Menschen über einen klassentheoretischen Leisten ziehen darf. Das war auch die Erkenntnis, dass man sie nicht zu den Objekten seiner Agitation machen darf. Und das, muss ich allerdings rückblickend behaupten, haben Sozialarbeiter und Gemeinwesenarbeiter vielleicht nicht immer mit politischen, sondern möglicherweise auch mit sozial-technologischen Motiven immer getan. Sie wussten, aus einem gewissen theoretischen Verständnis heraus, was für die Menschen gut ist. Da denke ich, ist der Ansatz der Lebenswelt eigentlich eine Aufforderung, genau hinzugucken und nicht nur aus dem Bauch, sondern auch mit dem Kopf. Zum anderen ist ja gerade ein we-

sentlicher Aspekt dieses Konzepts, dass das, was die Lebenswelt der Menschen ausmacht, nicht das ist, was die Wissenschaftler sehen, sondern das, was die Betroffenen sehen. Im Grunde ist das für mich in meiner eigenen Biografie eine sehr wichtige Erkenntnis gewesen, weil es solche Theorien für die Gemeinwesenarbeit bis vor zehn Jahren nicht gegeben hat.

Georg Zinner: Eberhard Schwartz hat den Begriff „Haus für alle!“ aus dem Ausland mitgebracht. Die Idee war, das Nachbarschaftsheim Schöneberg wirklich für alle zu öffnen, für den, der Probleme hat, und für den, der sie nicht hat oder meint, sie nicht zu haben, und daraus eine Stärke zu entwickeln. Wir haben die Kontroverse, die wir hier austragen, auch im Hause gehabt.

An einem Beispiel: Jugendarbeiter haben lange gesagt: Ja, wir wollen etwas für die benachteiligten Jugendlichen tun. Wir sind in erster Linie für die benachteiligten Jugendlichen da. Die Ziele wurden so hoch angesetzt, dass am Ende gar keine Jugendlichen da waren. Dieses Phänomen gibt es in der Sozialarbeit ganz allgemein. Man setzt ein Ziel so ehrenhaft hoch an, dass gar nichts mehr passiert. Ich bin dann eher ein pragmatischer Mensch und sage, man muss schauen, was Jugendliche heute brauchen und was sie vermissen, und daran anknüpfen. Früher war ich auch für die Altenarbeit im Haus verantwortlich. Wenn alte Leute gefragt wurden, warum sie nicht ins Nachbarschaftsheim kommen, in die Altentagesstätte, dann kam die Antwort: Das habe ich ja noch nicht nötig, soweit bin ich ja noch nicht. Gut, wenn es soweit ist, dann werde ich schon auch kommen, aber jetzt noch nicht. Jeder Sozialarbeiter kennt diese Erfahrung, dass man in eine soziale Einrichtung nur mit einem gewissen Unwohlsein geht. Die haftet vielen Einrichtungen an. Heute ist es anders. Wenn alte Leute ins Nachbarschaftsheim Schöneberg gehen, dann sind sie „in“, weil alle Leute hingehen. Da gehen nicht nur die hin, die Probleme haben. Die erste Antwort würde man heute nicht mehr bekommen. Ich denke, dass die richtige Strategie genau die war, die wir dann praktiziert haben. Wir haben gesagt: Okay, es gibt arabische Flüchtlinge, palästinensische Flüchtlinge – wir müssen einen Treffpunkt für sie schaffen, wir müssen schauen, dass sie Deutsch lernen können, dass sie ihre Angelegenheiten bei der Flüchtlingsbehörde regeln können usw. Also ganz praktisches Anpacken. Was sie dann mit

ihren Fähigkeiten machen, wenn sie Deutsch können, das ist ihre Sache, das ist nicht unsere Sache, da haben wir ihnen auch nichts vorzuschreiben. Ob sie nun gegen diesen Staat, der sie unterdrückt, aufbegehren oder nicht, das ist ihre alleinige Entscheidung.

Dieter Oelschlägel: Ich kann im Moment nicht viel entgegenen, weil die Begriffe, die Georg benutzt hat, sozusagen als Kritik an ihn, nicht meine gewesen sind. Was ich sehe, ist, und das finde ich nicht schlimm, das finde ich eher gut, dass es unterschiedliche strategische Entwürfe gibt, bestimmte Ziele zu erreichen. Und dass ich das mit dem strategischen Entwurf – ein Haus für alle – machen kann. Ich behaupte aber, vielleicht im Unterschied zu Georg, dass bei einer Entscheidung in bestimmten Situationen für ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen, die ihre Teilhabe an der Gesellschaft nicht so wahrnehmen können wie andere, eine solche Entscheidung auch zu unterschiedlichen strategischen Entwürfen führen kann. Ich kann für beide die Ziele zu hoch oder unangemessen setzen. Das ist keine Entscheidung für einen strategischen Entwurf, sondern wie ich mit Zielen umgehe, ob ich die Ziele so formulieren kann, dass sie erreichbar sind. Ich bin allerdings der Meinung, dass eins der Ziele immer ein bisschen höher sein müsste, damit man nicht müde wird, sich immer wieder nach dem Unerreichbaren abzustrampeln.

Georg Zinner: Vielleicht kann man noch was zum Menschenbild sagen – Klient, Konsument usw. Ich denke, dass man das nicht generell beantworten kann. Es gibt Leute, die kommen als Konsumenten in unsere Einrichtungen und schauen sich ein schönes Theaterstück an. Was das für eine Wirkung auf diese Menschen hat, wissen wir doch gar nicht. Es mag sein, dass sie nur Konsumenten sind, es kann aber auch sein, dass dadurch bestimmte Anstöße ausgelöst werden. Das wissen wir nicht. Es ist auch gut, dass jemand als Klient im klassischen Sinne der sozialen Arbeit kommt, weil er tatsächlich ein Problem hat und sich der Hilfe einer Einrichtung bedient. Das ist voll in Ordnung. Wenn jemand nicht mehr will als diese Hilfe, dann ist das auch okay. Will jemand mehr, muss man Möglichkeiten dafür schaffen, dass er das, was er mehr will, bekommt. Wenn er Deutsch lernen oder seinen eigenen kulturellen Traditionen gerecht werden will, oder wenn er nur mit anderen Menschen Kaffee trinken möchte, dann ist das auch in Ordnung. Wir müssen diese verschiedenen Möglichkeiten für Klient, Konsument oder Bürger schaffen.

Der letztere liegt mir sehr am Herzen. Ich glaube, wir sind auf dem Weg hin zur Demokratie. In Deutschland ist die Demokratie verordnet worden, sie ist nicht von unten erkämpft und entwickelt worden, sie ist uns nach dem II. Weltkrieg von den Alliierten sozusagen oktroyiert worden, im besten Sinne, zu unserem Wohl und in unserem Interesse. Auch die Nachbarschaftsheime waren ja ein Beitrag dazu. Eine wirkliche demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik hat meiner Meinung nach erst 1968 angefangen. Die Gründung der Nachbarschaftsheime 1947/48 durch die Amerikaner war nur ein Vorspiel. Das ist damals gar nicht verstanden worden, und es war auch gar nicht unbedingt die Aufgabe, dass man sich als Demokrat bewährt. Man musste schauen, wie man über die Runden kam, dass man was zu essen hatte und man sich in dieser Nachkriegsphase warm kleiden konnte. Dieser Demokratie-Aspekt der Nachbarschaftsarbeit hat erst in den letzten 15, 20, 25 Jahren angefangen. Da sind wir auf dem Weg. Das berührt ja auch die Diskussion um Ehrenamtlichkeit, Vorstände, Mitwirkung, Mitgestaltung, Teilhabe, Konflikte zwischen Professionellen und Nichtprofessionellen.

Ich will dafür ein Beispiel bringen: Bei einer Bürgerinitiative, die sich bildet, weil eine Straße kaum noch zu überqueren ist, gibt es zwei Möglichkeiten. Die Leute kommen und sagen: Liebes Nachbarschaftsheim, mach doch mal was, wir kommen da nicht mehr über die Straße, und wir werden dann sofort aktiv und schreiben an das Bezirksamt, an den Senat und sonst was. Das haben wir nicht gemacht, obwohl es auch unter den Mitarbeitern umstritten war. Ich war der Meinung und andere Kollegen auch, dass das die Leute selbst machen müssen. Wir stellen die Technik zur Verfügung, wir könnten helfen, eine Pressekonferenz zu machen, wir könnten die richtigen Ansprechpartner nennen usw., aber machen müssen sie es selbst, auch auf die Gefahr hin, dass gar nichts passiert. Nur so geben wir den Leuten letztlich die Chance, Fähigkeiten zu entwickeln und mit ihren Stärken, mit ihren Fähigkeiten zu arbeiten.

Das trifft sich wiederum mit der Bewegung, dass wir die Bürokratie dieses „viel Staat“ abbauen müssen. Den Verwaltungsstaat müssen wir auflösen, die organisierte Verantwortungslosigkeit, die es bei uns gibt, in den Bürokratien beseitigen. Und da müssen wir uns als Nachbarschaftseinrichtungen öffnen und uns als Ansprechpartner den Bürgern und auch den Verwaltungen, den staatlichen, kommunalen Instanzen, an-

bieten und sagen: Wir, die wir lokal orientiert sind, überschaubar sind, wir sind die richtigen Träger für Einrichtungen, in denen die Bürger in Zukunft mehr denn je soziale Arbeit, gesundheitliche Hilfen und was es sonst noch alles gibt nach ihren Vorstellungen organisieren können.

Andrea Feiertag, Kultur- und Kommunikationszentrum Flensburg. Ich arbeite als Geschäftsführerin, bin Diplom-Pädagogin. Ich habe im Radio gehört, dass sich in einem Hamburger Stadtteil eine Bürgerinitiative zusammenschließt, die verhindern will, dass sich ein Altenwohnprojekt von Lesben und Schwulen etabliert. Wenn in so einem Stadtteil ein Nachbarschaftszentrum existiert, stellt das dann der Bevölkerung, die aufgrund ihrer Homophobie so ein Wohnprojekt nicht dulden will, die Technik und das Know-how zur Verfügung oder gibt es da andere Diskussionsansätze?

Dieter Oelschlägel: Ich vertrete nicht die Position, dass der Gemeinwesenarbeiter oder der Sozialarbeiter der Auftragnehmer aller Bürger ist und das machen muss, was die sagen. Es muss einen Auseinandersetzungsprozess um das Thema geben. Ich würde in einer solchen Situation zunächst mal mit ihnen diskutieren, ob es Partialinteressen sind, ob ihre Interessen in den Stadtteil hineingehören, und würde meine gegensätzlichen Interessen dagegenhalten. Dann müsste in dem Haus eine Entscheidung getroffen werden. Ich kann für mich subjektiv sagen, dass ich dagegen wäre, dass sie das machen. Ich kann allerdings akzeptieren, dass andere Leute zu einer anderen Entscheidung kommen, weil sie möglicherweise mit anderen strategischen, politischen oder inhaltlichen Voraussetzungen rangehen.

Georg Zinner: Man muss als Mitarbeiter/in in einem Nachbarschaftsheim natürlich eine Position haben und sie auch sagen. Man sollte nicht mit seiner eigenen Einstellung oder Auffassung hinterm Berg halten. Man muss entscheiden, wie man dann professionell handelt. In dem genannten Fall ist es schwierig. Wenn es irgendeine Chance gegeben hätte, die verschiedenen Gruppierungen miteinander ins Gespräch zu bringen, dann hätte ich das gemacht. Es ist auch eine Situation denkbar, so eine Situation hat es bei uns gegeben, dass Rassisten auftauchen, also Leute, die sozusagen den Ansprüchen eines Hauses oder der sozialen

Arbeit widersprechen. Die kann man nicht ins Haus lassen. Man muss es im Einzelfall entscheiden.

Hartmut Falkenberg, Förderverein Heimfeld-Nord, Hamburg. Ich arbeite im Moment in einem der Pilotgebiete zur Armutsbekämpfung in Hamburg, die dort von einem Senatsprogramm eingerichtet worden sind. Ich kümmere mich als Stadtteil-Koordinator und Projektentwickler auch um kleinräumige Entwicklungspolitik, in dem Sinne auch Gemeinwesenarbeit. Ich will mal eine andere Frage aufwerfen. Drei Stichworte: Konsument, Klient, Bürger oder auch mitgestaltender Bürger. Was ist eigentlich Bürger? Es gab ja auch Bürgerartikulationen, zumindest war es in Berlin so, die Anfang der 80er Jahre, wesentlich von Jugendseite her, Bürgerprotest formuliert hat. Durch Hausbesetzungen und die ganzen sozialen Fragen, die das aufgeworfen hat, wollten junge Leute andere Wege gehen. Was ist denn damit? Man möchte Beteiligung, die Leute sollen mitmachen, die Leute sollen selber formulieren, was sie wollen. Man hat ja zehn Jahre lang solche Ansätze mit Politik und Verwaltung letztendlich zerstört oder so angepasst, dass wenig davon übriggeblieben ist. Ich sage nur das Stichwort Hafensstraße. Heute ist auch Sankt Pauli Pilotgebiet zur Armutsbekämpfung. Es finden also Bewegungen statt. Man klagt ja immer darüber, dass es keine soziale Bewegung, sozialen Protest gibt. Es finden Bewegungen statt, die in unserem System nicht legitim sind und keine Akzeptanz in unserem System finden.

Eberhard Schwartz, Nachbarschaftsheim Schöneberg, Berlin. Ich bin seit 1979 im Nachbarschaftsheim tätig, zunächst zwölf Jahre in der Erwachsenenarbeit, in der sozial-kulturellen Arbeit, jetzt in der Jugendarbeit. Die eine Seite hat den Betroffenen oder den Leistungsempfänger, oder wie man ihn auch immer bezeichnen will, als Objekt gesehen, das irgendwo hingebacht werden muss. Der Pädagoge weiß, wie die richtige Linie ist. Damals gab es ein Lied, in dem selbstkritisch gesungen wurde: Wir sind die Pädagogen des Proletariats. Der Arme, das arme Opfer, der Obdachlose, der Rocker, das ist ein revolutionäres Objekt, und wenn man mit dem arbeitet und dem was Gutes tut, dann wird er diesen Staat schon mit zerschlagen – ich spitze das jetzt mal zu. Die andere Meinung war: Soziale Arbeit hat die Aufgabe, Menschen nicht doppelt als Opfer zu stigmatisieren, sondern auch zu helfen und nicht auszugrenzen. Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit, der Lobby-Verband für Nachbar-

schaftsarbeit und Gemeinwesenarbeit in der Bundesrepublik, hat sich diesen Fragen überhaupt nicht gestellt. Ein weiterer Punkt ist die sozial-kulturelle Arbeit, dieser Teil kultureller Arbeit wurde von einer Seite immer nur als Agitprop gesehen. Man macht Kulturarbeit, man macht eine Theatergruppe und füllt das mit politischen Inhalten. Die andere Kulturarbeit ist einfach Kulturarbeit, bei der Menschen in ihrer Freizeit etwas Wertfreies machen, das nicht politisch sein muss. Nach dem Vorbild Amerikas: bread and roses. Erst einmal müssen die Leute Brot haben, darüber hinaus gibt es dann noch was anderes, es reicht nicht, nur satt zu sein.

Dieter Oelschlägel: Ich möchte da gern etwas direkt darauf sagen, weil es bei mir ein bisschen zu kribbeln anfängt. In dem Verband, den Eberhard beschrieben hat, war ich nicht. Das andere ist, dass wir mit den Begriffen klarkommen müssen und auch mit den Konsequenzen. Mit der Aufhebung der Position, dass die Unterdrückten, die Proletarier Objekte unseres Handelns sind, ist nicht die Tatsache aufgehoben, dass es sie noch gibt, dass es die Armen, die Ausgegrenzten noch gibt, und wir dazu Stellung beziehen müssen. Es klingt manchmal so, dass sich das alles verwischt, und dann ist es nicht mehr deutlich.

Lothar Stock, Fachhochschule Merseburg. Ich möchte Herrn Zinner fragen, welches Demokratieverständnis er hat, weil die Entwicklung nämlich anders war. Immer mehr Menschen werden ausgegrenzt und sollen nicht an der Demokratie teilhaben. Demokratie höchstens in der Form: Es gibt nicht mehr genug Geld, um soziale Arbeit zu machen, jetzt bitte mal schön Demokratie üben, und die Armen, die sowieso nichts haben, die verteilen jetzt das Geld untereinander. Das ist die Form von Demokratie, die ich momentan erlebe, und es geht hoch bis in die Bundes- und Kommunalpolitik. Welche Entscheidungen werden denn noch demokratisch getroffen?

Ich lebe in Merseburg an der Fachhochschule, die Stadt ist pleite, aber nicht weil die Politik das hervorgerufen hat, das Wirtschaftssystem hat es hervorgerufen, und die Antwort der Politik darauf sind die Sachzwänge. Ich sehe momentan Demokratie nur als billiges Ablagern, und diejenigen, die sowieso nichts haben, sollen sich gemeinsam mit anderen, die auch nichts haben, die restlichen Mittel teilen.

Georg Zinner: Wir haben in Deutschland ein Bewusstsein, das in etwa so aussieht und das von vielen Seiten gefördert wurde: Der Staat ist verantwortlich, der hat dafür zu sorgen. Die Bürger haben Ansprüche an diesen Staat zu stellen. Der Staat hat diese Ansprüche einzulösen – bis hin zu seinem Arbeitsplatz. Ich sage, die Bürger müssen von diesem Anspruchsdenken Abschied nehmen. Es war in einer historischen Phase richtig, so zu arbeiten, dass der Staat Verantwortung und Aufgaben übernimmt, dass er für Gerechtigkeit, für sozialen Ausgleich usw. sorgt. Heute denke ich, dass der Staat natürlich eine gewisse Grundversorgung sicherstellen muss, ansonsten aber die Bürger mehr Verantwortung dafür übernehmen müssen, was in ihrer Gesellschaft geschieht.

Ganz allgemein gesagt, auf Gemeindeebene gilt das gleiche. Und wenn heute soziale Arbeit, jedenfalls in Berlin, überwiegend staatlich organisiert ist, dann trifft es auch für viele soziale Einrichtungen, die staatlich betrieben werden, zu und auch für eine soziale Arbeit, die in staatlicher Regie betrieben wird. Das heißt nicht automatisch, dass die soziale Arbeit in der freien Trägerschaft oder die privat organisierte besser ist. Ich glaube aber, dass sich der Staat heute überfordert hat, dass er sich von vielen Aufgaben verabschieden muss und dass es notwendig ist, dass die Bürger selbst wieder Aufgaben in die Hand nehmen. Das ist auch im Interesse der Bürger. Sonst hätte es keine Alternativbewegung, keine Selbsthilfebewegung gegeben. Es war immer auch Kritik an staatlichen Institutionen. Und es war immer auch die erklärte Bereitschaft der Bürger, Verantwortung zu übernehmen. Als Nachbarschaftsheime können wir einen Beitrag leisten beim Versuch, in unserem Alltag daran mitzuwirken, dass soziale Einrichtungen oder soziale Arbeit so organisiert werden, wie wir es uns vorstellen.

Dieter Oelschlägel: Es wird schon ein bisschen kontrovers, weil ich die Position von Georg so nicht teilen kann, die von einer relativ gesicherten Perspektive ausgeht. Ich überspitze jetzt mal: Es klingt ein bisschen zynisch, einem Langzeitarbeitslosen zu sagen, er soll mal bitte sein Anspruchsdenken zurückstellen. Ich gehe so weit mit, dass ich sage, es müsste viel mehr an Initiativen von den Menschen selber betrieben werden. Ich gehe aber dann auch so weit, dass ich sage, der Staat hat die Verpflichtung, sie dazu in die Lage zu versetzen. Wir haben eine ganze Menge Untersuchungen und Erfahrungen, die belegen, dass, um bürgerschaft-

liches Engagement zu zeigen, bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Menschen müssen eine materielle Absicherung dafür haben, sie müssen auch Zeit dafür haben, sie müssen Kompetenzen haben. Dafür hätte dann allerdings der Staat zu sorgen.

Claudia Grass, Nachbarschaftsheim Schöneberg, Berlin. Ich bin zuständig für den Familienbereich und habe eine Frage an Herrn Oelschlägel, die den Klassenbegriff betrifft. Ich denke, mittlerweile hat sich auch da einiges verschoben. Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Ober-, Mittel-, Unterschicht, woran macht man das fest, am Einkommen, am Bildungsniveau? Ich merke zunehmend, dass das nicht mehr so einfach zu handhaben ist, und dass auch Akademiker immer mehr Schwierigkeiten bekommen, ihr Geld zu verdienen. Wenn Menschen kommen, wo setzt man da an? Aus meiner Sicht ist es die Bedürftigkeit, die bei Menschen mit relativ hohem Bildungsniveau genauso vorhanden sein kann wie bei Menschen, die es nicht haben. Bei uns gibt es sehr viele Mütter, die Hilfe suchen. Mütter sind für mich per se eine benachteiligte Gruppe in der Gesellschaft. Da gibt es viele auch mit hohem Bildungsniveau, und trotzdem denke ich, dass sie Hilfe und Unterstützung brauchen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sagen, für diese brauchen wir keine Sozialarbeit zu machen, die machen das schon selbst?

Dieter Oelschlägel: Das habe ich nicht gesagt. Die Frage, nach welchen Gesichtspunkten teile ich eine Gesellschaft ein, ist ein analytischer Begriff. Das hat zunächst mal langfristig für die Praxis keine Bedeutung, sondern eher für Sozialpolitik. Da gibt es durchaus Grenzen, die wirklich sozial-politische Folgen haben, wo ich z. B. Armut ansetze. Ob ich, wie es die Bundesregierung macht, sage: Wer Sozialhilfe erhält, ist eigentlich nicht mehr arm, dessen Armut ist bekämpft, oder ob ich die EG-Grenze nehme: 50 % des Durchschnittseinkommens. Da hat Deutschland plötzlich viel mehr Arme, und das ist ein sozial-politisches Problem. Das wäre der eine Punkt.

Beim anderen Punkt, wo Sozialarbeit helfen soll, stimme ich Ihnen völlig zu, da wo die Menschen bedürftig sind. Da gibt es unterschiedliche Bedürftige. Ich würde aber nicht sagen, dass eine Frau, die gut situiert ist und psychische Probleme hat, dieselbe Bedürftigkeit hat wie jemand,

der am Existenzminimum knackt und Schulden hat. Beide sind bedürftig, es muss beiden geholfen werden.

Karl-Fried Schuwirth, Nachbarschaftshaus Wiesbaden. Ich habe Eure Kontroverse eigentlich erst in dem Augenblick nachfühlen können, nachdem ich in Rheinhausen und auch mal in der Fregestraße in Schöneberg war. Ich frage mich: Was würden die Rheinhausener sagen, also ein ganz hochbelastetes, wirklich defizitäres, industriegeschädigtes Gebiet, wenn sie in die Fregestraße kämen? Und was würden die Besucher der Fregestraße sagen, wenn sie nach Rheinhausen kämen? So ungefähr erlebe ich diese Kontroverse auch heute. Wir haben Euch beide zu Protagonisten gemacht für einen ganz bestimmten Blick, aus ganz bestimmten Lebenswelten oder Gemeinwesen oder Nachbarschaften. Gemeinwesenarbeit aus dem Blickwinkel der Armen und Gemeinwesenarbeit aus dem Blickwinkel der Reichen. Ich habe mir in den ganzen Jahren nichts mehr gewünscht, als einen Dachverband zu haben, in dem diese beiden sehr pointierten und sehr profilierten Beiträge wirklich ihren Ort haben können und wo weitergedacht werden kann.

Herbert Scherer: Jetzt hat Karl-Fried Schuwirth die dritte Runde eingeleitet mit den Fragen: Welche Aufgaben hat der Verband? Wie soll sich der Verband in dieser Frage orientieren oder wie geht er damit um, dass es möglicherweise unterschiedliche Richtungen innerhalb dieses Verbandes gibt? Ein Teil der Schärfe der Auseinandersetzung damals hatte etwas damit zu tun, dass Dieter Oelschlägel eine wichtige Rolle und Georg Zinner wahrscheinlich eine heimlich wichtige Rolle in diesem Verband spielten und überhaupt in Verbänden oder Vorständen aktiv tätig sind. Beide haben die Perspektive von Vorsitzenden, die mit Verbänden zu tun haben.

Georg Zinner: Ich habe gesagt, dass ich sowohl im Nachbarschaftsheim als auch beim Verband für sozial-kulturelle Arbeit viele verpasste Chancen gesehen habe. Es hat sich immer wieder gezeigt, dass sich dieser Verband öffnen sollte für alle sozial-kulturellen, gemeinwesenorientierten und anderen Projekte, die lokal arbeiten und einen Grundkonsens darüber haben, was Nachbarschafts- oder Gemeinwesenarbeit ist. Das heißt, dass man alle Bürger eines Stadtteils anspricht, generationenübergreifend arbeitet, dass man nicht ghettoisiert, dass man mit den

Fähigkeiten, Stärken der Bürger arbeitet, dass man die Bürger beteiligt, dass man ein eingetragener Verein, also rechtlich selbständig ist usw. Ich habe gesehen, dass um uns herum alle möglichen Initiativen entstanden sind, sich bundesweit viel Stadtteileleben entwickelt. Der Verband hat sich diesen Initiativen nicht geöffnet.

Ich kann mich noch an viele Debatten erinnern, sowohl in Berlin als auch auf Bundesebene, in denen ich immer wieder gefordert habe, dass der Verband, der ja mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde und wird, sich nicht selbst genug sein kann. Es kann nicht sein, dass ein Verband, der 1951 gegründet wurde, z. B. 1981 nur 20 Mitglieder hatte. Dabei gibt es Hunderte von Initiativen, und das hat meiner Meinung nach damit zu tun, wie man soziale Arbeit betrieben hat. So wenig wie man die Häuser den Bürgern und den Initiativen gegenüber geöffnet hat, sie teilweise sogar ausgeschlossen hat, weil es ja nur Probleme bringt, wenn man seine Haustür weit aufmacht, so wenig hat man auch den Verband diesen neuen Strömungen gegenüber geöffnet. Es hat auch immer wieder Probleme gegeben, mit der Bundesvereinigung Sozio-Kultureller Zentren zusammenzuarbeiten oder mit ihr ins Gespräch zu kommen. Ich habe immer mit tiefstem Bedauern gesehen, dass das nicht geschieht. In der Bundesrepublik vollzieht sich eine Entwicklung der Demokratie von unten, der Übernahme der Verantwortung durch die Bürger, die Beteiligung der Bürger, in der der Verband mit seinen Einrichtungen, mit seiner Philosophie der Nachbarschaftsarbeit, der sozial-kulturellen Arbeit und auch der Gemeinwesenarbeit der Anknüpfungspunkt überhaupt sein könnte. Der Verband hätte sich viel früher Ministerien, Kommunen, Ländern gegenüber öffnen und sagen müssen: Wir sind euer Partner im Stadtteil, in einem lokalen Gebiet, wenn es da Probleme gibt, wenn es da Aufgaben gibt, stehen wir zur Verfügung. Wir versuchen alle, diese Initiativen zu sammeln, zusammenzubringen, fachlich zu qualifizieren, den Austausch zu fördern, ein Forum zu schaffen usw. In Berlin ist es dann auch geschehen und auf Bundesebene, und darüber bin ich ganz glücklich, geschieht es nun auch. Diese Tagung ist ein Beispiel und ein Beweis dafür, dass wir nun mit dieser Öffnung angefangen haben, und ich bin sicher, dass Nachbarschaftsarbeit Zukunft hat und vielleicht die Form überhaupt ist, wie soziale Arbeit in Zukunft am sinnvollsten organisiert wird: lokal überschaubar, bürgernah, dezentral, vernetzt. Das war natürlich eine uralte Kontroverse in diesem Verband. In vielen De-

batten hat man gesagt: Nein, das wollen wir nicht, das machen wir nicht, und wenn, dann erst mal nur in Nordrhein-Westfalen, aber noch nicht im ganzen Bundesgebiet. Das war eine verpasste Chance. Jetzt müssen wir etwas nachholen, und ich hoffe, es gelingt uns.

Herbert Scherer: Das Verblüffende wird sein, dass es auch an dieser Stelle gar keine große Kontroverse gibt.

Dieter Oelschlägel: Die gibt es auch nicht. Dass sich der Verband öffnen muss, da sind wir uns völlig einig. Ich würde nur noch eine Ergänzung dazugeben. Der Verband muss sich entscheiden, ob er Kontroversen zulässt oder nicht, und zwar nicht nur zulässt im formalen Sinn, sondern sie auch als positiv ansieht, um die Entwicklung weiterzutreiben. Die Kontroversen müssen ohne den Hintergrund von Macht geführt werden. Sie sind bei uns im Verband auch auf dem Hintergrund von Macht geführt worden. Das müsste rausgenommen werden. Insofern müsste sich der Verband zu einem Forum für die Fachdiskussion entwickeln. Das tut er, das sehe ich, aber das müsste auch im Selbstverständnis nicht nur nebenbei geschehen. Man muss auch sehen, wie wir in diesem Verband miteinander umgehen, damit er sich noch weiter öffnen kann.

Aus: Rundbrief 1.1996, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil – Die Grundlagen ihrer Arbeit (1999)

von Georg Zinner und Dietmar Freier

1. Nachbarschaftshäuser sind das Ergebnis bürgerschaftlichen Engagements

Stadtteilzentren/Nachbarschaftshäuser entstehen aus bürgerschaftlichem Engagement und leben vom bürgerschaftlichen Engagement. Gesellschaftliche Grundprinzipien der Demokratie und der Subsidiarität, also allgemeine Bürgerrechte, gewährleisten ihnen Gestaltungsfreiheit bei der Wahrnehmung ihrer Ziele, ihrer Aufgaben und ihrer Umsetzung.

Für „Nachbarschaftshäuser“ und „Stadtteil“ gibt es einige andere Begriffe. Man spricht z. B. von Nachbarschaftsheimen, von Stadtteilzentren und anderen -zentren, von Bürgerhäusern, andererseits von Regionen, von Ortsteilen, vom Wohnquartier usw. Große sachliche Unterschiede in der Bedeutung kann man kaum feststellen; die Bezeichnungen werden eigentlich synonym verwendet.

2. Bürgermitwirkung und lokales Umfeld erfordern Vielfalt

Daraus leiten sich auf der einen Seite Strukturprinzipien für die Führung und Verantwortung von Nachbarschaftshäusern ab, die die Mitwirkung und Mitgestaltung der Bürger/innen und Besucher/innen ermöglichen, und andererseits die zwingende Rücksichtnahme staatlicher und kommunaler Instanzen gegenüber Entscheidungen des Trägers eines Nachbarschaftszentrums.

Aus den Gestaltungsprinzipien bürgerschaftlichen Engagements ergibt sich, dass Nachbarschaftshäuser zwangsläufig unterschiedlich aussehen: ihre individuelle Entstehungsgeschichte, ihr jeweiliges Umfeld, die

handelnden Personen, die nutzbaren Räumlichkeiten, die zur Zusammenarbeit zur Verfügung stehenden Partner sind jeweils andere. Diese Unterschiedlichkeit spricht für Qualität. Zentral gesteuerte und geplante Gleichförmigkeit und Uniformität können nur auf Kosten von Bürgerinteressen und deren sozialen Bedürfnissen erreicht werden.

3. Grundprinzipien der Nachbarschaftsarbeit

Bei aller Verschiedenheit sind aber Grundprinzipien zu erfüllen, die ein Nachbarschaftshaus erst zu einem Nachbarschaftshaus machen. Zusammengefasst die wichtigsten Grundprinzipien:

- Alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung werden angesprochen (Kinder, Jugendliche, Eltern, alte Menschen usw.),
- kommunikationsfördernde, generationsübergreifende und integrierende Angebote (z. B. für Ausländer, Behinderte, Menschen in besonderen Lebenssituationen und mit zeitweiligen und/oder dauerhaften Problemen),
- mit den Stärken der einzelnen Personen arbeiten und ihre kreativen Potentiale entwickeln,
- Verknüpfung sozialer, kultureller und gesundheitsfördernder Aktivitäten,
- Ermunterung und Förderung der Selbsthilfe und eigenverantwortlicher Aktivitäten von Personen, Gruppen und Initiativen,
- Ermunterung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (der ehrenamtlichen bzw. freiwilligen Arbeit),
- individuelle Hilfeleistung durch Beratung und geeignete Unterstützung durch eigene Dienstleistungsangebote oder durch ihre Vermittlung,
- Transparenz und Öffentlichkeit aller Angebote, attraktive und offensive Öffentlichkeitsarbeit,
- attraktive Räumlichkeiten, die das Wohlbefinden fördern und vielfältige Aktivitäten ermöglichen,
- Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Institutionen mit dem Ziel optimaler Ressourcennutzung,
- Regionalität (überschaubares Einzugsgebiet und Berücksichtigung gewachsener Strukturen).

Letztlich verstehen sich Nachbarschaftshäuser als Brückenbauer, als Ermöglicher, als Aktivitätszentren und als professionelle Dienstleister.

4. Die Region als Orientierungspunkt

Das Nachbarschaftshaus gehört immer zu einer Region, für die es arbeitet, auf die es bezogen ist. Nachbarschaft ist der Raum, in dem unser tägliches Leben sich zum großen Teil bewegt. Er ist der Mittelpunkt, zu dem wir im Alltag immer wieder zurückkehren, von der Arbeit, aus dem Urlaub usw. Hier werden wichtige Kontakte geknüpft, und gerade dafür sind Nachbarschaftshäuser wichtig. In dieser Nachbarschaft sollten wir uns deshalb nach unseren Wünschen und Neigungen einrichten, so wie wir leben wollen und uns wohlfühlen, es ist schließlich unser Lebensraum. Diese Nachbarschaft verändert sich fortwährend, z. B. durch Bauten oder Umbauten, durch Schließung oder Eröffnung von Geschäften, durch Änderung des Straßenverkehrs, hinsichtlich kultureller oder sozialer Angebote. Aber auch die Bewohner können sie verändern.

Diese Region – der Stadtteil, der Ortsteil – ist der wichtigste Bezugspunkt für das Wirken des Nachbarschaftshauses. Erst aus der betreffenden Region, aus der Nachbarschaft, gewinnt das Haus seine Bedeutung, eben als Nachbarschaftshaus. Aus der Region kommen die Nutzer. Manche Bevölkerungsgruppen sind sehr stark auf die Region angewiesen (z. B. Familien mit Kindern, viele ältere Leute), andere Gruppen nur in einigen Bezügen. Die Bedeutung eines Nachbarschaftshauses kann man immer nur aus der Region heraus beurteilen. Was bedeutet das Haus für die Nachbarschaft? Ist es in der Nachbarschaft bekannt? Was würde den Menschen dort fehlen, wenn man das Haus schließen würde?

Die Erwartungen, die Bedürfnisse, die Möglichkeiten der Menschen in den einzelnen Regionen sind natürlich recht unterschiedlich und sie wandeln sich im Laufe der Zeit. Die Sesshaftigkeit der Bürger/innen, ihre sozialen Bindungen, ihre berufliche Sozialisation, die Traditionen spielen hier z. B. eine große Rolle. Für die Selbsthilfe hat die Nachbarschaft in aller Regel eine große Bedeutung. Deshalb müssen die Nachbarschaftshäuser so unterschiedlich sein, denn sie müssen mit ihren Angeboten auf diese unterschiedlichen Bedürfnisse eingehen und die unter-

schiedliche Bereitschaft und Möglichkeit der Nachbarn zum Engagement nutzen. Das kann nur eine dezentralisierte Arbeit, die ein Kernpunkt der Nachbarschaftshäuser ist.

Eine immer wieder gestellte Frage ist die nach der „richtigen“ Größe der Region für ein Nachbarschaftshaus. Die Antwort hängt sehr stark von natürlichen Grenzen ab (etwa eine breite, verkehrsreiche Straße, ein Bahndamm, ein Wald oder ein Fluss), vom öffentlichen Nahverkehr, von der Mobilität der Bewohner, von der Bevölkerungsdichte u. a. m. Die Region sollte überschaubar, das Nachbarschaftshaus sollte leicht erreichbar sein. Für einige Gruppen von Nutzern ist die fußläufige Entfernung wichtig. Für großstädtische Verhältnisse kann man eine solche Region im allgemeinen für etwa 50 000 bis 80 000 Einwohner ansetzen, in Ausnahmefällen auch kleiner oder größer. Davon hängen auch Größe und Ausstattung des Nachbarschaftshauses (der Typ) ab.

5. Grundsatz Dezentralisation

Dezentralisation als Grundsatz für Organisation, aber auch als gesellschaftliches Prinzip hat in Politik und Verwaltung sowie in sozialen Einrichtungen und in Unternehmen immer mehr an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung vollzog sich vor dem Hintergrund immer größerer Kommunen bzw. Unternehmen. Dezentralisation heißt, dass zentrale Instanzen Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen abgeben an dezentrale Stellen, damit vor Ort mit besseren Informationen und Einschätzungen sach- und fachgerechtere Entscheidungen getroffen werden können. In der Diskussion um Verwaltungsreformen spielt dieser Gedanke eine sehr wichtige Rolle. Es sollen Hierarchie und zentrale Steuerung abgebaut werden und etwa durch Budgetierung, d. h. durch Zuteilung von finanziellen Mitteln an dezentrale Stellen, dort selbstständige Entscheidungen ermöglicht werden. Ziel ist eine bedarfsgerechtere Steuerung der Leistungen und damit ihre größere Effektivität als durch zentrale Entscheidungen, die regionale Besonderheiten kaum berücksichtigen können.

Nachbarschaftshäuser mit ihrer Bezogenheit auf den Stadtteil sind geradezu ideale Ansätze für Dezentralisation in wichtigen Lebens- und

Politikbereichen. Sie sind vertraut mit der Region, mit den Bedürfnissen und Erwartungen der Bürger/innen in ihrer regionalen und zeitlichen Unterschiedlichkeit und können, sofern man ihnen die Freiheit dafür lässt, die Leistungen gezielt daran orientieren. Nachbarschaftshäuser sind dabei weniger, als dies bei Verwaltungsstellen oft der Fall ist, an engbegrenzte Zuständigkeiten gebunden. Mit dem geltenden Haushaltsrecht ist das alles durchaus vereinbar. Die vorhandenen Ressourcen können so in der Region bedarfsgerechter eingesetzt werden. Die größere Zielgenauigkeit des Ressourceneinsatzes führt so zum effektiveren Einsatz der Mittel, also zur größeren Sparsamkeit. In Nachbarschaftshäusern können Bürger/innen an diesen Entscheidungen beteiligt werden und so ein Stück regionale Demokratie realisieren. Immer häufiger fordern Bürger/innen diese Mitsprache, besonders auf kommunaler Ebene. In Nachbarschaftshäusern stehen auch Fachkräfte für soziale und kulturelle Arbeit zur Verfügung, die solche Entscheidungsprozesse begleiten können.

6. Bündelung von Angeboten

Ein Nachbarschaftshaus bietet allen Bevölkerungsgruppen vielfältige Angebote unter ein und demselben Dach. Es ist multifunktional. Das hat den großen Vorteil, dass seine Räume den verschiedensten Zwecken dienen können, dass die Mitarbeiter die verschiedensten Angebote begleiten und den unterschiedlichen Gruppen beratend helfen können. Das „Unter einem Dach“ sollte nicht nur wörtlich verstanden werden; es kann auch von Vorteil sein, verschiedene Angebote „auszulagern“, d. h. auf unterschiedliche Orte im Stadtteil zu verteilen. Das kann vorteilhaft sein, wenn die Räume eines Hauses nicht ausreichen oder wenn bestimmte Angebote oder Gruppen sich gegenseitig stören würden. Die Vorzüge der gezielten Orientierung auf einen Stadtteil, der Ausrichtung an den Erwartungen der Bürger/innen und der flexible Einsatz der Mitarbeiter/innen bleiben dennoch erhalten, nämlich unter dem „Dach“ ein und derselben Einrichtung.

Eine solche Bündelung, die Multifunktionalität, stellt beachtliche Synergieeffekte dar: Jede Einrichtung braucht Räume und in der Regel Personal. Spezialisierte Einrichtungen sind in ihrem Angebot auf eine Grup-

pe bzw. auf bestimmte Zwecke ausgerichtet. Für andere Gruppen bzw. andere Zwecke sind dann andere Einrichtungen nötig, mit eigenen Räumen und Personal. Sind bestimmte Gruppen – z. B. Altersgruppen – in der Nachbarschaft später weniger vertreten, werden spezialisierte Häuser oft nicht mehr ausreichend genutzt. Das Nachbarschaftshaus dagegen kann seine Angebote dem jeweiligen Bedarf anpassen, auch wenn der Bedarf und die Erwartungen der Bürger/innen sich wandeln. Man braucht dann keine neue Einrichtung, keine neuen Mitarbeiter, sofern das Raumangebot bzw. die Mitarbeiterschaft auf Multifunktionalität angelegt sind. Auch der schwierige Wechsel der Zuständigkeiten, etwa von Jugend- zu Sozialamt, ist dann nicht nötig. Die Bündelung der Angebote, die Multifunktionalität, erlaubt eine bessere Nutzung der Ressourcen und ist kostensparend – Überlegungen, die bei der Knappheit der öffentlichen Gelder eine ausschlaggebende Rolle spielen sollten.

Multifunktionale Einrichtungen gestatten kleinere Einzugsbereiche und sind deshalb für die Bürger/innen auf kürzeren Wegen erreichbar. Das ergibt sich allein daraus, dass spezialisierte Einrichtungen nur auf die Interessen eines Teils der Bevölkerung ausgerichtet sind und deshalb zu ihrer Auslastung in aller Regel größere Einzugsbereiche brauchen. Einrichtungen für alle Bürger/innen können dagegen auf vergleichsweise kleinere Einzugsbereiche bezogen sein und sind dennoch ausgelastet. Die Bündelung von Angeboten in einer Einrichtung führt meist dazu, dass die Angebote, die ein Besucher mit sehr speziellen Interessen nicht kennt, ihm im Nachbarschaftshaus bekannt werden, es werden also viele Bürger/innen von vielen Angeboten erreicht. Das gilt beispielsweise für Frauen und Männer, die Selbsthilfegruppen im Hause nutzen, bzw. für die Bekanntmachung dieser Selbsthilfegruppen bei Gleichbetroffenen, die wegen anderer Angebote das Haus aufsuchen.

7. Die Angebote eines Nachbarschaftshauses

Ein Nachbarschaftshaus sollte möglichst viele Einrichtungen und Dienste bieten, die die Bürger/innen in dem Stadtteil erwarten: Räume zur öffentlichen und privaten Nutzung, Treffen für Ältere, Ausländer, Behinderte, Jugendgruppen, Theatergruppen, familienbezogene Aktivitäten, kulturelle Veranstaltungen, Anregungen zur Selbsthilfe, Nutzung des

Hauses für Bürgerinitiativen, Zusammenkünfte für Arbeitslose, Beratungen und, und, und. Vieles werden die Bürger/innen selbst initiieren, manches kann von Fachkräften angeregt werden. Sehr bewusst sollten Angebote übernommen oder ins Haus aufgenommen werden, die die öffentliche Hand sicherstellen muss oder leisten will, z. B. Volkshochschulkurse, Beratungen, Einzelfallhilfen, andere Aufgaben des Allgemeinen Sozialdienstes, die Trägerschaft für Kitas oder Sozialstationen. Die öffentliche Hand ist dabei, viele ihrer Einrichtungen und Dienste zu dezentralisieren oder auszugründen bzw. in anderer Weise zu privatisieren. Das Nachbarschaftshaus gewinnt durch Übernahme derartiger Leistungen für die Bürger/innen an Bedeutung. Dem Bezirksamt bzw. der Kommune wird solche Bereitschaft u. U. sehr willkommen sein, vor allem wenn das Haus als zuverlässiger Dienstleister bekannt ist. Ein Nachbarschaftshaus kann auch als Koordinator im Stadtteil eine wichtige Funktion übernehmen, indem es unverbundene Einrichtungen miteinander in Kontakt bringt und dabei unnötige Doppelangebote deutlich macht bzw. Angebotslücken aufzeigt.

Was all diese Angebote verbindet, ist einmal die Tatsache, dass sie an die Bürger/innen ein und desselben Gebietes gerichtet sind, zum anderen, dass sie in einem sozial-kulturellen Zusammenhang stehen. Sie ergänzen sich in vielfältiger Weise. Sie nutzen die Kommunikation der Bürger/innen im Stadtteil und sie fördern sie. Darüber hinaus brauchen sie eine sehr ähnliche personelle und räumliche Infrastruktur. Schließlich sollten sie auf regionaler Ebene unter Berücksichtigung der Erwartungen der Bürger/innen und Nutzung der Möglichkeiten in der Region geplant werden, unter maßgeblicher Beteiligung der Bürger/innen.

8. Bürgerschaftliches Engagement und Mitgestaltung durch die Bürger/innen

Die in der Region wohnenden Bürgerinnen und Bürger sind in zweifacher Hinsicht Betroffene: einmal von der Arbeit des Nachbarschaftshauses und zum anderen von den Verhältnissen und Vorgängen im Stadtteil. Hier wie dort sollen sie mitgestalten und sich engagieren. In beiden Bereichen sind sie als Betroffene, als Nutzer des Hauses und als Bewohner des Stadtteils „Experten“. Oft kann die Hinzuziehung von Spezialisten

sten – für Bau, für Geld, für Sicherheit, für Verkehrsfragen – wichtig sein, auch wenn sie nicht im Stadtteil wohnen, aber zur ehrenamtlichen Mitwirkung bereit sind.

Bei den Angeboten des Hauses kennen die Bürger/innen den Bedarf, sie wissen, was fehlt oder überflüssig ist. Sichtbaren Ausdruck findet diese Rolle in der Trägerschaft für das Nachbarschaftshaus: Träger muss ein Verein sein, der seine Mitglieder vor allem in der Nachbarschaft hat. Sie müssen in letzter Konsequenz das Sagen haben. Damit wird die Dezentralität unterstrichen! Als Maßstab für die Qualität der Arbeit ist die Meinung der Nutzer, der Nachbarn ausschlaggebend – und eigentlich nur diese. Die Fachleute mögen die Arbeit gut oder schlecht finden, entscheidend ist doch wohl, ob sie „ankommt“ oder nicht. Natürlich müssen dazu die Menschen die Angebote kennen; aber wenn die Angebote in der Nachbarschaft zu wenig bekannt sind, ist das schließlich auch ein (negatives) Qualitätsurteil. Die Profis müssen dazu natürlich Kompetenzen und Verantwortungen abgeben und zur Zusammenarbeit bereit sein, damit stehen und fallen Engagement und Mitgestaltung!

In Bezug auf den Stadtteil wird es oft darum gehen, Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen und Initiativen zu unterstützen. Forderungen nach Schaffung von Spielplätzen oder nach gesicherten Straßenübergängen, nach Änderung der Straßenführung oder Verbesserung des Zugangs zum öffentlichen Nahverkehr können etwa Anlässe dafür sein, aber auch viele andere, die oft nur für die Betroffenen ein Problem sind, aber kaum für Politiker. Hier wird es darauf ankommen, die Betroffenen zusammenzubringen, ihnen Möglichkeiten für gemeinsame Initiativen aufzuzeigen, ihnen zur Durchsetzungskraft zu verhelfen. Kontakte zwischen Bürgerinitiativen und Politikern herzustellen, die Probleme im Nachbarschaftshaus zu diskutieren, kann hier zur Versachlichung und Problemlösung beitragen.

Solche Bürgerinitiativen tragen immer stärker zur lokalen Demokratie bei, wie überhaupt ein wichtiges Stück lebendiger Demokratie im Umfeld der Menschen angelegt ist. Letztlich bestimmt auch die Beteiligung an Entscheidungen über das Engagement der Bürger/innen allgemein.

9. Unterschiedliche „Typen“ von Nachbarschaftshäusern

In der Praxis haben sich aus den genannten Gründen unterschiedliche Entwicklungen der Nachbarschaftshäuser ergeben. Diese unterschiedliche Entwicklung muss auch künftig möglich sein und unbedingt respektiert werden. So ist es zwar nur schwer vorstellbar, aber durchaus möglich, dass es Nachbarschaftszentren gibt, die ausschließlich mit ehrenamtlichen Mitarbeitern funktionieren. Wahrscheinlicher aber ist der Trend zu professionell geführten Nachbarschaftshäusern mit zahlreichen ehrenamtlichen Mitarbeitern/-innen und vielen selbstständigen Gruppen sowie zusätzlichen sozialen, kulturellen und gesundheitsfördernden Dienstleistungsangeboten, die über ihre eigenen Projekt- oder Leistungsfinanzierungen verfügen.

Daraus lassen sich verschiedene Typen von Nachbarschaftshäusern ableiten:

Typ 1: Stadtteilladen

Ausschließlich ehrenamtliche Mitarbeiter/innen.

Typ 2: Nachbarschaftstreffpunkt

Hauptamtliche Mitarbeiter/innen, gestützt und getragen von ehrenamtlichen Mitarbeitern/-innen mit mindestens nachbarschaftsorientierten, generationsübergreifenden Angeboten (Haus für alle) und der Förderung von Initiativen und bürgerschaftlichem Engagement.

Typ 3: Nachbarschaftshaus (bzw. nach der Vertragsbegrifflichkeit „Stadtteilzentrum“)

Hauptamtliche Mitarbeiter/innen, gestützt und getragen von ehrenamtlichen Mitarbeitern/-innen mit mindestens nachbarschaftsorientierten, generationsübergreifenden Angeboten (Haus für alle), der Familienbildungsarbeit und der Förderung von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem Engagement. Dieser Typ könnte auch als „Regeltyp“ bezeichnet werden.

Typ 4: Nachbarschaftshaus plus (Trägerschaften)

Zum Beispiel für Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen, Familienbildungsarbeit, Betreuungsvereine, regionale Beratungs- und Kontaktstellen für Selbsthilfe, Beschäftigungs- und Qualifizierungspro-

jekte, Integration von Ausländern, Seniorenfreizeiteinrichtungen, Sozialstationen u. a. m. Hinzu kommt eine regionale „Ordnungs- und Strukturierungsfunktion“, die in enger Zusammenarbeit mit Bezirk, Senat, Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden und örtlichen Vereinen und Initiativen wahrzunehmen ist.

Zum Wesen von Nachbarschaftshäusern jedes Typs gehört, dass sie Menschen der Region zusammenführen, dass sie für sie da sind, dass sie ihre Anliegen aufnehmen. Es sind dezentrale, bürgernahe, kostengünstige Einrichtungen. Sie bieten den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten für Mitwirkung und Gestaltung, für das Engagement in überschaubaren Räumen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Entwicklung.

Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Landesgruppe Berlin e. V., 1999

Nachbarschaftsheime in der Bürgerkommune

*oder Nachbarschaften, Initiativen und kleine Netze
als Hoffnungsträger für Bürgerengagement (2000)*

Nachbarschaften und Vernetzung werden wichtiger

Unsere gesellschaftliche Situation ist gekennzeichnet durch:

- den Funktionsverlust und die Glaubwürdigkeitskrise gesellschaftlicher Großinstitutionen wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Verbände aller Art, die Zerstörung von gewachsenen und das Entstehen neuer Stadtstrukturen,
- den Verlust kirchlicher und politischer Gemeindefunktionen,
- die Zunahme von Einpersonenhaushalten und den Verlust von Familienfunktionen,
- die gewachsene Freiheit und Freizeit der Individuen,
- die gestiegene Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement, und
- einen gesellschaftlichen Wertewandel, geprägt von einem Vertrauensverlust an staatlicher Handlungsfähigkeit und einem gestärkten Vertrauen in die eigene Handlungskompetenz: weg vom Versorgungsstaat und hin zur Bürgergesellschaft.

(Bundeskanzler Schröder: Zivilgesellschaft)

Dem stärkeren Interesse an eigenverantwortlicher Problemlösung steht die Skepsis gegenüber herkömmlicher Gesundheits- und Sozialversorgung gegenüber, der nach Meinung vieler nur noch eine Grundsicherung und Grundversorgung zukommen soll. Bürokratischen Allmachtsansprüchen begegnen die Bürger mehr denn je mit der Forderung nach effektiver Dienstleistung und nach Beteiligung in den sie betreffenden Entscheidungsprozessen.

Wir finden in unserer Gesellschaft eine ausgeprägte Offenheit für neue Ideen und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Wir finden

in unserer Gesellschaft – vor allem in großstädtischen Strukturen – aber auch mehr als in der Vergangenheit Einsamkeit, psychosomatische Erkrankungen und die Suche vieler Menschen nach befriedigender sozialer und emotionaler Kommunikation.

Auch heute gibt es – mehr als zu Wirtschaftswunderzeiten jemals erwartet – Ausgrenzung, Armut in verschiedensten Formen. Und komplementär dazu Egoismus, die Jagd nach dem schnellen Geld, Leistungstyannei. Nicht die formierte, leicht handhabbare Gesellschaft hat sich gebildet, nein, eine sehr komplexe, differenzierte, nicht mehr ohne Weiteres steuerbare Gesellschaft ist entstanden.

Wir brauchen neue Antworten

Einer solch komplexen Gesellschaft genügen traditionelle sozialpolitische und sozialarbeiterische Strategien und Instrumente nicht mehr. Insbesondere den großen Organisationen und Institutionen mangelt es an Wahrnehmungsfähigkeit, Übersicht und damit auch an Problemlösungskompetenz. Ihre Problemlösungsstrategien sind häufig mehr an den Notwendigkeiten der Organisationen orientiert als an den Interessen und Bedürfnissen der Bürger.

Zitat Miloš Forman, Regisseur: „Wir schaffen uns Institutionen, die uns das Leben erleichtern, uns allen dienen sollen – Regierung, Schule, Krankenhaus. Nach einer Weile verhält sich jede Institution so, als besitze sie uns, beginnt, uns zu befehlen, Vorschriften zu erteilen.“

Und sieht die soziale oder sozialarbeiterische Antwort auf gesellschaftliche Probleme nicht stark nach Ausgrenzung aus? Ist sie nicht häufig die „sozial organisierte“ Schaffung oft bestens ausgestatteter ghettoisierender Einrichtungen, sei es als Altenwohnheim, als Altentagesstätte oder auch als Werkstatt für Behinderte?

Als „freie Wohlfahrtspflege“ akzeptieren wir bürokratische, leistungsfeindliche Zuwendungsbestimmungen der öffentlichen Hand sowie eine Interpretation des Subsidiaritätsprinzips, das sich darin erschöpft, dass freie Sozialarbeit preisgünstiger und flexibler zu sein hat als die der öf-

fentlichen Hand. Korrekte, vollständige Leistungsfinanzierung sozialer Dienstleistungen ist nach wie vor die Ausnahme!

Chancen für Veränderung

Diese Zustandsbeschreibung erklärt, dass nun, mehr denn je, auch im sozialen Bereich unserer Gesellschaft Herkömmliches in Frage gestellt wird, neue Formen sich schon entwickelt haben und vermutlich Entwicklungen eintreten, die heute noch schwer Vorstellbares beinhalten. So wie die politischen Parteien die Bürgerinitiativen zu spüren bekamen, so wie auch Behörden mittlerweile registriert haben, dass sich Bürgerinteressen nicht ohne Weiteres schematisieren und ressortieren lassen und Laienkompetenz Fachwissen oft überlegen ist, so bekommen auch soziale Einrichtungen und Institutionen mehr und mehr zu spüren, dass ihre institutionalisierten, mitunter bürokratischen Arbeitsformen nicht mehr zeit- und nutzergerecht sind.

Engagierte, informierte, zielstrebige, lokal handelnde, aber global denkende Bürger und Gruppen, die ihre Stärke aus unkonventionellen Umgangs- und Organisationsformen beziehen, auch daraus, dass sie sich nicht fest institutionalisieren, haben angefangen, soziale Einrichtungen mit ihren, mit selbst definierten Nutzerinteressen zu konfrontieren:

- an die Stelle ehrenamtlicher Verfügbarkeit und Einsatzbereitschaft tritt bürgerschaftliches Engagement und das Einbringen vorhandener Fähigkeiten,
- anstelle passiver Erwartungshaltung die Gründung von Selbsthilfegruppen,
- anstelle akzeptierter Ausgrenzung der Wunsch nach kommunikationsfördernder Betätigung und
- anstelle der Akzeptanz überholter Einrichtungen die Schaffung alternativer Dienstleistungsformen.

Die regional orientierte Vernetzung

Nachbarschaftsorientierte, gemeinwesenbezogene soziale Arbeit kommt dieser neuen Entwicklung entgegen durch:

- lokale, kleinräumige, bedarfsgerechte Orientierung und die Schaffung differenzierter Zugangsstufen für die Benutzer,
- durch generationen- und schichtenübergreifende Arbeit und die Öffnung der Einrichtungen für alle Bürger,
- durch die Verbindung von sozialer und kultureller Arbeit und durch die Schaffung von Möglichkeiten passiver Entspannung und aktiver Betätigung,
- durch das Zur-Verfügung-Stellen von Räumen, von Technik und von Wissen, und zwar in nicht vereinnahmender und nicht bevormundender Form,
- durch die Förderung und Achtung des sozialen und kulturellen Engagements von Gruppen und Personen,
- durch die Ermunterung zur sozialen und gesundheitlichen Selbsthilfe und Eigeninitiative bei der Gestaltung gesellschaftlicher Lebensbedingungen,
- durch die Vernetzung von Angeboten und die Schaffung verschiedener Zugangsstufen zu den sozialen Einrichtungen,
- durch die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Institutionen (Vernetzung),
- durch ein professionalisiertes und qualifiziertes soziales Dienstleistungsangebot, das den regionalen Erfordernissen angepasst ist und
- durch phantasievolle, attraktive Öffentlichkeitsarbeit als Dienst am Bürger, der ein Recht darauf hat, umfassend informiert zu werden, um gut auswählen zu können.

Bürgerorientierung als Herausforderung an die professionellen Helfer

Nachbarschaftsbezogene soziale Arbeit lebt zu einem wesentlichen Teil von den Interessen und Fähigkeiten der Besucher und der Offenheit ihnen gegenüber. Das bedeutet für die professionellen Mitarbeiter:

- dass sie lernen müssen, Wissen und Macht an die Bürger, an die Nutzer abzugeben,
- dass sie lernen müssen, in den Einrichtungen kommunikative Strukturen zu schaffen,
- dass sie lernen müssen, den Nutzern zu vertrauen und zuzulassen, dass diese ihre Fähigkeiten zur Geltung bringen können.

Die vertikal orientierte Vernetzung

Meines Erachtens werden Großorganisationen künftig andere gesellschaftliche Aufgaben erhalten. Sie werden, ähnlich wie der Paritätische Wohlfahrtsverband, in erster Linie als Dachverbände und als Initiatoren sowie als Förderer neuer, noch nicht durchgesetzter sozialer Modelle ihre Existenzberechtigung haben. Gelingt es ihnen nicht, eine solche neue Rolle anzunehmen, werden sie an Bedeutung verlieren.

Mehr Bedeutung hingegen erhalten lokal orientierte, aber durchaus gesamtgesellschaftlich denkende Initiativen, deren bürgerschaftliches Engagement sich nicht mehr ohne weiteres als nur sozial, nur umwelt- oder nur gesundheitsorientiert beschreiben lässt.

- Sie werden politisch und sozial, umweltbewusst und gesundheitsorientiert, locker zusammengeschlossen und doch fest organisiert sein.
- Sie werden sich auflösen und wieder neu entstehen, sie werden gesellschaftliche Aufgaben übernehmen, sich einmischen, finanzielle Mittel fordern und erhalten und, wie ich meine, zu einer wichtigen und dringend notwendigen Konkurrenz für die politischen Parteien und andere gesellschaftliche Großorganisationen und etablierte Institutionen werden.

Soziale Arbeit, die sich solchem Engagement stellt, wird Abschied nehmen müssen von jedem Ressortdenken und einem überholten Klientenbild. Gerade Nachbarschaftshäuser, Bürgerzentren, sozial-kulturelle Einrichtungen eignen sich mit ihrer einerseits festen Grundstruktur, ihrer Infrastruktur an Räumen, Technik und Know-how und andererseits ihrer Flexibilität und Offenheit neuen Anforderungen und Interessen gegenüber und mit ihrer Nähe zum Bürger für die Formierung jedweden bürgerschaftlichen Engagements. So und nur so werden diese Einrichtungen zu lebendigen Orten, zu Bürgertreffpunkten jenseits jedes „Sozial-Ghettos“.

Gelungene Beispiele der Zusammenarbeit von zentral organisierten Verbänden oder großen Organisationen mit dezentralen Einrichtungen gibt es.

Der gesellschaftliche Nutzen

Die Förderung kleiner sozialer Netze, die Nutzungsmöglichkeiten solcher Häuser durch die Bürger wird dazu beitragen, das psychische und physische Wohlbefinden der Bevölkerung zu stärken, soziale und kulturelle Identität des einzelnen Bürgers, der Gemeinde und der Gesellschaft zu stabilisieren, letztendlich Selbsthilfe und Bürgerengagement zu fördern.

Soziale Arbeit wird so ein bedeutsamer Beitrag zur Gestaltung einer demokratischen Kultur auf lokaler Ebene, aber mit großen gesellschaftlichen Auswirkungen.

Dabei ist es gar nicht so notwendig, selbst angestrengt großartige Konzepte auszudenken. Viel wichtiger ist es, für neue Entwicklungen offen zu sein. Soziale Bewegungen (s. Alternativbewegung, Selbsthilfebewegung) wurden nicht von oben „gemacht“, sie sind als „Bewegungen von unten“ entstanden. Es kommt darauf an, sie entschieden und ohne Vereinnahmungsgedanken zu fördern.

Damit dies leichter möglich wird, sind auch neue Finanzierungsformen erforderlich. Sie müssen folgende Kriterien erfüllen:

- Die Nutzer, die Nachfrager stärken (sie sind die treibenden Kräfte innovativer Entwicklungen). Wie wäre es, ihnen die finanziellen Mittel, für die sie sich die gewünschte Leistung „kaufen“ können, direkt in die Hand zu geben?
- Die Kommunen, die lokalen Entscheidungsträger stärken (sie haben die beste Ortskenntnis, und mit ihnen können die Bürger am ehesten verhandeln), die den Trägern sozialer Dienstleistungen dringend notwendige Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit einräumen.

Zusammenfassung

Wir brauchen dezentrale Strukturen und Institutionen, die für die Bürger erreichbar und ihnen verantwortlich sind und die ihrerseits die Probleme eines Stadtviertels genau kennen und mit ausreichenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet sind.

Die heutige Gesellschaft ist für zentrale Steuerungsmodelle zu kompliziert und vielschichtig und zu individualisiert. Neben Grundversorgungsstrukturen, beispielsweise in der Sozialhilfe (Lebensstandardsicherung) ist ein Modell der „dezentralen Konzentration“ gefragt, die auch eine Ressourcenverlagerung „nach unten“ erfordert. Dezentrale Konzentration bedeutet zudem Bündelung und Vernetzung regionaler sozialer Dienste, bessere Nutzung vorhandener Ressourcen und eine neue Denkweise: Die sozialen Dienste müssen sich an den Interessen des Stadtteils und dessen Bürger orientieren und nicht an den Interessen großer, zentraler, schwerfälliger, überbürokratisierter Apparate.

In für den Bürger überschaubaren Stadtgebieten müssen sich öffentliche Institutionen, freie Träger und private Initiativen vernetzen, ihre Aufgaben bündeln und dadurch Reformstau, Einrichtungsegoismen auflösen sowie Synergieeffekte bewirken. Entscheidend für einen dauerhaften Erfolg ist, dass die Kompetenz der Bürger einbezogen und genutzt wird: Sie kennen zumeist die fachlich bessere und häufig auch die kostengünstigere Handlungsalternative.

Förderung des Bürgerengagements statt dessen Ausgrenzung oder Vereinnahmung

Wir sind an einer Zeitenwende angelangt: weg vom versorgenden, Verantwortung abnehmenden, teilweise entmündigenden Sozialstaat, hin zum aktivierenden, Bürger- und Eigenverantwortung fördernden Sozialstaat mit besseren Chancen für alle in der Bildung, in der Kultur, in der sozialen Lebensgestaltung.

Wir brauchen Orte, in denen neue Gemeinschaftsformen sich entwickeln können und wirksam werden

Die Berliner Nachbarschaftszentren – selbst noch in der Entwicklungsphase – sind ein positives Beispiel hierfür:

- Sie geben Raum für Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement und freiwillige, ehrenamtliche Mitarbeit und agieren als Non-Profit-Organisationen in freier Trägerschaft, mit finanzieller Förderung durch den Staat. Sie bündeln kreatives Potential, schaffen kommunikative und attraktive Orte zur Betätigung und Entspannung und agieren als „Haus für alle“, grenzen also niemanden aus.

- Sie verstehen sich als Brücken zwischen den Kulturen, den Generationen, den Institutionen, den Ämtern und Bürgern und fördern in jeglicher Hinsicht Eigenaktivitäten der Bürger.
- Sie sind bürgernah, transparent und offensiv in ihrer Öffentlichkeitsarbeit.
- Sie sind aber auch Träger professioneller Dienstleistungen, die effektiv und bürgernah organisiert sind – im Wohnumfeld angesiedelt und nur im Wohnumfeld tätig. Das ermöglicht und fördert die Bürgernähe, Identifikation und bringt immer neue Herausforderungen mit sich.
- Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen: durch Übernahme und/oder Führung von staatlichen/kommunalen Einrichtungen.

Durch vernetzte, zusammenwirkende Angebote in eigener Trägerschaft oder im Stadtteil versuchen sie, Doppelangebote zu vermeiden und abgestufte oder abgestimmte individuelle oder gemeinschaftliche Problemlösungen herbeizuführen. Dabei werden auch etablierte, geschlossene Systeme herausgefordert.

*Fachkonferenz der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt):
Bürgerkommune – Die Bürger gewinnen, 25./26. Mai 2000 in Berlin-Tempelhof*

Trends in der Stadtteilsozialarbeit (2001)

Interview von Andreas Brüning für das Magazin alice

Georg Zinner ist seit 1978 Geschäftsführer im Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. Davor lagen Ausbildungszeiten zum Bankkaufmann, Sozialarbeiter, Diplom-Soziologen und Berufstätigkeiten in einer Bank, in der kirchlichen Jugendarbeit, der Obdachlosenarbeit und in der Familienfürsorge. Er war viele Jahre Lehrbeauftragter an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, heute Alice-Salomon-Fachhochschule, und Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Berlin. Dort ist er auch heute noch Vorstandsmitglied.

Das Nachbarschaftsheim in Schöneberg (NBH) hat einen stadtteil- und dienstleistungsorientierten Ansatz. Das NBH und seine Mitarbeiter/innen wollen in erster Linie mit den Stärken und Fähigkeiten der Menschen arbeiten und die Bürger des Stadtteils dazu ermuntern, ihre Angelegenheiten, auch ihre sozialen Angelegenheiten, selbst in die Hand zu nehmen. Das NBH bietet dazu mit zahlreichen Einrichtungen die notwendige Infrastruktur für Kinder, Jugendliche, Senioren, Selbsthilfegruppen und Familienbildungsarbeit, spezielle Einrichtungen für türkische und arabische Frauen und Familien und Kindertagesstätten. Daneben gibt es sehr klassische Dienstleistungsfunktionen, die u. a. im pflegerischen und betreuenden Bereich angesiedelt sind. Hier hat das NBH zwei Sozialstationen, eine Tagespflege, eine Wohngemeinschaft für pflegebedürftige alte Menschen, einen ambulanten Hospizdienst und den Betreuungsverein Cura. Im NBH engagieren sich rund 400 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in allen Arbeitsbereichen. Allein beim „Theater der Erfahrungen“ sind z. B. rund 40 Personen ehrenamtlich engagiert.

*

Andreas Brüning: Wie sehen die Anforderungen und Trends in der Stadtteilarbeit von morgen für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen aus?

Georg Zinner: Ich glaube, dass die Sozialarbeiter von heute und morgen nicht mehr in erster Linie die Caseworker sein sollten, die Defizite suchen und festhalten und sich mit herkömmlichen Hilfsinstrumenten zufriedengeben. Sie sollten diejenigen sein, die, wie z. B. in Nachbarschaftsheimen oder bei vielen freien Trägern, herausfinden, welche Stärken die Menschen haben und wie sie diese Stärken mobilisieren können. Die nach vorne rückende Fragestellung lautet: Wie können sich die Menschen selbst helfen? Wie können sie sich in der Gemeinschaft organisieren und gemeinschaftlich Probleme bewältigen? Wie können die Bürger ihre Rechte im Stadtteil gegenüber den Institutionen wahren und wie können sie in diesen Institutionen selbst wirken und diese mitgestalten? Sozialarbeiter/innen müssten also in der Weise ausgebildet werden, dass sie Menschen nicht immer nur zu Hilfe eilen, sondern einen Prozess der Selbsthilfe einleiten und moderieren. Kurz gefasst: Fördern durch Fordern und Vertrauen in die Fähigkeiten der Menschen setzen.

Andreas Brüning: Welches Ausbildungsprofil braucht die Sozialarbeit, um die Selbsthilfe zu fördern? Was kann die Alice-Salomon-Fachhochschule dazu beitragen?

Georg Zinner: Eine Ausbildung ist natürlich wichtig und trägt dazu bei, die Arbeitsaufgaben methodisch und zielstrebig anzugehen. Ich glaube aber, dass Sozialarbeiter/innen heute selbstsicherer und offensiver auf Menschen zugehen müssen, mit einer positiven Ausstrahlung, die ermutigend wirkt und nicht verschreckt oder einschüchtert. Kurzum: Sozialarbeiter/innen müssen so auftreten, dass die Bürger gerne zu ihnen kommen und wiederkommen. Solange Sozialarbeiter/innen das alleinige Kompetenzzentrum sind, werden die Bürger, die zu ihnen kommen, inkompetent bleiben. Ausbildung zur Sozialarbeit ist auch, eine positive Grundhaltung zu entwickeln und den Glauben an die Veränderbarkeit von Menschen, Gesellschaft und Strukturen beizubehalten.

Andreas Brüning: Wie wird sich die Stadtteilarbeit in der Zukunft entwickeln?

Georg Zinner: Die Sozialarbeit muss sich auf die Rolle beschränken, die man ihr tatsächlich in dieser Gesellschaft zugesteht, und das ist bestimmt nicht die Rolle, politische Großtaten zu vollbringen. Die Sozial-

arbeit wird nicht die Gesellschaft verändern, aber dazu beitragen, dass Menschen mehr als bisher bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und auf diese Weise ein gesellschaftlicher Wandel stattfinden kann: vom versorgenden, aber entmündigenden Sozialstaat zum Grundsicherungsstaat mit viel bürgerschaftlicher Mitgestaltung und Mitwirkung. Sozialarbeit kann einem Stadtteil, der Probleme hat und an mangelndem Selbstbewusstsein leidet, helfen, Selbstsicherheit zu entwickeln. Die Kooperation mit allen Bürgern, den Wohnungsbaugesellschaften, mit Vermietern, mit Kirchengemeinden, mit den Bezirksämtern, mit Kindertagesstätten, mit anderen Institutionen und Vereinen in diesem Stadtteil und mit Geschäftsleuten ist dabei immer hilfreich, ja sogar die Voraussetzung.

Mit Sicherheit wird sich der Trend weg von einer fürsorglichen und bevormundenden Sozialarbeit hin zu einer mehr befähigenden und aktivierenden Sozialarbeit noch verstärken.

Ich glaube ferner, dass die Offenheit gegenüber dem bürgerschaftlichen Engagement steigen muss. Sozialarbeiter/innen treten auf diese Weise sozusagen in die zweite Reihe und werden aus dieser Perspektive die Erfolge ihres Handelns wahrnehmen und vielleicht auch genießen können. Wichtig ist hierbei, dass sich Sozialarbeiter/innen und Ausbildungsstätten verstehen, dass bürgerschaftliches (freiwilliges) Engagement nicht Stellen wegnimmt, sondern auf Dauer sogar Stellen und Bündnispartner schafft. Aber auch wenn einmal weniger Sozialarbeiter/innen benötigt werden sollten als gegenwärtig – was wäre dagegen zu sagen?

Andreas Brüning: Was tun Manager heute in sozialen Einrichtungen und werden Sozialarbeiter/innen für diese Aufgabe in der Ausbildung befähigt?

Georg Zinner: Ich bin Manager in einer sozialen Einrichtung mit 300 Mitarbeitern und einem Umsatz von 14 Millionen Mark im Jahr. Ich glaube, in der Sozialarbeiterausbildung wird das betriebswirtschaftliche Know-how vernachlässigt. Sozialarbeiter/innen müssen sich heute auch betriebswirtschaftliche Kenntnisse aneignen, wenn sie das Management sozialer Betriebe und Dienste nicht Betriebswirten oder Verwaltungsfachkräften allein überlassen wollen. Außerdem wird Sozialarbeit als

selbstständige, freiberufliche Tätigkeit in Zukunft eine größere Rolle spielen und zwar in dem Maße, in dem die Komplexität dieser Gesellschaft zunimmt und traditionelle Sozialarbeit – vor allem in den Behörden – an Problemlösungskompetenz wegen überholter Strukturen verliert.

Andreas Brüning: Entstehen im Bereich Sozialmanagement neue berufliche Perspektiven für Sozialarbeiter/innen?

Georg Zinner: Auf jeden Fall, allein im Paritätischen Wohlfahrtsverband haben wir in Berlin über 500 Mitgliedsorganisationen, die ihrerseits ca. 1 500 oder 2 000 Einrichtungen betreiben. Diese Einrichtungen müssen alle geleitet werden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn nicht nur Verwaltungsfachkräfte oder Betriebswirte die Schalthebel sozialer Betriebe betätigen, sondern auch fachlich kompetente Sozialarbeiter/innen, die führen und gestalten wollen.

Andreas Brüning: Was würden Sie unseren neuen Studentinnen und Studenten zum Anfang ihres Studiums mit auf den Weg geben wollen?

Georg Zinner: Ich würde ihnen sagen, dass jede Studentin und jeder Student versuchen sollte, während der Ausbildungszeit möglichst viele unterschiedliche Einrichtungen und Aspekte der sozialen Arbeit kennenzulernen, damit sie oder er dann am Ende der Ausbildung hoffentlich das gefunden hat, was ihr bzw. ihm am meisten liegt.

Ich glaube, es ist wichtig, dass Sozialarbeiter/innen herausfinden, was ihnen am Beruf Freude bereitet, um diese dann in Form von Ermutigung auf andere Menschen zu übertragen.

Menschen im sozialen Berufsfeld können auf Dauer nur dann gut sein, wenn das, was sie dienstlich machen, mit dem, was sie persönlich bewegen und verändern möchten, größtmögliche Übereinstimmung hat

Andreas Brüning: Was empfehlen Sie der Alice-Salomon-Fachhochschule für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Praxis?

Die Hochschulen im Allgemeinen müssen aus ihrem Elfenbeinturm heraustreten, indem sie sich in der Praxis umschaun und mit sozialen Projekten und Institutionen dauerhaft zusammenarbeiten und auch gemeinsame Vorhaben entwickeln. Es dürfte keinen Hochschullehrer geben, der nicht auch an einem Projekt dauerhaft beteiligt ist, in welcher Rolle auch immer.

Andreas Brüning: Empfinden Sie die Hochschulen und insbesondere die ASFH als abgetrennt von der Realität der Praxis?

Georg Zinner: Das hören die Hochschullehrer/innen nicht gerne, aber aus meiner Perspektive ist es so – mehr noch als in der Vergangenheit. Die Praxis, das Erfahrungswissen, wird zu wenig in die Ausbildung einbezogen, mit dem Resultat, dass sich die Studierenden zu wenig in sozialen Einrichtungen bewegen oder diese kennenlernen.

Wir, das Nachbarschaftsheim Schöneberg, obwohl als innovativ bekannt und mit höchst interessanten Projekten bestückt, empfangen beispielsweise mehr Besuchergruppen und Hochschullehrer/innen aus China, Japan und den USA als etwa Hochschullehrer/innen oder Studentengruppen aus Berlin! Darüber wundern wir uns seit Jahren. Auch werden unsere Mitarbeiter/innen höchst selten zu einem Vortrag etwa in ein Seminar gebeten – aber jederzeit in andere Bundesländer oder auch ins europäische Ausland eingeladen.

Andreas Brüning: Wie wünschen Sie sich den Austausch mit der Alice-Salomon-Fachhochschule?

Georg Zinner: Ich wünsche mir, dass die Alice-Salomon-Fachhochschule sowie andere Hochschulen das Wissen und die Erfahrungen aus der Praxis abfragen und mit der Praxis gemeinsam Ziele formulieren und an Projekten arbeiten. Ich habe den Eindruck, dass die ASFH ihr eigenes Kapital, das Können der Hochschullehrer/innen und die Wissbegier der Studierenden, nicht ausreichend für ein Zusammenspiel mit den veränderungswilligen Teilen der Praxis nutzt.

Andreas Brüning: Wie könnten Hochschullehrer/innen mehr mit der Praxis in Verbindung bleiben?

Georg Zinner: Die Hochschullehrer/innen sollten nur auf Zeit berufen werden, damit mehr Austausch zwischen Lehre und Praxis entstehen kann. Ich habe selbst erfahren, wie meine mehr als zwölfjährige Tätigkeit als Lehrbeauftragter mich ausgepowert hat. Die Hochschullehrer/innen sollten in Abständen von etwa fünf Jahren für längere Zeit in der Praxis arbeiten. Ein großer Teil der Lehre sollte auf Lehrbeauftragte mit aktuellem Praxiswissen und Erfahrung übertragen werden. Die Hochschullehrer/innen sollten sich auch als Manager des zu integrierenden Praxiswissens verstehen und eben nicht nur als Lehrende oder Forschende. Sie sollten mit dazu beitragen, die Praxis zu reflektieren und die dort notwendigen Innovationen abfordern.

Andreas Brüning: Herr Zinner, vielen Dank für das Gespräch.

Aus: Alice 3.2001, Magazin der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin

Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser als Partner lokaler Politik und bürgerschaftlichen Engagements

Der gesellschaftliche Problemstau und das Grundrecht auf bürgerschaftliches Engagement (2004)

„Wir schaffen uns Institutionen, die uns das Leben erleichtern, uns allen dienen sollen – Regierung, Schule, Krankenhaus. Nach einer Weile verhält sich jede Institution so, als besitze sie uns, beginnt, uns zu befehlen, Vorschriften zu erteilen.“ (Miloš Forman, Regisseur)

Treffend drückt Forman aus, was viele von uns belastet: Wir sind unseren Institutionen ausgeliefert und wir können sie nicht so beeinflussen und gestalten, wie wir das gerne möchten. Heftiger noch: Wir zweifeln überhaupt an der Handlungsfähigkeit von Regierung und staatlichen Institutionen und befürchten, dass sie unsere großen und kleinen Probleme – unser sozialstaatlich abgesichertes Lebensrisiko und die Qualität unserer kommunal organisierten sozialen Dienste – nicht mehr lösen und absichern können. Das hat Folgen: Einerseits sinkt die gesellschaftliche Akzeptanz des Handelns von Regierungen und staatlichen Institutionen (auf lange Sicht ist das für eine Demokratie gefährlich), andererseits fangen die Bürger an, zivilgesellschaftlich zu handeln: Sie sorgen zumindest ergänzend vor für Alter und Krankheit, und sie schaffen sich eigene Institutionen, die ihren Ansprüchen genügen und ihren Vorstellungen entsprechen.

Stadtteil- und Nachbarschaftszentren sind solche Institutionen, und wenn wir von ihnen sprechen, dann sprechen wir über Bürgerinitiative und über Demokratisierung des Lebensalltags auf der Ebene der Region, der Kommune, des Stadtteils, der Nachbarschaft und über eine inzwischen lange Tradition, die mit der Gründung von Nachbarschaftsheimen und Bürgerhäusern schon zu Anfang des 20. Jahrhunderts begonnen

hat, von den Nationalsozialisten verboten, von den Amerikanern nach 1945 wiederbegründet wurde und meiner Auffassung nach der „Eroberung gemeinwesenspezifischer Ansätze“ durch Sozialarbeit und Stadtplanung einen theoretischen Überbau, aber ein Fundament erst durch die Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre erhielt, als Kinderläden, Stadtteilläden, Bürgerinitiativen und die Selbsthilfebewegung begannen, ihren Gestaltungswillen durchzusetzen. Heute ist der Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ in aller Munde und steht teilweise auch dafür, kostengünstig soziale Arbeit zu organisieren und eine Entprofessionalisierung zu bewirken. Das erwarten diejenigen, die regieren und sparen müssen, aber auch diejenigen, die ihre Professionalität für den Nabel der Welt halten. In Wirklichkeit geht es aber um ganz und gar Selbstverständliches: dass Bürger sich engagieren, beteiligen, gestalten dürfen und sollen, und zwar nach ihren Vorstellungen und ihren Interessen. Es handelt sich also um einen Demokratisierungsprozess, der nicht gesteuert werden kann und auch nicht gesteuert werden soll. Es geht um das Grundrecht auf Engagement und Verwirklichung bürgerschaftlicher Ziele, um das demokratische Recht, soziale Arbeit und Dienste nach eigenen Vorstellungen und fern staatlicher Einflussnahme gestalten zu dürfen! Das haben Fachleute gleichermaßen zu respektieren wie politisch Verantwortliche und staatliche Bürokratien.

Nachbarschafts- und Stadtteilzentren in Deutschland sind seit etwa zwei Jahrzehnten Partner von Stadtteilinitiativen, von Selbsthilfe und bürgerschaftlichem (ehrenamtlichem) Engagement und haben damit die Grundidee amerikanischer Wiederbegründungen aus der Nachkriegszeit aufgegriffen: Das lokale Engagement der Bürger und das demokratische Handeln im Alltag zu fördern, gehört zu ihren zentralen Aufgaben und Anliegen.

Folglich können und sollen Nachbarschafts- und Stadtteilzentren sich als Partner lokaler Politik und bürgerschaftlichen Engagements begreifen. Wie dies zu verstehen ist, soll im folgenden näher beschrieben werden, teilweise im Rückgriff auf Beispiele aus der Praxis des Nachbarschaftsheims Schöneberg e. V. in Berlin.

Das Festhalten an überkommenen Strukturen bindet sinnlos finanzielle Mittel, die dringend für Reformen gebraucht würden – die Qualität staatlichen und kommunalen Handelns ist daher stark gefährdet

Sehr viele finanzielle Mittel werden in Bund, Ländern und Gemeinden in aufgeblähten, inkompetenten und passiven Verwaltungen und zudem in bürgerfernen, nicht mehr zeitgemäßen sozialen Einrichtungen sinnlos gebunden. Diese Mittel fehlen für Innovationen, Investitionen und flexibles Handeln in der Kommunal- und Sozialpolitik und für angepasste Problemlösungen, also zeitgerechte soziale Arbeit und bürgernahe Institutionen. Staatliches und kommunales Verwaltungshandeln erweisen sich heute zu oft als „strukturell organisierte Verantwortungslosigkeit“. Die Verwaltung interessiert und beschäftigt sich mehr mit sich selbst als mit ihren eigentlichen Aufgaben: Sie scheitert an ihrer Überorganisation, an Mehrfachzuständigkeiten, an öffentlichem Dienst- und Haushaltsrecht, was noch aus vordemokratischen Zeiten stammt. Kein Wunder, dass sich auch die dort arbeitenden Menschen nicht wohlfühlen. Niemand fühlt sich auf Dauer in überholten Strukturen zu Hause, niemand ist zu motivieren, wenn die gesellschaftliche Akzeptanz für die aufgetragene oder übernommene Aufgabe fehlt und im kollegialen Umfeld nicht motivierte Mitarbeiter trotzdem über einen sicheren Arbeitsplatz verfügen. Was Miloš Forman auf seine Weise ausdrückte, korrespondiert mit den Einsichten von Bundeskanzler Gerhard Schröder, der seit einiger Zeit der Zivilgesellschaft das Wort redet. Er spricht von einem gesellschaftlichen Wertewandel, vom Vertrauensverlust in staatliche Handlungsfähigkeit, vom gestärkten Vertrauen in die persönliche Handlungskompetenz, und meint: Wir müssen weg vom Gedanken an einen möglichst alle Risiken absichernden Versorgungsstaat und hin zu einer verantwortungsbewussten Bürgergesellschaft, die nicht mehr alle Erwartungen an Staat und Politik richtet und Vorsorge auch selbst organisiert.

Politischer Aktionismus ersetzt allzu oft politische Strategie und hinterlässt Wildwuchs und anhaltenden Reformstau

Kurzfristige – oft auch schlagzeilenträchtige – Programme ersetzen leider seit Jahren langfristige Strategien und werden auch noch als das

ausgegeben, was sie beim besten Willen nicht sind: politisches Handeln. Das ist in der „großen Politik“ so wie auch in der kommunalen Selbstverwaltung: statt zeitgerechte und die Bürger aktivierende Grundversorgungsstrukturen zu erhalten und auszubauen, werden mediengerechte Kurzzeitprogramme verkauft, deren Nutznießer eher die professionellen Akteure und deren wissenschaftliche Begleiter sind als der Personenkreis, für den die Programme bestimmt sind. Neuerdings sind diese Programme häufig mit einer Art Preisausschreiben verbunden (beispielsweise als Ideenwettbewerb getarnt). Zur Umsetzung werden mitunter sogar extra Stiftungen und Agenturen gegründet. Schließlich misstraut die politische Führung der eigenen Administration, die tatsächlich selten die Werbestrategien entwickeln könnte, mit denen diese Programme an die Träger gebracht werden. Trendig sollen die Programme wirken – Nachhaltigkeit ist nicht gefragt. Damit wir als Nachbarschaftszentrum von diesen Mitteln profitieren, müssen wir beispielsweise in der Kinder- und Jugendarbeit mindestens in der gleichen Geschwindigkeit, in der heutzutage Speicherchips der jeweils neuesten Generation auf den Markt gebracht werden, innovative Projekte entwickeln. Das ist ein ganz und gar kapitalistisches System, in dem der gewinnt, der seine Ware – sprich: sein Projekt – am schillerndsten verpackt, also derjenige, der den besten Werbetexter – nicht Jugendarbeiter – in seinen Reihen hat.

Weiteres Symptom des an die Stelle von Strategien getretenen Aktionismus ist die seit Jahrzehnten anhaltende Verdoppelung und Überspezialisierung sozialer Dienste: Wenn ein Dienst oder auch eine Verwaltung nicht funktioniert, wird sie nicht – salopp ausgedrückt – auf Vordermann gebracht, abgeschafft oder dem marktwirtschaftlichen Konkurrenzprinzip ausgesetzt. Nein, man lässt sie samt Personal- und Finanzausstattung links liegen und baut Parallelstrukturen bis zur Unübersichtlichkeit auf – nicht selten profitieren auch freie Träger davon. Irgendwann gibt es dann mehr oder weniger für jedes Problem eine eigene gesetzliche Hilfeform und die dazugehörigen Ausführungsvorschriften, Interpretationen, Rahmenvereinbarungen und Ergänzungen zu den Rahmenvereinbarungen sowie dazu die ausführenden Institutionen. Ein Beispiel aus der Jugendhilfe (aus dem Jugendfördersystem wurde im Laufe der Jahrzehnte ein immer teureres Jugendhilfesystem geschmiedet) unterstreicht dies.

Beispiel: Wir haben in Berlin Dutzende von unattraktiven und kaum funktionierenden Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, die neuen Herausforderungen nicht gerecht werden. Die naheliegendste Idee wäre, alles zu tun, um daraus für Kinder und Jugendliche, ja ganze Familien interessante Häuser zu machen. Stattdessen werden sie ignoriert (ihre faktische Privatisierung durch Mitarbeiter/innen wird akzeptiert) und parallel werden laufend neue Programme aufgebaut, die Parallelstrukturen schaffen und an der Grundmisere nichts ändern: Streetworker-Programme, Anti-Gewalt-Programme, Anti-Rassismus-Programme, der exzessive Ausbau von ambulanten Erziehungshilfen etc. Hinzu kommen Programme aus den Ländern, vom Bund, von Stiftungen und selbstverständlich auch von der EU und von zahlreichen nachgeordneten Institutionen des Bundes und der Länder. Selbstverständlich sind alle diese Programme nach eigener Einschätzung innovativ, und ebenso selbstverständlich erwartet jede fördernde Institution neue Modelle – die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen aber dämmern weiter vor sich hin.

Dezentrale Strukturen und Institutionen, die für den Bürger erreichbar und ihnen verantwortlich sind, die die Probleme eines Stadtviertels genau kennen und mit ausreichenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestattet sind, als zukunftsweisendes Gestaltungsmodell

Die heutige Gesellschaft ist für zentrale Steuerungsmodelle zu kompliziert, zu vielschichtig und zu individualisiert. Für die Zukunft benötigen wir eine Gewährleistungs-, Sicherstellungs- und Steuerungsverwaltung auf der einen Seite und das Modell der „dezentralen Konzentration“ auf der anderen Seite, der operativen Ebene, einhergehend mit einer massiven Kompetenz- und Ressourcenverlagerung „nach unten“, in die Einrichtungen und Dienste selbst, in das Gemeinwesen.

Dezentrale Konzentration bedeutet Bündelung und Vernetzung regionaler sozialer Dienste, optimale Ausschöpfung vorhandener Ressourcen und eine neue Denkweise. Die sozialen Dienste müssen sich an den Interessen des Stadtteils und dessen Bürgern/-innen orientieren und nicht an den Vorgaben zentraler, schwerfälliger, überbürokratisierter Apparate. Flexibilität, Durchlässigkeit, örtliche und zeitliche Nähe der Ressourcen und Personen müssen zur Selbstverständlichkeit werden.

In für den Bürger überschaubaren (gewachsenen) Stadtgebieten müssen sich also öffentliche Institutionen, freie Träger und private Initiativen vernetzen, ihre Aufgaben bündeln und den vorhandenen Reformstau durch eigene Initiative auflösen. Sie müssen sich schließlich von Träger- und Einrichtungsegoismen befreien und angesichts des Spardrucks Synergieeffekte erzielen, die sowohl zu besseren Angeboten als auch zur Optimierung der Kosten beitragen.

Entscheidend aber für einen dauerhaften Erfolg eines solchen Konzeptes ist, dass die Kompetenz der Bürger und deren Bereitschaft zur Mitwirkung einbezogen und genutzt werden. Sie kennen zumeist die fachlich bessere und häufig auch die kostengünstigere Handlungsalternative. Politik und Verwaltung mögen sich und können sich dann auf das für sie Machbare beschränken, und das ist: gute Rahmenbedingungen schaffen, bürokratische Hemmnisse abbauen und die Steuerungsfunktion übernehmen.

Der Berliner Vertrag zur Förderung der Stadtteilzentren, der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements

Es ist den politisch Verantwortlichen in Berlin dafür zu danken, dass sie mit dem Fördervertrag für Stadtteil- und Selbsthilfezentren „zusammenführen, was zusammengehört“. Einerseits mussten Politik und Verwaltung wegen des Spardrucks neue Wege beschreiten. Andererseits haben die Berliner Nachbarschaftszentren zu einem guten Teil schon praktiziert, was im Fördervertrag dann vereinbart wurde.

Demnach können und müssen Nachbarschaftsinitiativen, Selbsthilfetreffpunkte und Koordinierungsstellen ehrenamtlicher bzw. freiwilliger Mitarbeit ihre jeweiligen Arbeitsansätze durch Integration, Kooperation und Bündelung stärken, örtlich und – nicht selbstverständlich, aber logisch – gerade auch durch die Bündelung der Ressourcen der Dachverbände. Wünschenswert ist sogar deren überfälliger Zusammenschluss. Dieser Vertrag beschneidet Einrichtungsinteressen und fachlich beschränkte Sichtweisen. Er unterstützt die innovativen Entwicklungen gemeinwesenorientierter Sozialarbeit und verbessert deren Strukturen,

obwohl der Vertrag auch gravierende Subventionskürzungen mit sich bringt.

Innovation in der sozialen Arbeit bedeutete über viele Jahre hinweg allein fachliche und organisatorische Differenzierung. Nach dem Motto: jeder sozialen Aufgabe und jedem sozialen Problem ein Spezialangebot, eine eigene Einrichtung und vor allem auch eine eigene Förderschiene. Das hat – vornehm ausgedrückt – zu einer gewissen Unübersichtlichkeit geführt.

Zwar möchten auch Nachbarschafts- und Stadtteilzentren und ihre Verbände nicht, dass der Staat sich aus seiner gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung zurückzieht – er muss Garant der sozialen Grundversorgung und -versorgung bleiben –, aber Einrichtungen und Dienste muss er deswegen keineswegs selbst betreiben. Bürgernahe Nachbarschaftshäuser, offen für die Mitwirkung der Nutzer/innen, transparent für die Öffentlichkeit und das Wissen und das Können der Nutzer/innen einbeziehend, sind nun einmal ideale Träger und geradezu prädestiniert dafür, lokale soziale und kulturelle Netzwerke zu schaffen und partnerschaftlich mit den Kommunen die Verantwortung für das soziale und gesundheitliche Wohlbefinden in einer Region zu übernehmen.

Lokale Politik braucht starke regionale Partner, die Aufgaben schultern, bürgerschaftliches Engagement fördern und zusätzliche Mittel akquirieren können

Wie diese Partnerschaft in der Praxis aussehen kann, zeigen die folgenden Beispiele einer langjährigen Kooperation zwischen dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und dem Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.

- Die Übernahme der vom Bezirk neu erbauten Kindertagesstätte am Riemenschneiderweg eröffnete dem damals bezirklichen Auguste-Viktoria-Krankenhaus die Teilbelegung mit Kindern von schichtarbeitenden Mitarbeitern/-innen, weil der Träger bereit war, extrem lange Öffnungszeiten von 5.30 bis 20.30 Uhr zuzusichern, ohne dafür ein Extra-Entgelt zu erhalten. Durch die Übertragung spart der Bezirk zudem sämtliche Kosten für Verwaltung und den baulichen Unterhalt der Kindertagesstätte.

- Die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Vorarlberger Damm 13 wurde an das Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. übertragen, nachdem der Bezirk aus Spargründen Stellen nicht mehr besetzen konnte und das Haus einen großen Teil der Kinder und Jugendlichen des Einzugsgebietes nicht mehr erreichte. Das modernisierungsbedürftige Haus wurde vom neuen Träger weitgehend auf eigene Kosten modernisiert. Mit weniger Personal und einem neuen Konzept erreicht das Haus wieder alle Zielgruppen und hat neue Aktivitäten entwickelt, unter anderem ein umfangreiches Angebot an Schularbeitshilfen. Letzteres fördert die Zusammenarbeit mit den Eltern und den umliegenden Schulen sehr. Fazit: Das Haus ist nun für den Bezirk, der weiter fördert, kostengünstiger und für die Kinder und Jugendlichen des Stadtteils attraktiver geworden. Ihre Zukunftschancen haben sich deutlich verbessert. Die polizeilich auffälligen Delikte von Kindern und Jugendlichen haben deutlich nachgelassen.

- Ein bezirklicher Bauspielplatz geriet aufgrund seiner „Nichtpädagogik“ in öffentliche Kritik, so dass Anwohner die Schließung forderten und der Vermieter mit der Kündigung der dazugehörigen Mieträume drohte. Die Anwohner waren unter der Voraussetzung der Mitwirkung des Nachbarschaftsheimes dazu bereit, ihre Schließungsforderungen zurückzunehmen. Daraufhin entwickelten Bezirk und Nachbarschaftsheim ein bis heute funktionierendes Konzept einer tragfähigen Zusammenarbeit, und der Bauspielplatz genießt wieder die Unterstützung der Anwohner. Die jahrelange Verbindung und die Zusammenarbeit zwischen Nachbarschaftsheim und Bürgern haben eine Vertrauensbasis geschaffen. Man kennt die Akteure und ist sich sicher, dass dort professionelles Können zur Meisterung schwieriger Situationen vorhanden ist und die Einrichtungen gut und transparent geführt werden. Mittlerweile denkt der Bezirk darüber nach, den Spielplatz ganz in die Trägerschaft des Nachbarschaftsheimes zu geben – diesmal aus reinen Spargründen –, und wir sind gefordert, ein Konzept zu entwickeln, den Spielplatz ohne große öffentliche Förderung zu erhalten. Dies wird nur mit den Anwohnern zusammen gelingen.

- Ein bezirkliches Kinderheim kommt in die Trägerschaft des Jugendaufbauwerks. Aufgrund der Nichtauslastung steht ein Teil der Räume seit vielen Jahren leer. Leerstand, der Kosten verursacht. Das Nach-

barschaftsheim seinerseits benötigt dringend Räumlichkeiten für Familienbildung, Eltern-Kinder-Gruppen, Selbsthilfeinitiativen etc. Bezirk, Jugendaufbauwerk und Nachbarschaftsheim einigen sich auf Drängen des Nachbarschaftsheims, das den Nachfragedruck der Eltern, der Kinder und der Gruppen spürt. Die Räume werden kostenfrei gegen Renovierung und Zahlung von laufenden Unterhalts- und Instandsetzungskosten an das Nachbarschaftsheim übergeben. Inzwischen ist aus einem Teil des Kinderheims und des dazugehörigen Grundstücks ein lebendiges „Familien- und Selbsthilfezentrum“ mit Café und grundlegend saniertem Garten entstanden – rege genutzt. Alle Beteiligten – und vor allem die Bevölkerung – haben nur Vorteile!

- Eine Schule sucht für ihre Kinder dringend eine Hortbetreuung. Die Kindertagesstätten der Umgebung haben keine Plätze. Die Schule hat einige leerstehende bzw. gering genutzte Räume. Das Schulamt ist damit einverstanden, diese dem Nachbarschaftsheim zu überlassen, das vom Jugendamt der Schule als möglicher Träger genannt worden war. Da öffentliche Mittel nicht zur Verfügung stehen, baute das Nachbarschaftsheim aus eigenen Mitteln die Räumlichkeiten für Hortzwecke um und hat innerhalb weniger Monate 44 dringend benötigte Plätze geschaffen. Die Attraktivität der Schule ist dadurch gestiegen, Eltern und Kindern wurden große Sorgen genommen.

- Eine Gruppe türkischer Senioren sucht dringend einen Ort als Treffpunkt. Der Bezirk hat keine Räume und keine finanziellen Mittel – weder für Mietkosten noch für den Bau einer eigenen Einrichtung. Das Nachbarschaftsheim ist bereit, das Mietrisiko zu übernehmen, die türkischen Senioren sind ihrerseits bereit, den Treffpunkt auch für Jugendliche zu öffnen. Das ermöglicht ein Gesamtkonzept, das die Finanzierung der Miete und eines Teils der Einrichtung über Stiftungsmittel und eine Anschubfinanzierung der Selbsthilfe absichert. Senioren und Jugendliche sanieren den angemieteten Laden gemeinsam. Inzwischen herrscht in „Merkez“ (Zentrum, Marktplatz) reges – weitgehend selbst organisiertes – Leben durch Gruppen- und Kursangebote, die Offene Tür und Sozialberatung. Dieses Beispiel zeigt, dass zwingend notwendige Einrichtungen sogar ohne bezirkliches Engagement von einem starken freien Träger geschaffen werden können, wenn sich engagierte Bürger und ein freier Träger, der sich den

Problemen der Region verpflichtet fühlt und von den Bürgern des Stadtteils getragen wird, zusammentun.

Diese Beispiele aus den letzten Jahren könnten noch ergänzt werden. Die Zukunft gelungener sozialer Arbeit im Gemeinwesen liegt darin, herauszufinden, wer was von den Beteiligten am besten kann, welche Ressourcen jeder Beteiligte jeweils einbringen kann und wie diese Nutzen stiftend und möglichst kostengünstig für bessere Angebote an die Bürgerschaft und mit ihr zusammen verwendet werden können.

Nachbarschafts- und Stadtteilzentren und das ihnen eigene bürgerschaftliche Engagement sind ein Angebot an die Stadt und an die Politik – es kommt in der aktuellen gesellschaftlichen Situation darauf an, ihre Strukturen zu erhalten und auszubauen, die darin liegenden Chancen zu erkennen und die hier nur kurz angedeuteten Möglichkeiten herauszufordern.

Was sind und wie arbeiten Nachbarschaftsheime und Stadtteilzentren?

Nachbarschaftszentren sind gemeinwesenorientierte freie Träger sozial-kultureller Arbeit mit zum Teil jahrzehntelanger Tradition. Als freie Träger in der Rechtsform eingetragener Vereine sind sie unabhängige und weltanschaulich neutrale Organisationen, die im Rahmen ihrer Satzung und gemeinnützigen Vereinsziele selbst über ihre Angebote entscheiden.

In Berlin gibt es rund 30 Nachbarschaftszentren mit sehr unterschiedlicher Kultur und Ausprägung und zum Teil mit langjähriger Tradition. In vielen Ländern der Welt gehören Nachbarschaftszentren zu den wichtigsten Trägern sozialer Arbeit überhaupt (z.B. USA, England, Kanada, Frankreich, Israel, Niederlande, Finnland).

Nachbarschaftszentren verstehen sich als Bürgerinitiative, Netzwerk und Plattform für soziales und kulturelles Engagement im Stadtteil, sie sind

Anbieter von sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen mit folgenden Arbeitsgrundsätzen:

- generationen- und schichtenübergreifende Angebote für alle Bürger,
- Verbindung von sozialer Arbeit und kultureller Betätigung,
- Förderung der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements,
- Angebote konkret-nützlicher Dienstleistungen und Hilfen,
- die Arbeit lokal und nachbarschaftsorientiert auszurichten und
- die weltanschauliche Neutralität und Unabhängigkeit zu sichern.

Nachbarschaftszentren sind Träger von Einrichtungen, wie Selbsthilfetreffpunkten, Seniorenfreizeiteinrichtungen, Familientreffpunkten, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Schülerclubs und Schulstationen, Kindertagesstätten, Sozialstationen, Integrationsprojekten, Betreuungsvereinen, Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekten und anderem mehr.

Nachbarschaftszentren sind sensibel für Probleme

Sie leisten Beratungs- und Unterstützungsarbeit, beispielsweise in Bildungs- und Erziehungsfragen, in sozialrechtlichen Angelegenheiten, bei der Integration von Bürgern ausländischer Herkunft, und tragen dazu bei, das soziale und gesundheitliche Wohlbefinden der Bevölkerung und den sozialen Ausgleich im Stadtteil zu fördern.

Nachbarschaftszentren fördern die Selbsthilfe und Selbstorganisation der Bürger

Sie schaffen Möglichkeiten der Kommunikation, der Beteiligung und des Handelns. Sie begleiten und unterstützen Personen, Gruppen, Initiativen und ermöglichen ehrenamtliche (freiwillige) Mitarbeit und bürgerschaftliches Engagement im Wohngebiet und in den Einrichtungen.

Nachbarschaftszentren sind Orte der Kultur und Kommunikation

Sie fördern und wecken die kreativen Potentiale von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren und ermutigen zu eigenen Aktivitäten. Die Stadtteilkulturarbeit der Nachbarschaftszentren gibt subjektiven Bedürfnissen Raum, schafft kommunikative Strukturen und aktiviert soziales Leben. Kulturarbeit ist für uns aktive Beteiligung, eigene Gestaltung und Verwirklichung, aber auch neugierige Teilhabe und gewonnenes Selbstbewusstsein.

*Nachbarschaftszentren arbeiten bürgernah,
offen für alle und transparent*

Die Angebote der Nachbarschaftszentren stehen allen Bürgern offen und sind nicht an Mitgliedschaften, beispielsweise im Verein, gebunden. Die Einrichtungen haben bürgerfreundliche Öffnungszeiten. Ansprechpartner und Verantwortliche werden in den Veröffentlichungen benannt. Die Einrichtungen veröffentlichen ihre Angebote regelmäßig (Programmhefte, Flyer, Internet, Presse etc.). Die Einrichtungen und Räumlichkeiten sind freundlich gestaltet und strahlen eine wohlthuende Atmosphäre aus.

*In Nachbarschaftszentren arbeiten innovative und
selbstständige Mitarbeiter/innen*

Die Mitarbeiter/innen sollen ihre Aufgaben weitgehend selbstständig und in eigener Verantwortung nach den hier beschriebenen Grundsätzen wahrnehmen und dazu beitragen, dass die Ziele im Interesse der Bürger des Stadtteils erfüllt werden. Jede/r Mitarbeiter/in ist bei uns eingeladen, seine/ihre Fähigkeiten, Ideen und Wünsche in den Arbeitsalltag und in das Programmangebot des Nachbarschaftsheims einzubringen, und ist verpflichtet, sich fortzubilden, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

Nachbarschaftszentren suchen die Zusammenarbeit

mit den Bürgern, mit der Verwaltung, mit öffentlichen Einrichtungen, mit anderen Trägern sozialer Arbeit, mit Schulen, mit Kirchengemeinden, mit Bürgerinitiativen, Wohnungsbaugesellschaften, Geschäftsleuten und Firmen, mit den politisch Verantwortlichen und mit den Parteien, kurz gesagt mit allen, die für ein Gemeinwesen Verantwortung tragen oder in einem Gemeinwesen aktiv sind.

Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Nachbarschaftszentren besonders geeignet sind, Problemen der gesellschaftlichen Individualisierung, der Entfremdung und den Zukunftsängsten zu begegnen. Sozialkulturelle Einrichtungen arbeiten bürgernah, flexibel, kostengünstig und effektiv. Sie sind in der Lage, schnell und mit zeitgemäßen Mitteln auf Veränderungen im Gemeinwesen zu reagieren, und sind so in den letzten Jahren zu immer wichtigeren Partnern für die Bürger, die Politik und die Verwaltung bei der Lösung von Problemen geworden.

Ihre Stärke beziehen sie letztendlich aus dem Engagement der Bürger, die ihre Einrichtungen im Stadtteil über den jeweiligen Trägerverein oder als engagierte Nutzer mitgestalten können.

Aus: Odierna, S., Berendt, U. (Hrsg.): Gemeinwesenarbeit. Entwicklungslinien und Handlungsfelder. In: Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 7, AG SPAK Bücher 2004, S. 175 – 184

Grundsätze und Leitlinien der sozial-kulturellen Arbeit im Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. (2005)

Bürgerinitiative und Plattform für soziale Dienstleistung

Satzungsgemäß ist der Zweck des Vereins die Förderung des gesundheitlichen und sozialen Wohlbefindens der Bevölkerung. Dies geschieht insbesondere durch

- den Betrieb eines Nachbarschaftsheim und weiterer sozialer Einrichtungen,
- stadtteilbezogene sozial-kulturelle Arbeit mit Angeboten für alle Altersstufen,
- Aktivitäten, um verschiedene Bevölkerungsgruppen zueinander zu führen mit dem Ziel, das gegenseitige Verständnis und die soziale Verantwortung füreinander zu fördern,
- das Angebot an alle Personengruppen, durch freie Mitarbeit soziale und kulturelle Interessen zu verwirklichen,
- pflegerische und gesundheitsfördernde Dienstleistungen,
- Beschäftigung von Mitarbeitern zur Führung von Vereinsbetreuungen und zur Betreuung hilfsbedürftiger Personen,
- die planmäßige Unterstützung und Gewinnung ehrenamtlicher Betreuer.

Das Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Das Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. arbeitet überparteilich und überkonfessionell. Das Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. sieht sich in der Tradition der weltweiten Bewegung der „settlements“ und „neighbourhood-centers“ und der Verknüpfung von sozialer und kultureller Arbeit mit dem Ziel der Befähigung zur Selbsthilfe und Selbstorganisation.

Netzwerk Nachbarschaftsheim

Das Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. ist zum Zwecke der Interessenvertretung und des fachlichen Austausches Mitglied in folgenden Verbänden und Organisationen:

- Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Landes- und Bundesverband,
- International Federation of Settlements (IFS), dem Weltverband der Nachbarschaftszentren,
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V.,
- verschiedene Fachorganisationen.

Das Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. ist zur Erfüllung seiner Aufgaben und zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur Vertrags- und Kooperationspartner von Bezirksämtern, Senatsverwaltungen, Kranken- und Pflegekassen, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Stiftungen, Wohnungsbaugesellschaften, Schulen und Kirchengemeinden.

Lebensqualität in der Nachbarschaft sichern

Folgende Grundsätze prägen die gemeinwesenorientierte sozial-kulturelle Arbeit des Nachbarschaftsheim seit vielen Jahren:

- generationen- und schichtenübergreifende Arbeit,
- Verbindung von sozialer und kultureller Betätigung,
- Förderung der Selbsthilfe und der freien Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements,
- konkret-nützliche Hilfeangebote für die Bürger,
- lokale, nachbarschaftliche Orientierung.

Ein Haus für alle

Menschen jeden Alters, unterschiedlichster Nationalitäten und Herkunft, aller Schichten und Gruppen sind willkommen. Alle sind eingeladen, diesen Ort zu nutzen – zur Entspannung, zur Information, zur Kommunikation, zum Ausprobieren und Entwickeln der eigenen Talente, zur nachbarschaftlichen Einflußnahme und Teilhabe und zum bürgerschaftlichen Engagement.

Aktive Begegnung – das nachbarschaftliche Miteinander fördern

Verschiedene Gruppen, Schichten und Generationen können sich in unseren Einrichtungen miteinander vertraut machen, sich kennen- und achten lernen. Damit soll der Vereinzelung und gesellschaftlichen Ghettoisierungstendenzen entgegengewirkt werden. Dabei steht nicht die Definition über ein Problem im Vordergrund, sondern der Wille, aktiv mitzugestalten, unabhängig von organisatorischen Zwängen oder Verpflichtungen. Die Begegnung mit anderen Menschen, Kulturen und Meinungen zu fördern und den Austausch über unterschiedliche Sichtweisen zu pflegen, fördert das nachbarschaftliche Miteinander und die gesellschaftliche Solidarität.

Schutz und Integration – Stärke für den Lebensalltag gewinnen

Wenn dies gewünscht ist, können für spezielle Gruppen geschützte Bereiche (Schonräume) zur Verfügung gestellt werden, bspw. für ruhebedürftige Senioren, suchtkranke Menschen oder aus kulturellen Gründen für türkische Frauen. In den Schonräumen sollen die jeweiligen Gruppen Schutz und Sicherheit für sich selbst gewinnen, um so gestärkt den Lebensalltag und die Integrationsanstrengungen bewältigen zu können. In der heutigen globalen Gesellschaft mit vielfach verlorengegangener Nähe und Wärme, zerstörten sozialen und kulturellen Identitäten und fragmentarisch gewordener „sozialer Heimat“ suchen Menschen mehr und mehr nach zeitweiliger oder dauerhafter Einbindung in neue Gemeinschaften.

Entspannung und Wohlbefinden in attraktiver Umgebung

Als „Haus für alle“ müssen unsere Einrichtungen attraktiv gestaltet werden und eine Atmosphäre des Wohlbefindens ausstrahlen, so dass die Besucher gerne kommen. Das attraktive Nachbarschaftscafé und unsere Gartenanlagen bzw. Spielplätze laden zum Verweilen und zum nachbarschaftlichen Gespräch und zur Erholung in grünen Oasen inmitten großstädtischer Umgebung ein.

Kreative Potentiale entdecken und fördern

Als Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. ermutigen wir unsere Besucher, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten und aktiv zu werden. Wir wollen mit den Stärken und Fähigkeiten der Menschen arbeiten und ihnen Chancen bieten und Gelegenheiten schaffen, diese zu entdecken und sich weiterzuentwickeln.

Sozialen Problemen zuvorkommen

Wir verknüpfen Sozial- und Kulturarbeit miteinander, weil soziale und kulturelle Identität einander bedingen. Zudem werden unsere Einrichtungen durch Kulturarbeit attraktiv und zugänglich für jedermann. Der sozialen Einrichtungen mitunter anhaftende negative Charakter verschwindet. Sowohl der soziale als auch der kulturelle Bereich bieten sich dafür an, aktiv mitzuwirken oder sich passiv zu entspannen (Beispiel: Musik, Theater, Tanz, Malen, Lesen und Schreiben, handwerkliches Arbeiten, Körperbewegung u. ä.).

Kultur und Kommunikation schaffen soziale Kompetenz

Kulturelle Aktivitäten haben einen außerordentlichen sozialen Wert. Kulturarbeit ist aktive Beteiligung, eigene Gestaltung und Verwirklichung oder auch nur neugierige Teilhabe. Kulturarbeit ermöglicht die Darstellung von Ängsten, von Träumen, von Wünschen – sie ist Ausdruck wirklicher Lebensverhältnisse und ihre Sprache wird von allen verstanden. Kulturarbeit gibt subjektiven Bedürfnissen Raum, schafft kommunikative Strukturen und aktiviert soziale Kontakte und soziales Leben. Kulturarbeit hält Geist und Körper jung und gesund und schafft Vertrautheit mit Dingen und Menschen, führt zu Kompetenz und Selbstbewusstsein über erbrachte Leistungen.

Selbsthilfe für mehr Gesundheit und Wohlbefinden in der Nachbarschaft

Wir ermuntern zur Selbsthilfe im sozialen und/oder gesundheitlichen Bereich, zur Auseinandersetzung mit der eigenen Person oder mit den unmittelbaren Lebensbedingungen (Beispiel: Selbsthilfegruppen für Suchtkranke, für chronisch Kranke, Mütter-Kinder-Gruppen, Bürgerinitiative zum Schutz der Straßenbäume, Tauschbörse).

Die Selbstorganisation der Bürger stärken

Wir unterstützen jede Form der Selbstorganisation der Bürger, indem wir Räume, Technik, Wissen und Erfahrung zur Verfügung stellen und, falls gewünscht, Kontakte zur Öffentlichkeit, Presse, Politik, Verwaltung herstellen und im Konfliktfall vermitteln (Mediation).

Gelegenheiten für Bildung und Betätigung schaffen

Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung lassen sich nicht nur aus materiellem Wohlstand begründen. Deshalb sind soziale Einrichtungen dann nicht mehr attraktiv, wenn sie nur „Fertiggerichte“ und Herkömmliches anbieten. Die Organisationsformen und Handlungsstrukturen der Einrichtungen des Nachbarschaftsheims Schöneberg e. V. sind daher darauf ausgerichtet, jedem Beteiligung, eigene Gestaltung und über seine Betätigung Anerkennung zu ermöglichen. Wir wollen Gelegenheiten schaffen: für diejenigen, die sich treffen, bilden und kulturell betätigen, die ihre Kreativität entfalten und sich engagieren wollen und für diejenigen, die gemeinschaftlich ihre persönlichen oder die Probleme des Gemeinwesens bearbeiten wollen.

Mitwirkung und Beteiligung – freiwillige Mitarbeit und Bürgerengagement

Als Mitglied im Verein Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V., in Nutzergruppen und Sprecherräten sind die Besucher/innen des Hauses und

die Bürger/innen des Stadtteils dazu aufgerufen, auf Ziele und Entwicklungen unserer Arbeit und Einrichtungen Einfluss zu nehmen. Wir bieten eine Plattform für gesellschaftliches Engagement, ehrenamtliche (freiwillige) Mitarbeit und Bürgerbeteiligung. Wir bieten transparente Entscheidungen auf allen Ebenen und haben zur Förderung von Betätigung und Beteiligungen ein Interesse daran, dass sich die Bürger/innen mit den Strukturen unseres Vereins und der Einrichtungen vertraut machen.

Hilfe und Beratung – sensibel für Probleme

Neben dem Versuch, den Bedürfnissen nach Kommunikation und kulturellen Interessen der Besucher gerecht zu werden, bemühen wir uns auch, auf Wunsch die persönlichen Probleme der Besucher aufzugreifen und qualifizierte Beratungsarbeit zu leisten, insbesondere durch Sozialberatung, Mieterberatung, Rechtsberatung, Pflegeberatung, und beschäftigen dafür entsprechend qualifiziertes Personal. Wenn wir selbst nicht ausreichend beraten können, vermitteln wir in entsprechende Beratungsstellen.

Beschäftigung und Qualifizierung – Arbeit für die Nachbarschaft

Wir schaffen den Rahmen für den Wiedereinstieg in das Berufsleben für Frauen und für Personen, die es aus verschiedenen Gründen schwer haben, auf dem regulären Arbeitsmarkt zu bestehen. Hierzu begleiten wir die Personen individuell, qualifizieren und beschäftigen auf sinnvollen Arbeitsplätzen, die zur Verbesserung der Lebensqualität im Stadtteil beitragen, wobei wir uns auch der Ressourcen von Kooperationspartnern bedienen.

Qualifizierte Dienstleistungen für die Nachbarschaft

Wir schaffen die für die Bürger im Stadtteil erforderlichen sozialen Einrichtungen und Dienstleistungsangebote, z. B. integrative Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, ambulante und teilstationäre Pflegedienste (Sozialstationen), rechtliche und persönliche

Betreuungen, Familienbildungsangebote und Familiendienste, ambulante Erziehungshilfen, Integrationsangebote an die Bevölkerung ausländischer Herkunft, Dienste für Senioren und Selbsthilfegruppen, Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote. In allen diesen Einrichtungen wird nach professionellen Standards und Kriterien gearbeitet.

Öffentlichkeit und Transparenz für die Bürger

Zur Transparenz und Akzeptanz gehört eine offensive Öffentlichkeitsarbeit, die umfassend informiert und aktuell ist (regelmäßige Programmhefte, Flyer, Werbezettel, Monatskalender, Broschüren, Jahresberichte). Selbstverständlich müssen hierfür auch die neuen Medien und deren technische Möglichkeiten genutzt werden (Internet, E-Mail-Adressen). Die direkte Information der Bürger und der Institutionen, mit denen wir zusammenarbeiten, wird durch eine kontinuierliche Presse- und Medienarbeit ergänzt, insbesondere auch in der Zusammenarbeit mit den lokalen Medien.

Anregungen und Beschwerden erwünscht

Anregungen und Beschwerden von Kunden, Nutzern, Besuchern, Bürgern und Institutionen sollen als Geschenke betrachtet werden, die helfen, Schwachstellen zu erkennen und die Aufgaben besser zu erfüllen.

Verantwortliche und zugewandte Mitarbeiter/innen

Die Mitarbeiter/innen in den einzelnen Arbeitsbereichen sollen die Aufgaben weitgehend selbstständig und in eigener Verantwortung nach den hier beschriebenen Grundsätzen wahrnehmen und dazu beitragen, dass durch eine übergreifende Zusammenarbeit die Ziele optimal im Interesse der Bürger des Stadtteils erfüllt werden. Jede/r Mitarbeiter/in ist eingeladen, seine/ihre Fähigkeiten, Ideen und Wünsche in den Arbeitsalltag und in das Programmangebot des Nachbarschaftsheims einzubringen, und ist verpflichtet, sich fortzubilden, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden.

„Mehrgenerationenhäuser“ – Ein Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Schaffung neuer Nachbarschaftseinrichtungen

Gedanken und Anregungen (2006)

Eigentlich haben wir allen Grund zum Jubeln. Was wir seit Jahrzehnten wissen und vertreten, ohne dass die bundesrepublikanische Gesellschaft und ohne dass die Fachöffentlichkeit davon so richtig Notiz genommen hätten, nämlich dass Nachbarschaftszentren, Stadtteilzentren, Bürgerhäuser, Nachbarschaftsheime, sozial-kulturelle Zentren, wie immer sie sich auch nennen mögen, den klassischen Traditionen sozialer Arbeit einiges voraushaben – den generationenübergreifenden Arbeitsansatz, die lokale Verankerung, das ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement, die professionelle Dienstleistung, das Bauen von Brücken zwischen den Kulturen, die Nutzung von Potentialen, die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Initiativen, die Offenheit unserer Häuser und für Ideen, um nur einige zu nennen –: Die neue Bundesregierung hat eben genau das bemerkt, genauer, sie hat ein Programm aufgelegt und mit 88 Millionen Euro für die nächsten Jahre ausgestattet, um die Institutionalisierung von Mehrgenerationenhäusern bundesweit flächendeckend zu erreichen. In Berlin, in Bremen, vielleicht in Köln, gehören die Nachbarschaftszentren zu den „Regeleinrichtungen“ sozialer Arbeit. So wie Kindertagesstätten, Jugendfreizeitheime und Seniorentagesstätten haben sie in diesen Städten eine gewisse Selbstverständlichkeit und sind für große Teile der Bevölkerung so etwas wie eine soziale Heimat, die sie durch das ganze Leben begleitet: ob bei der Geburtsvorbereitung, in Fragen der Erziehung und Familienbildung, dem Kindertagesstättenbesuch, der Vorbereitung und Begleitung des Schulbesuchs, den mitunter turbulenten, aber eben auch besonders spannenden Zeiten des Jugendalters und natürlich auch bei Freizeit- und Kulturaktivitäten, bei gesundheitlichen und sozialen Problemen im Rahmen von Selbsthilfeaktivitäten, bei der Diskussion um Stadtentwicklung und schließlich auch im Alter

bei aktiver Gestaltung oder bei Hilfebedarf bis in die letzten Lebensstage. Den Arbeitslosen und Migranten werden Brücken gebaut, den bürgerschaftlich Engagierten der Weg frei gemacht und denen, die Kommunikation und einen Treffpunkt suchen, das niedrigschwellige Angebot präsentiert – Nachbarschaft und Nachbarschaftshilfe eben. Ein wenig wie auf dem Dorf und vielleicht ein bisschen so, wie es früher gewesen sein mag, als die Mehrgenerationenfamilie und die Dorfgemeinschaft aneinander gebunden waren, aber auch füreinander einstanden. Nur dass sich heute eher freiwillige, interessen- oder „lebensweltorientierte“ Gemeinschaften zusammenfinden.

Klar ist: Das System der ausschließlich professionellen Hilfe und Dienstleistungen hat sich nicht nur als unbezahlbar, sondern auch als von unvollkommener Wirkung erwiesen. Die Dimensionen emotionaler Zuwendung und Zuneigung, der Sympathie und der Betroffenheit vertragen sich mit professioneller Hilfe nur begrenzt, ja können sogar als kontraproduktiv gelten. Der Mensch lebt eben nicht nur vom Brot allein und nicht nur von der sachverständigen, professionellen Dienstleistung, die gleichwohl unverzichtbar ist. Er lebt auch von der Zuwendung, der Nähe, der Gemeinschaft, der Wertschätzung, dem eigenen Beitrag für die Gemeinschaft. Dies umso mehr, als Familie und viele andere – soziologisch betrachtet – lange Zeit intakte Gemeinschaften heute nicht mehr „binden“ und deshalb auch nicht mehr dauerhaft Gemeinschaft stiften und wirksam sein können.

Einpersonenhaushalte und Kleinfamilien prägen unsere Gesellschaft nicht mehr nur in den Großstädten. Die Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis oder der Weg in den Ruhestand, der Umzug in eine andere Stadt, die Einsamkeit des späten Alters fordern den Einzelnen selbst heraus, aber sie fordern auch die Institutionen: nur als Reparaturbetriebe und Einzelfallhelfer sind sie aber überholt und agieren deshalb auch zwangsläufig zu oft tretmühlenartig.

Dass dieses Wissen um die Begrenztheit professioneller Hilfeleistung nun sozusagen regierungsamtlich geworden ist, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Tragweite der dadurch aufgeworfenen Fragen ist auf den ersten Blick noch nicht zu erfassen und möglicherweise auch den Akteuren selbst gar nicht bewusst.

Erste Frage:

Haben wir es mit der Professionalisierung und Spezialisierung sozialer Dienste und Hilfen nicht übertrieben? Können wir nicht feststellen, dass in dem Ausmaß, in dem professionalisierte Fachdienste angeboten werden, entsprechend auch die Probleme ansteigen? Einfach und banal und sicher nicht korrekt ausgedrückt: Steigen mit der Anzahl der Sozialarbeiter auch die sozialen Probleme? Verlernen die einzelnen Bürger und die Gemeinschaften, sich selbst zu helfen, weil sie den zuständigen Fachdiensten vertrauen und Hilfe einfordern, so wie beim Autounfall bei ihrer Versicherung?

Zweite Frage:

Haben wir in diesem Zusammenhang die Adressaten der Hilfen nicht zu weitgehend entmündigt und ihnen falsche Versprechungen und Hoffnungen in der Weise gemacht, dass wir ihnen gegenüber den Eindruck vermittelt haben, wir lösen ihre Probleme? Haben nicht überall in den deutschen Landen Bürger durch die Initiierung von Bürgerinitiativen, Selbsthilfe und im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements bereits „Felder“ zurückerobert, nachdem sie sich der „fürsorglichen Belagerung“ oder „versorgenden Entmündigung“ bewusst geworden sind?

Dritte Frage:

Haben wir als Fachleute vergessen, dass den Bürgern vor allem hilft, was für sie einen unmittelbaren Nutz- und Gebrauchswert hat: die Kindertagesstätte, die Schularbeitshilfe, die gut ausgestattete Schule, das attraktive Jugendfreizeitheim, die ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe, der Besuchs- und Pflegedienst aus der Nachbarschaft. Der Nutzen der starken, gut ausgestatteten Regeleinrichtung – der Nachbarschaftskindergarten, die Nachbarschaftsschule –, kurz aller Institutionen, die sich der nächsten Gemeinschaft öffnen und sich ihr in den Dienst stellen, ist nicht zu überschätzen und gewinnt, wenn sie mit der Gemeinschaft ihre institutionelle Macht teilen und diese der alleinigen Verfügung zentraler Instanzen entrissen wird.

Vierte Frage:

Damit liegt die zentrale Frage eines demokratischen Gemeinwesens auf dem Tisch. Die Institutionen und ihre Verwalter, vor allem auch die politisch dafür Verantwortlichen, haben sich übernommen und müssen

nun konsequenterweise eingestehen, dass sie die Machbarkeit eines umfassend fürsorglichen, versorgenden und technokratisch-verwaltungsmäßig funktionierenden Sozialstaates überschätzt haben, und lernen, dass weder die „fürsorgliche Belagerung“ noch viel Geld allein Probleme lösen und die Bevölkerung glücklich machen können. Der Bürger selbst muss (und ich möchte sagen: darf und hat das Recht dazu) gestalten und Verantwortung übernehmen. Zunächst – auf dem Sektor sozialer Arbeit – wie hier beim Mehrgenerationenhaus. Und danach? Dass wir es mit einem gesellschaftlichen Entwicklungsprozess zu tun haben, das zeigt die Geschichte der letzten Jahrzehnte. Bürgerinitiativbewegung, Selbsthilfebewegung, aktuell die Diskussion um die Bürgergesellschaft, ja selbst die Expansion von Stiftungen und Bürgerstiftungen sind Ausdruck davon und verdeutlichen, dass immer mehr Personen und Gemeinschaften dazu bereit, aber auch willens und fest entschlossen sind, gesellschaftliche Angelegenheiten nicht mehr an Instanzen zu delegieren, sondern selbst zum Akteur und zur gestaltenden Kraft zu werden.

Wie gut der Gestaltungswille und die Gestaltungskraft der Bürger/innen den Nachbarschaften bekommt, davon zeugen Nachbarschaftshäuser, Selbsthilfekontaktstellen, Mütterzentren bundesweit. Der „Rundbrief“ hat darüber immer wieder berichtet und gute Beispiele dokumentiert. Dass es sich nicht nur um eine Bürgerbewegung handelt, sondern auch Länder, Kommunen, Verbände und Vereine darüber nachdenken, wird aus den jüngsten Handlungsempfehlungen des Deutschen Vereins zum Thema „Niedrigschwelliger Zugang zu familienunterstützenden Angeboten in Kommunen“ (Handlungsempfehlungen des Deutschen Vereins, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, 2/2006, S. 77 ff.) deutlich, wenngleich den dort skizzierten „richtigen“ Schritten nach wie vor der Glaube an die fast alleinige Handlungskompetenz der Fachinstitutionen anhaftet.

„Mehrgenerationenhäuser“

Was will die Bundesregierung und welche Ziele verfolgt speziell die zuständige Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen mit den Mehrgenerationenhäusern? Zunächst ist aus der Koalitionsvereinbarung er-

kennbar, dass die Schwächung bisher typischer Sozialisationsnetze, der Verlust an Erziehungsfähigkeit und die Trennlinien zwischen den Generationen als Schlussfolgerung die Suche nach „ersetzenden Instanzen“ erfordern. Im Sinne eines offenen, gemeinwesenorientierten, intergenerativen, eben bürgernahen Ansatzes sollen Häuser geschaffen werden, in denen sich sozusagen die verlorengegangene Großfamilie widerspiegelt und vergleichbare Wirksamkeitssysteme greifen. Fördern und fordern, Alltagssolidarität praktizieren und Lebenshilfe anbieten sind genauso Programm wie die Funktion als Anlaufstelle für Frühförderung, für Schularbeitshilfen, für Dienstleistungen und für Krisenintervention.

Die Häuser sollen der Einsamkeit vorbeugen, bürgerschaftliches Engagement ermöglichen, auch generieren, professionelle Hilfe und Dienstleistung verfügbar machen und Schnittstelle zu den Regelsystemen der Bildung (Schule) und Jugendhilfe (beispielsweise Kindertagesstätte) herstellen. Natürlich sollen sie vernetzen und sich am örtlichen Bedarf orientiert unterschiedlich ausprägen.

Jedes Haus und jede kreisfreie Stadt und jeder Landkreis in Deutschland sollen ein gefördertes Mehrgenerationenhaus erhalten, besser: gestalten, und das wird mit 40 000 € pro Jahr fünf Jahre lang von der Bundesregierung gefördert. Ein Starthilfeprogramm also, das Kommunen und Landkreise verpflichtet wird, mit eigenen Leistungen zur Substanz eines solchen Hauses beizutragen. Träger der Häuser können Kommunen oder freie Träger sein.

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses ist noch nicht endgültig geklärt, auf welche Weise die Mittelvergabe erfolgen wird. Klar ist, die Nachfrage ist groß, und vor allem auch kirchliche Träger sind sehr daran interessiert, sich zu engagieren, da es der Bundesministerin vor allem auch um die Stärkung der Familie geht und damit um eine Aufgabenstellung, der sich die Kirchen seit jeher verbunden fühlen.

Der Bundesregierung ist zu diesem Programm zu gratulieren. Es ist zeitgerecht, ja überfällig und eine gute Antwort auf unsere vor allem in der Jugendhilfe „versäulten“ Hilfestrukturen, die sich längst in den Fallstricken eines Zuständigkeitswirrwarrs verfangen hat (unser Kinder- und

Jugendhilfegesetz ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie gesetzlich normierte Rechtsansprüche, gepaart mit Haushaltsrecht, zum Gegenteil von dem werden, was beabsichtigt war, nämlich angepasste, flexible und vielfältige Hilfeformen zur Verfügung zu stellen). Wir haben der Ministerin und dem Ministerium als Verband unsere fachliche Unterstützung bei der Umsetzung des Programms zugesichert und darauf aufmerksam gemacht, dass mit den Nachbarschaftszentren auf nationaler und internationaler Ebene Mehrgenerationenhäuser bereits existieren und wir es sehr begrüßen, wenn sie Teil des Regelsystems sozialer Arbeit auch in der Bundesrepublik werden könnten.

Mit unserem Dachverband, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, sind wir uns als Fachverband darin einig, dass es nicht so sehr um die Schaffung neuer, als vielmehr um die Weiterentwicklung bestehender Institutionen wie Mütterzentren, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorentagesstätten, auch von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen gehen soll und gehen kann. Die hier genannten Einrichtungen sollen sich zu Familien- und Nachbarschaftszentren „qualifizieren“ und dadurch an Funktionalität und Bürgerfreundlichkeit gewinnen. Sie sollen vor allem das bürgerschaftliche Engagement, die Selbsthilfe, die Kompetenz des Nutzers und dessen Potentiale zum Grundelement ihrer Aktivitäten machen und eng mit anderen Initiativen und Institutionen der Nachbarschaft zusammenwirken.

Der Verband für sozial-kulturelle Arbeit spricht sich dafür aus, ausschließlich freie Träger, möglichst solche mit örtlicher Kompetenz, am besten örtliche Initiativen, mit der Trägerschaft solcher Häuser zu beauftragen, auch im Sinne einer klaren Aufgaben- und Verantwortungsteilung zwischen Kommune, Landkreis und Mehrgenerationenhaus. Das Mehrgenerationenhaus als Bürgerhaus muss weltanschaulich und politisch neutral und unabhängig agieren können. Diese Gewähr bieten am ehesten eigenständige und unabhängige Vereine von Bürgern oder Initiativen.

Keinesfalls dürfen Mehrgenerationenhäuser als Agenturen und verlängerter Arm von Politik und Verwaltung agieren. Sie müssen ihre Aufgabenstellungen und Zielsetzungen selbst entwickeln dürfen und sollen sich hierzu auch mit den Kommunen und Landkreisen abstimmen, aber

sie sollen nicht abhängig werden und nicht abhängig bleiben. Deshalb hält der Autor es auch für sehr wichtig, dass Träger von Mehrgenerationenhäusern möglichst auch Dienstleistungen anbieten, die sie finanziell stärken. So könnten sie Kindertagesstätten, Schulen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Pflegedienste u. a. mehr betreiben und gleichzeitig deren Bürgernähe und Offenheit für neue Entwicklungen sichern. Auf diese Weise können sich Kommunen und Landkreise, Städte und Gemeinden von Aufgaben entlasten und Bürger Verantwortung übernehmen – ganz im Sinne einer Bürgergesellschaft, in der der Staat sich beschränkt auf Sicherstellung, Gewährleistung, Kontrolle, Steuerung, und Bürgervereinigungen, in welcher Form auch immer, bereit sind, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. So gesehen sind die Mehrgenerationenhäuser auch ein Programm zur Demokratieentwicklung: Mehrgenerationenhäuser fordern und fördern Bürgerbeteiligung. Eine Politik, die dem Bürger vertraut, davon wünscht man sich mehr!

In den ersten Nachkriegsjahren waren es die Amerikaner, die Nachbarschaftsheime (neighbourhood-centers) initiierten mit der Aufgabe, einen Beitrag zur Demokratieentwicklung der Deutschen zu leisten. Die damals gegründeten Zentren blieben eher solitär, passten nicht zu den traditionellen Strukturen sozialer Arbeit in Deutschland. Vor allem: ihnen fehlte der bürgerschaftliche Unterbau, der sich inzwischen entwickelt hat. So entsteht, regierungsamtlich gefördert, was sich gesellschaftlich schon – oft getrennt und solitär – in vielen Initiativen herausgebildet hat, und erfährt Bündelung, Zukunftschancen und, nicht zu unterschätzen, einen Ort. Den Akteuren ist zu wünschen, dass sie sich zusammentun und austauschen, auf Landes- und auf Bundesebene. Unser Verband steht als Ansprechpartner zur Verfügung.

Aus: Rundbrief 1.2006, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Soziokulturelle Zentren (2007)

Die Bezeichnung „Soziokulturelle Zentren“ wird im weiteren Sinne als Sammelbegriff für Nachbarschaftsheime, -zentren, Bürgerhäuser, Stadtteilzentren und neuerdings auch für Mehrgenerationenhäuser verwendet. Als weltweit erste Gründung eines soziokulturellen Zentrums gilt die noch existente Toynbee Hall in London (1884). Bürgerliche Intellektuelle siedelten in proletarischen Vierteln, um dort Kultur, Bildung und Hilfe zur Selbsthilfe zu initiieren. Von dort aus gingen Gründungsimpulse nach Chicago und andere nordamerikanische Industriestädte.

Als erste deutsche soziokulturelle Zentren gelten das 1901 in Hamburg gegründete „Volkshaus“ und die 1911 ins Leben gerufene „Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost“ von Friedrich Siegmund-Schultze. In anderen deutschen Städten wie Leipzig, Stuttgart, Düsseldorf, Görlitz gab es dafür die Bezeichnung Volksheime oder Volksbildungsheime. Bereits 1925 gründeten die „Siedler“, wie sie sich in Anlehnung an die angelsächsischen Vorbilder nannten, die „Deutsche Vereinigung der Nachbarschaftssiedlungen“, die 1929 der heute noch existierenden International Federation of Settlements and Neighbourhood-Centers (IFS) beitrug. Zu deren wichtigsten Vertreterinnen gehörte die Chicagoerin Jane Adams, Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 1931. Die demokratische, oft auch pazifistische und international ausgerichtete Haltung führte zum Verbot derartiger Einrichtungen in der Zeit nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten.

Nach 1945 erfolgten Neugründungen auf Initiative der amerikanischen und englischen Militärregierungen im Rahmen des „Re-education-Programms“ als Beitrag für die der Erziehung der Deutschen zur Demokratie. In Nachbarschaftsheimen sollten vor allem durch Bildung, Diskussion, gegenseitige Unterstützung und durch die Gruppenpädagogik als Methode soziale und gesellschaftliche Konflikte friedlich ausgetragen werden. Mit der Umsetzung wurden die Quäker beauftragt. In Deutschland erfolgten Neugründungen in der Rechtsform eingetragener Vereine in

Berlin, Braunschweig, Bremen, Darmstadt, Frankfurt, Köln, Wuppertal. In allen Häusern arbeiteten Ausschüsse, bestehend aus Besuchern, haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern, Vereinsmitgliedern und Vorständen, die gemeinsam über die Arbeitsinhalte entschieden.

Neben den wenigen traditionellen Nachbarschaftsheimen gibt es heute zahlreiche neu entstandene soziokulturelle Zentren als Ergebnis gesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements und des Wunsches nach demokratischer Teilhabe. Manche soziokulturelle Zentren, die aus den gesellschaftlichen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre hervorgegangen sind, verstehen sich „soziokulturell“ im engeren Sinne als alternative kulturelle Veranstaltungsorte. Eine weitere Gründungswelle hat es nach 1989 infolge der Umbrüche in den neuen Bundesländern gegeben. Zum weiteren Feld soziokultureller Zentren sind heute zu rechnen: Bürger- und Stadtteilinitiativen, gemeinwesenorientierte Sozialarbeit (Stadtteilläden), Selbsthilfe- und Gesundheitstreffs, Mütterzentren, Nachbarschafts- und Stadtteilkulturinitiativen. Soziokulturelle Zentren sind häufig in sich wandelnden Stadtteilen und Neubausiedlungen zu finden. Soziologisch betrachtet sind sie Ergebnis der Verstädterung und des damit einhergehenden Verlustes vertrauter Strukturen und Bindungen. Sie sind eine Antwort auf die mangelnde Bindungs- und Wirkungskraft herkömmlicher sozialer Institutionen und Gemeinschaften. Soziokulturelle Zentren sind auch Ausdruck des Wunsches nach Mitwirkung und Beteiligung sowie der Gestaltung sozialer Angebote nach eigenen Vorstellungen und Wünschen. Darüber hinaus bieten sie die Befriedigung emotionaler und sozialer Kommunikationsbedürfnisse ohne den Zwang verpflichtender Bindungen.

Das aktuelle Profil von soziokulturellen Zentren:

- Sie verstehen sich als „Haus für alle“, als Treffpunkt aller Generationen, Kulturen und sozialen Schichten der Bevölkerung eines Stadtteils. Sie fördern und pflegen die freie Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements, der Selbsthilfe und wünschen die ehrenamtliche Mitarbeit und Mitgestaltung.

- Sie betrachten Bildung und Kultur als identitätsstiftend für Individuen und Gemeinschaften und verbinden daher Sozialarbeit und Kulturarbeit. Sozial-kulturelle Arbeit nutzt die Stärken und Fähigkeiten der Menschen (ihre Potentiale) und vermeidet es, die Defizite und Probleme der Individuen in den Vordergrund zu stellen, und realisiert niedrigschwellige, aktivierende und gemeinschaftsfördernde Angebote.
- Sie verstehen sich als Treffpunkt von Initiativen und Selbsthilfegruppen verschiedenster Zielsetzung – von Mütter-Kind-Gruppen, Sport- und Bewegungsgruppen, Theater-, Musik-, Medien- und Kulturgruppen. Sie bringen Menschen verschiedenster nationaler Herkunft zusammen. Sie sind sozial-kulturell geprägte Volkshochschule, bieten kostenlos Sozial-, Miet- und Rechtsberatung an, sind als Veranstaltungsort Forum für Diskussionen und stellen Räumlichkeiten zur Verfügung.
- Sie sind Träger sozialer, kultureller und gesundheitlicher Angebote, die sich durch besondere Bürgernähe auszeichnen: in der Regel von Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Schülerclubs, Schulstationen, Familienbildung, Beratungsstellen, ambulanten Pflege- und Nachbarschaftshilfen, Hospizdiensten, Betreuungsvereinen und von speziellen Diensten für Migranten.
- Sie sind institutionell, konfessionell und parteipolitisch unabhängig, arbeiten sozialraumorientiert und praktizieren insofern klassische Gemeinwesenarbeit.

Heute sind soziokulturelle Zentren aktueller denn je: Das bürgerschafts- und sozialraumorientierte Konzept ist vor allem in Stadtteilen mit hoher Problemdichte den spezialisierten und überprofessionalisierten Fachdiensten durch die Einbeziehung der Nachbarschaften überlegen. Deshalb greifen Programme des Quartiersmanagements (Soziale Stadt) und die sozialraumorientierte Jugendhilfe immer stärker auf diesen gemeinwesenorientierten Arbeitsansatz zurück. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sollen soziokulturelle Zentren mit dem Modellprogramm des Bundesfamilienministeriums „Mehrgenerationenhäuser“ bundesweit initiiert werden. Berlin ist bisher das einzige Bundesland,

das „Stadtteilzentren“ flächendeckend fördert. In Österreich hat die Stadt Wien ein ähnliches Programm initiiert und mittlerweile weitgehend umgesetzt.

Internethinweis: www.stadtteilzentren.de

Literatur:

- Zinner, G. (1988): Sozialkulturelle Gemeinwesenarbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 12/1988.
- Scherer, H. (1988): Sozialkulturelle oder soziokulturelle Arbeit? In: Blätter der Wohlfahrtspflege 12/1988.
- Freier, D. (1996): Der Stadtteil als Basis sozialkultureller Kommunalpolitik. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, 132/1996.

Aus: Bernd Maelicke (Hrsg.): Lexikon der Sozialwirtschaft, S. 961 f. Baden-Baden: Nomos, 1. Aufl. 2007

Nachbarschaftshäuser auf dem Weg in die Bürgergesellschaft (2008)

Um ihre Existenz müssen Nachbarschaftshäuser in Berlin nicht mehr kämpfen. Zwar fehlt in Deutschland eine gesetzliche Grundlage zur Förderung sozialer Infrastruktur des Typs Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser, Nachbarschaftsheime, Bürgerhäuser oder wie immer sie sich selbst nennen oder wie immer sie bezeichnet werden¹. Aber vielleicht ist das mit der fehlenden gesetzlichen Grundlage sogar besser so, denn ihre öffentliche Förderung hängt dann nicht von einer staatlichen Pflicht, sondern von der Wertschätzung ihrer Arbeit ab. Und diese Wertschätzung ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen:

- bei den Bürgern und ihren gesellschaftlichen Gruppen, deren gestaltende Kraft in diesen Einrichtungen willkommen ist, die aber auch die Professionalität und Bürgerfreundlichkeit der angebotenen Dienste zu schätzen wissen;
- bei Politik und Verwaltung, die erkannt haben, dass Nachbarschaftshäuser kooperativ, flexibel und kostengünstig soziale Aufgaben unter Einbeziehung bürgerschaftlicher Potentiale in Angriff nehmen und fachlich qualifiziert umsetzen können;
- bei den Organisationen und Fachleuten sozialer Arbeit, die erkannt haben, dass eine zu differenzierte Normierung gesetzlicher Leistungsansprüche (etwa im Jugendhilferecht) und die damit verbundene institutionelle „Versäulung“ (das fachliche Nebeneinander) gesellschaftliche Probleme nicht zwangsläufig lösen kann.

Über Berlin hinaus, das es bereits geschafft hat, mit dem Stadtteilzentrumsvertrag eine verlässliche und auf Dauer angelegte (aber noch ausbaufähige) Infrastruktur der Nachbarschaftshäuser zu entwickeln, ist nun auch die Bundesregierung mit ihrem bundesweiten Modellprogramm der Schaffung von Mehrgenerationenhäusern bestrebt, bei den kommunalen Körperschaften darauf hinzuwirken, eine zeitgemäße sozialpolitische Antwort auf gesellschaftliche Entwicklungen einzuleiten.

Diese gesellschaftlichen Entwicklungen sind kurz benannt mit „Schwächung“ bisheriger Sozialisationsinstanzen und Sozialisationsnetze und dem daraus abzuleitenden Zwang, „ersetzende Instanzen“ zu entwickeln:

„Im Sinne eines offenen, gemeinwesenorientierten, intergenerativen, eben bürgernahen Ansatzes, sollen Häuser geschaffen werden, in denen sich sozusagen die verlorengegangene Großfamilie widerspiegelt und vergleichbare Wirksamkeitssysteme greifen. Fördern und Fordern, Alltagssolidarität praktizieren und Lebenshilfe anbieten sind genauso Programm wie die Funktion als Anlaufstelle für Frühförderung, für Schularbeitshilfen, für Dienstleistungen und für Krisenintervention. Die Häuser sollen der Einsamkeit vorbeugen, bürgerschaftliches Engagement ermöglichen, auch generieren, professionelle Hilfe und Dienstleistung verfügbar machen und Schnittstelle zu den Regelsystemen der Bildung (Schule) und Jugendhilfe (beispielsweise Kindertagesstätte) herstellen. Natürlich sollen sie vernetzen und am örtlichen Bedarf orientiert sich unterschiedlich ausprägen.“²

Ob als Mehrgenerationenhaus, Stadtteilzentrum oder Nachbarschaftsheim bezeichnet, der Mensch als soziales Wesen benötigt Orte, an denen sich Gemeinschaft (unter Umständen je nach Lebenssituation immer wieder neu) finden und bilden lässt. Orte, die dazu beitragen, sich selbst sicher zu werden und sich immer wieder neu zu vergewissern. Und das geht bekanntlich beim sozialen Wesen Mensch nur mit einem Gegenüber, nur in der Gruppe oder Gemeinschaft.

Diese Orte müssen auch den Wünschen nach Bildung, Kultur, sozialer Teilhabe und nach gesellschaftlicher Betätigung gerecht werden. Diese Orte müssen Schonraum demjenigen bieten, der mit seinem Anliegen die erforderliche Beratung benötigt oder mit seinem Problem die Gruppe benötigt, die ihm Austausch und Unterstützung bietet. Diese Orte müssen dazu beitragen, dass jegliche Eigeninitiative ihren Platz findet, und sie müssen Potentiale erkennen, fördern und Betätigungsmöglichkeiten eröffnen.

Das ist leicht gesagt und nicht ganz so leicht getan. Denn dafür müssen geeignete Strukturen vorhanden sein. Dazu gehören professionelle Mit-

arbeiter, die die Initiative ergreifen und sich auch wieder zurücknehmen können, und Räumlichkeiten, die einladend, freundlich und offen sind, aber auch den Rückzug ermöglichen. Auch Kommunikationsinstrumente und -formen, die informieren, den Austausch ermöglichen, zudem attraktiv und aktuell sind.

Halten wir fest: In Zeiten der Individualisierung und der städtischen Lebensformen, der Normenvielfalt und des Zweifels am nachhaltigen Sozialstaat gewinnt die Wiederbelebung sozialer Gemeinschaften an Bedeutung. Es sind die Nachbarschaftsheimе und Bürgerzentren, die es in den letzten Jahrzehnten geschafft haben, hierfür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, ohne das Rad neu zu erfinden. Ihre Grundideen

- der generationenübergreifenden sozialen Arbeit,
- der Verbindung von sozialen und kulturellen Aktivitäten,
- der gewollten Mitwirkung und Mitgestaltung Ehrenamtlicher und Freiwilliger,
- der lokalen Orientierung und
- der professionellen Dienstleistung³

sind sehr traditionell und doch heute mehr denn je auf der Höhe der Zeit.

Die Verpflichtung der Nachbarschaftszentren, nachbarschaftliche Hilfe und Unterstützung zu fördern, Eigeninitiative und Selbsthilfe zu stärken und das bürgerschaftliche Engagement im Gemeinwesen wiederzubeleben, entspricht im Grunde traditionellen Werten und Wertvorstellungen demokratischer und bürgerlicher Gesellschaften. Der Wirklichkeit angepasst, entfalten sie ihre ungebrochene Kraft und Wirksamkeit und beziehen daraus auch ihre Attraktivität. So sprechen wir inzwischen beispielsweise bei der älteren Generation von ihren „Potentialen“⁴. Was aus der gesundheitlichen Selbsthilfe schon lange bekannt ist, gilt auf der Ebene des Gemeinwesens ebenso: Der Stadtteil, die Nachbarschaft, die „community“ verfügen über sehr viel Wissen, Erfahrung und Können und können damit – dieses Potential richtig genutzt – sehr viel, ja sogar entscheidend dazu beitragen, mit Defiziten und Mängeln – sozialen Problemen – produktiv umzugehen oder sie ganz oder teilweise zu be-

seitigen. Dazu, das ist selbstverständlich, braucht es die Zusammenarbeit mit Experten und Institutionen. Umgekehrt darf von diesen erwartet werden, dass sie sich dieser Zusammenarbeit (diesem Potential) öffnen und es sich erschließen. Nachbarschaftszentren sind im Laufe der Jahre geradezu Experten in der Erschließung von Potential und der Zusammenarbeit geworden und haben dazu beigetragen, dass institutionelle Grenzen überwunden werden konnten.

Nachbarschaftszentren sind also auch Brückenbauer: zwischen Institutionen, zwischen den Generationen, zwischen Kulturen und sozialen Schichten, zwischen professioneller und ehrenamtlicher Unterstützung und zwischen Selbst- und professioneller Hilfe. Ja, auch zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft, dem Einzelnen und der Gruppe.

Nachbarschaftsheime haben erkannt, dass eine ihrer größten Chancen die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements in ihre Arbeit ist. Historisch gesehen, sind sie seit ihrer Gründung Ausdruck dieses Engagements und Ergebnis des Rechts der Bürger auf Gestaltungsfreiheit ihrer Dienste und Einrichtungen, das immer wieder verteidigt werden muss gegen gesetzliche und bürokratische Eingriffe und auch manche scheinbar zwingenden fachlichen Ansprüche.⁵

Das Kraftzentrum: der Verbund bürgerschaftlichen Engagements und institutioneller Kompetenz

Einer der wichtigsten Innovationskräfte von Nachbarschaftshäusern ist die ehrenamtliche Mitarbeit und das sich in den Nachbarschaften immer wieder neu formierende bürgerschaftliche Engagement. Jedes Nachbarschaftshaus ist gut beraten, alles dafür zu tun, für dieses Engagement einzelner oder von Gruppen offen zu bleiben, es zu unterstützen und zu begleiten, ohne es zu vereinnahmen. Warum? Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement entsteht genau dort, wo gesellschaftliche Problemlagen erkennbar sind, sich Mängel zeigen, Bedürfnisse erwachsen, anders ausgedrückt: irgendetwas nicht mehr stimmig, keine befriedigende institutionelle Lösung erkennbar ist und daraus Wunsch und Anspruch entstehen, sich für Verbesserungen und Erneuerungen zu

engagieren bzw. einen Beitrag dazu zu leisten, dem Mangel abzuhelpfen. Ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement wirkt wie ein „Seismograf“ auf gesellschaftliche Unstimmigkeiten und entwickelt parallel Lösungskompetenz. Ehrenamtliches Engagement und institutionelles Vermögen der Nachbarschaftshäuser und ihre Wandlungsfähigkeit zusammengenommen ergeben so zeitnahe, bürgernahe und bedarfsorientierte soziale Angebote. Mitunter auch solche, die ihre allgemeine Anerkennung erst finden müssen oder gegen traditionelle Strukturen und Institutionsinteressen durchgesetzt werden müssen, vielleicht aber auch wegen ihrer „Kleinteiligkeit“ und mangelnden „Renditefähigkeit“ nicht auf Interesse bei etablierten Systemen sozialer Arbeit finden.

Im sogenannten Zinner/Freier-Papier – dem „Grundgesetz“ der Berliner Nachbarschaftszentren – wurde konstatiert, was sich aus den Gestaltungsprinzipien bürgerschaftlichen Engagements zwingend ergibt:

„dass Nachbarschaftshäuser zwangsläufig unterschiedlich aussehen: ihre individuelle Entstehungsgeschichte, ihr jeweiliges Umfeld, die handelnden Personen, die nutzbaren Räumlichkeiten, die zur Zusammenarbeit zur Verfügung stehenden Partner sind jeweils andere. Diese Unterschiedlichkeit spricht für Qualität. Zentral gesteuerte und geplante Gleichförmigkeit und Uniformität können nur auf Kosten von Bürgerinteressen und deren sozialen Bedürfnissen erreicht werden.“⁶

Dass der Berliner Stadtteilzentrumsvertrag dieses Gestaltungsprinzip über die Jahre ebenso respektiert hat, wie die Bundesregierung in ihrem Förderprogramm Mehrgenerationenhäuser diese Unterschiedlichkeit akzeptiert, spricht dafür, dass Bürgerwille und Bürgerengagement tatsächlich inzwischen einen hohen Stellenwert genießen und die Ministerien und Kommunalverwaltungen inzwischen um den Wert und die Kraft, das Potential, des Verbundes aus Bürgerengagement und der institutionellen Kompetenz der Nachbarschaftshäuser wissen. Selbstkritisch fügen wir hinzu, dass auch die professionellen Mitarbeiter der Nachbarschaftszentren hinzugelernt haben. Sie wissen heute, wie im Alltagshandeln professionelle Facharbeit und freiwilliges Engagement für das Gemeinwesen optimal nutzbar gemacht werden können. Die Mitarbeiter verfügen über die dafür erforderliche Haltung, die Metho-

denkompetenz und betrachten genau diese Zusammenarbeit als eine ihrer beruflichen Kernaufgaben.

Nachbarschaftshäuser sind also eine Erfolgsgeschichte. Das ist nicht wenig, gemessen an den immer wieder aufgetretenen Bestrebungen, sie finanziell im Land Berlin nicht mehr zu fördern. Heute weiß man um die enorme Hebelwirkung der insgesamt ja nach wie vor bescheiden zu nennenden zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel von Seiten des Landes. Wohlfahrtsverbände, wie beispielsweise der Paritätische Wohlfahrtsverband, haben gelernt, wie sehr diese Form sozialer Infrastruktur Innovation und Bürgerengagement fördert. Es ist daher kein Zufall, dass der Paritätische mit großem Erfolg und Geschick den Stadtteilzentrumvertrag in Berlin umsetzt, sich selbst auch finanziell engagiert, um immer wieder neue Etappenziele zu erreichen. Dass auch in der fachlichen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung Maßstäbe gesetzt werden können, erweist die Kooperation der Fachverbände: des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit mit SELKO, dem Dachverband der Selbsthilfekontaktstellen, die in allen Regionen Bestandteil von Nachbarschaftszentren sind bzw. sehr eng mit solchen kooperieren. Mit dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft, der sich als zentrale Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement in Berlin versteht, hat sich ebenfalls eine – durchaus noch ausbaufähige – Zusammenarbeit angebahnt. Der Paritätische kooperiert eng mit den Bezirken und mit den Senatsverwaltungen und würde es durchaus begrüßen, wenn die oben genannten Fachinstitutionen nicht nur zusammenarbeiten, sondern sich am besten zu einer Organisation zusammenschließen würden, da damit ein „Kompetenzzentrum“ für bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und Nachbarschaftsarbeit entstehen könnte mit großen Vorteilen für die einzelnen Einrichtungen und für die Weiterentwicklung eines trotz allem noch immer nicht stadtweit stabilen Systems der Nachbarschaftszentren.

Wir können also eine sehr gute Zwischenbilanz vorlegen. Gemessen an den Möglichkeiten und Zielen, bleibt noch Raum für viele Aufgaben. Welche Aufgaben – neben der Alltagsbewältigung, zu der auch die ständige Anpassung und Erneuerung von Strukturen und Angeboten gehören – stehen in den nächsten Jahren an? Worauf sollten sich Nachbarschaftszentren vorbereiten? Welchen Part haben Bezirke und Senat zu übernehmen?

1. Ein Haus für alle: die flächendeckende Versorgung

Zwar haben wir in Berlin inzwischen in jedem der zwölf Bezirke mindestens ein funktionierendes Stadtteilzentrum/Nachbarschaftshaus, bei Weitem aber nicht in allen Stadtteilen. Im Zinner/Freier-Papier war von Regionen, die möglichst nicht mehr als 50 000 bis 80 000 Einwohner umfassen sollten – wobei immer gewachsene Strukturen zu berücksichtigen sind – als Bedarfsgröße für jeweils ein Nachbarschaftszentrum die Rede. Demnach fehlen, ein Blick auf die Landkarte Berlins genügt, noch immer zahlreiche Nachbarschaftszentren. Wünschenswert wäre, wenn sich alle Bezirke und der Senat in einer Art Entwicklungsplan darüber verständigen könnten, welche Regionen noch zu „versorgen“ sind. Einige Bezirke haben das bereits beispielhaft für sich getan: etwa Marzahn-Hellersdorf oder Tempelhof-Schöneberg und Steglitz-Zehlendorf, die vor allem bestrebt sind, bestehende monostrukturelle Einrichtungen in Kooperation mit geeigneten lokalen Trägern zu Nachbarschaftshäusern weiterzuentwickeln. Manche Bezirke haben ihre Nachbarschaftszentren auch dadurch gestärkt, dass sie ihnen neue Aufgaben und bestehende Einrichtungen übertragen haben. Diese und ähnliche Wege sind weiterzugehen und erfordern die Bereitschaft der Nachbarschaftszentren, Trägerschaften und Verantwortung zu übernehmen.

2. Der nächste Schritt: die Weiterentwicklung bestehender monostruktureller Einrichtungstypen

Um die flächendeckende Versorgung zu erreichen, sollten – wie vorhin schon angesprochen – bereits auch in unserer Stadt erprobte Wege gegangen und die dafür erforderlichen Schritte auch systematisch eingeleitet werden (und das Mehrgenerationenhausprogramm der Bundesregierung geht diesen Weg sogar explizit), die vorsehen, dass vor allem Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und Senorentagesstätten, von denen es in der Stadt zahlreiche, auch von der Schließung bedrohte, gibt, zu Nachbarschaftshäusern oder Familienzentren weiterentwickelt werden. Das macht diese Einrichtungen interessant und attraktiv, aktiviert bürgerschaftliches Engagement und benötigt kaum oder keine zusätzlichen Ressourcen. Wie sinnvoll die Umsetzung eines solchen Programms ist, zeigt sich überall dort, wo – wie in Berlin – Selbsthilfe-

kontaktstellen und Nachbarschaftszentren zu Stadtteilzentren zusammengeführt wurden oder – außerhalb von Berlin – die Mütterzentren sich zu den sogenannten Mehrgenerationenhäusern entwickeln – mit und ohne Förderprogramm!

Diese Weiterentwicklung schließt selbstverständlich auch Kindertagesstätten und Schulen mit ein, die – auch in Zusammenarbeit mit bestehenden Nachbarschaftszentren – sich zu Familienzentren und -treffpunkten auch für die Nachbarschaft entwickeln können. Manches, zwischenzeitlich schon aus der Mode gekommene Jugendfreizeitheim in Berlin ist heute hoch attraktiv für alle Generationen und damit auch wieder für Kinder und Jugendliche!

Die enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendhilfeträgern, gerade solchen mit gemeinwesenorientierten Arbeitsansätzen, hat an vielen Standorten inzwischen Tradition und ermöglicht die gemeinsame Nutzung personeller und sachlicher Ressourcen. Die Erfahrung von Schulen, die mit Stadtteilzentren auch bei der Ganztagsbetreuung kooperieren, ist ausgesprochen positiv. Dieser begonnene Weg der engen Verzahnung von Jugendhilfe und Schule, man könnte auch sagen: einer ganzheitlichen Sicht von Bildung, muss ausgebaut werden. Familienentlastung und intensive Förderung der Kinder in den ersten Schuljahren werden so auf eine einfache und kostenneutrale Weise erreicht. Die Schule kann auf diese Weise auch die Nachbarschaft für ihre Ziele, Aufgaben und Probleme interessieren und sie einladen, Mitverantwortung für das Gelingen des Schulbetriebs zu übernehmen.^{7,8}

3. Stark werden: die Übernahme von Trägerfunktionen durch Nachbarschaftszentren

Nachbarschaftszentren sind nicht selten Kleinsteinrichtungen, und die Förderung durch den Stadtteilzentrumsvertrag lässt große Sprünge nicht zu. Aber diese Förderung kann, falls gewünscht, eine – oben schon benannte – eindrucksvolle und wirkungsträchtige Hebelwirkung auslösen. Nämlich immer dann, wenn Trägerschaften übernommen werden, die die Zielstellung der Nachbarschaftsarbeit unterstützen und die dann geführten Einrichtungen nach deren Prinzipien gestaltet werden. Im

Vordergrund stehen hier immer die Bürgerbeteiligung, das ehrenamtliche Engagement, die Kooperation mit allen Beteiligten und natürlich die mit Engagement gepaarte fachliche Qualität, garantiert durch Leitung und Mitarbeiter. Welche Einrichtungen bieten sich an für die Trägerschaft? Es sind, wie schon beschrieben, Kindertagesstätten, die Ganztagsbetreuung an Schulen, Schulstationen, Schülerclubs, Schulsozialarbeit, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und Seniorentagesstätten. Selbstverständlich auch alle Aufgaben und Dienste, die ehrenamtliches Engagement herausfordern: vom Betreuungsverein bis zu den Besuchsdiensten und Dienstleistungen für Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften. Zwar ist es inzwischen schwierig, pflegerische Angebote zu entwickeln. Angesichts der demografischen Entwicklung müssen aber auch diese Herausforderungen geprüft und möglicherweise in kooperativen Formen – Erfahrungen liegen in Nachbarschaftszentren schon vor – umgesetzt werden.

Die Übernahme von Trägerfunktionen schafft neben breiten bürgerfreundlichen Angebotsformen in den Einrichtungen auch eine relative finanzielle Unabhängigkeit und damit die „unternehmerische“ Basis und Freiheit dafür, Dinge zu entwickeln und Ziele zu verfolgen, die im Interesse der Bürger liegen, ohne dass dafür schon gesetzliche oder sonstige Voraussetzungen für finanzielle Förderungen vorlägen. Mancher gewünschte innovative Schritt lässt sich mit dieser zusätzlichen Stärke eben leichter gehen. Eine Trägerfunktion schafft aber auch zusätzliche Kompetenz, ermöglicht verbesserte Dienstleistungen, verstärkt die Planungssicherheit, und im Allgemeinen ermöglicht sie auch bessere administrative und räumliche Ressourcen.

4. Partner: Bezirke und Nachbarschaftszentren

Nachbarschaftszentren tun es seit jeher: sie kooperieren, sie vernetzen, sie unterstützen und begleiten. Sie sind verlässlicher Partner: den Selbsthilfegruppen genauso wie den Schulen, Kirchengemeinden, Wohnungsbaugesellschaften, Stadtteilinitiativen und anderen Trägern sozialer Einrichtungen. Nachbarschaftszentren haben aber auch gelernt, sich den Bezirken, den Politikern und den Ämtern als Partner für Problemlösungen zur Verfügung zu stellen und dabei größtes Geschick darin

entwickelt, in Zeiten großer Sparrunden mit diesen zusammen soziale Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern, und bewiesen, dass sie dazu in der Lage sind, soziale Infrastruktur mit den Bürgern im Wohnumfeld gemeinsam zu gestalten und auch mit geringen finanziellen Ressourcen attraktive Angebote zu entwickeln. Die bezirklichen Verantwortungsträger brauchen solche lokalen Partner und sie sollten, ja müssen ein Interesse daran haben, dass diese lokalen Partner systematisch gestärkt und entwickelt werden, damit sie in Zukunft – mehr denn je wird das erforderlich sein – in der Lage sind, in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken und unter Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements, soziale Infrastruktur und sozialkulturelle Angebote aufrechtzuerhalten. Appell an die Bezirke, Aufgabe für die Bezirke: Die Stärkung derjenigen Träger, die sich „sozialraumorientiert“ und dauerhaft (nachhaltig) für das lokale Umfeld engagieren.

5. Wünschenswert: gemeinsame Internetplattform

Zwar sind die Berliner Nachbarschaftshäuser in ihrer Umgebung und Region recht bekannt, zwar praktizieren sie eine für soziale Einrichtungen vergleichsweise offensive und gekonnte Öffentlichkeitsarbeit. Zwar arbeiten sie mit den heute üblichen Methoden und Mitteln, ihre Angebote darzustellen und ihre Arbeitsergebnisse zu bilanzieren. Dennoch sind noch viele Ziele zu setzen und ist die Qualität verbesserungsbedürftig.

So sollte es in den nächsten Jahren gelingen, dass alle Berliner Nachbarschaftszentren – unter Beibehaltung ihres eigenen Logos – auch ein gemeinsames Logo öffentlichkeitswirksam nutzen, das signalisiert, dass diese Einrichtung nach den Prinzipien und Prämissen sozial-kultureller Arbeit der Nachbarschaftszentren arbeitet.

Auch ist anzustreben, dass ein gemeinsames Internetportal den Zugang zu allen Nachbarschaftszentren in Berlin eröffnet und tagesaktuell Veranstaltungen und Angebote präsentiert und die Möglichkeit der Platzreservierung und Kursbuchung bietet. Möglicherweise sind dafür Zwischenschritte zweckmäßig. So etwa könnten sich zunächst die Nachbarschaftszentren einer Region zusammenschließen, bevor der ganz große Schritt eines gemeinsamen Portals gewagt wird.

Der Vorteil einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit liegt auf der Hand: So ein Portal könnte gemeinsam verwaltet werden. Die Zuarbeit nach standardisiertem Verfahren ist nutzbar für die komplette Öffentlichkeitsarbeit eines jeden Nachbarschaftszentrums und hat hohe Rationalisierungseffekte. Die Aktualität und die Vielfalt der Angebote würden sich positiv auf alle unsere Einrichtungen auswirken und vor allem: der Zugang zu den Nachbarschaftszentren beginnt sozusagen auf jedem Bildschirm.

Das Internet – vergessen wir das nicht – wird bei fortschreitender Technik immer wichtiger, weil die Bürger es künftig kostengünstig bei sich tragen. Die Kommunikation per Internet verführt zwar zur Verminderung des persönlichen Kontakts (z. B. statt per Telefon wird per E-Mail kommuniziert, statt im Laden zu kaufen, wird per Internet geordert usw.). Das bedeutet aber gerade für uns, dass es immer wichtiger wird, persönliche Begegnung über unsere Programme zu ermöglichen und diese gemeinschafts-/begegnungsfördernden Möglichkeiten auch über das Internet bekannt zu machen.

Natürlich ist hier nur ein Teilaspekt der Öffentlichkeitsarbeit beschrieben: Jeder unserer Besucher und Nutzer, jeder unserer Mitarbeiter, jeder unserer Partner ist Teil unserer Öffentlichkeitsarbeit, und die von uns schon umfangreich eingesetzten Printmedien werden dadurch auch nicht einfach überflüssig werden. Aber es geht um Kundenfreundlichkeit und -zufriedenheit, letztendlich auch wieder um Transparenz und Partizipation, also um jenen Teil sozialer Arbeit, bei denen wir oft anderen voraus waren. Diesen Vorsprung sollten wir nicht verlieren – er ist Teil unserer Attraktivität und Zukunftssicherung.

*

Diese fünf hier genannten Aufgaben sind nicht abschließend gemeint. Sie sollen das Offensichtliche benennen und mahnen, sich keinesfalls auf errungenen Lorbeeren auszuruhen. Nie war in der Stadt die Stimmung zugunsten der Nachbarschaftszentren positiver, nie zuvor hatten sie die heutige Anerkennung als selbstverständlicher Teil der sozialen Infrastruktur Berlins. Tüchtigkeit, glückliche Umstände, wohlgesonnene und fähige Akteure – vor allem aber die gesellschaftliche Notwendigkeit – haben uns den aktuellen Rang beschert. Unsere gemeinschafts-

stiftenden und gemeinschaftsfördernden Aktivitäten benötigen die Bürger dieser Stadt auch künftig. Bildung und Erziehung, identitätsstiftende kulturelle Aktivitäten, Aufbau funktionierender Nachbarschaften, Stärkung von Engagement und Eigeninitiative, professionelle Dienstleistung und entwickelte Fähigkeiten zur Kooperation, Tradition und Flexibilität, Festhalten an gesellschaftlichen Werten und Innovation: Wir vereinigen unter unserem Dach Eigenschaften und zukunftsfähiges Potential, das, gepflegt und weiterentwickelt, auch künftig einen gewichtigen Beitrag zum sozialen und gesundheitlichen Wohlbefinden der Bürger dieser Stadt erbringen wird. Wer will, kann es erfahren: spürbar in jedem Nachbarschaftshaus, an der besonderen Atmosphäre, die Leichtigkeit und Kraft zugleich ausstrahlt und einlädt zum Wiederkommen.

Anmerkungen:

- ¹ Der Verfasser bevorzugt Begriffe wie Nachbarschaftszentren, Nachbarschaftshäuser, Nachbarschaftsheimen, weil diese international und national eine langjährige Tradition besitzen. Stadtteilzentren sind in Berlin immer auch die Verbindung von Nachbarschaftshaus und Regionaler Selbsthilfekontaktstelle. Der Begriff Mehrgenerationenhaus wurde von der Bundesregierung eingeführt und ist missverständlich, da er auch genutzt wird, um entsprechende Wohnformen zu beschreiben.
- ² Zinner, Georg: Die neuen Nachbarschaftshäuser: „Mehrgenerationenhäuser“, in: Rundbrief, Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Berlin 2006, Nr. 1, S. 4.
- ³ Zinner, Georg: Sozialkulturelle Gemeinwesenarbeit – Geschichte und Renaissance in der Bundesrepublik, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, Stuttgart 1988, Nr. 12, S. 283; Zinner, Georg: Hoffnungsträger für die Zukunft: Nachbarschaften, Initiativen und kleine Netze, in: Rundbrief, Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Köln 1991, Nr. 1/2, S. 22; und zahlreiche weitere Veröffentlichungen des Verfassers zu diesem Thema, insbesondere im „Rundbrief“, dem Verbandsorgan des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit e. V., und in den Blättern der Wohlfahrtspflege.
- ⁴ Zinner, Georg: Potentiale des Alters erkennen – ein überfälliger Paradigmenwechsel?, in: Rundbrief, Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Berlin 2005, Nr. 1, S. 19.
- ⁵ Zinner, Georg: Soziokulturelle Zentren, in: Maelicke, Bernd: Lexikon der Sozialwirtschaft, Baden-Baden 2008, S. 961.
- ⁶ Zinner, Georg, Dietmar Freier: Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil – Die Grundlagen ihrer Arbeit, in: Rundbrief, Verband für sozial-kulturelle Arbeit, Berlin 1999.
- ⁷ Bürgerschulen für alle!, Berlin 2007, herausgegeben vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V. (Text: Dr. Dettling, Politikberatung)
- ⁸ Hinte, Wolfgang, Oswald Menninger, Georg Zinner: Für eine Aufwertung der kommunalen Jugendhilfe. Vorschläge für eine zeitgemäße Finanzierung und Struktur, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, Nr. 5/2007, S. 163.

Aus: Rundbrief 2.2008, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Festempfang 60 Jahre Verband für sozial-kulturelle Arbeit

am 14. November 2011 im Berliner Rathaus, mit einem Grußwort von Prof. Barbara John, Vorsitzende des PARITÄTISCHEN, Landesverband Berlin e. V.

Gesprächsrunde zur 60-jährigen Geschichte mit Sabine Beikler, Journalistin beim Tagesspiegel (Moderation), Georg Zinner, Vorsitzender des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit e. V. und Herbert Scherer, langjähriger Geschäftsführer des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Sabine Beikler: In Berlin fand 1932 die Konferenz des internationalen Dachverbandes statt. Es gab auch zwei Namen, die Ihnen wahrscheinlich bekannt sind: die Theologen Walther Classen und Friedrich Siegmund-Schultze, der ehrenamtlich in der Sozialen Arbeitsgemeinschaft, der SAG, tätig war. Die wurde 1913 als Trägerorganisation des Settlements in Berlin-Ost gegründet, und Siegmund-Schultze organisierte in der SAG sogar eine sogenannte Kaffee-Klappe. Diese Kaffee-Klappe richtete sich an die Schlafburschen – schlecht bezahlte Arbeiter, die sich schichtweise mit anderen Nutzern ein Bett teilen mussten, da sie für eine eigene Wohnung kein Geld hatten.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 musste Siegmund-Schultze ins Schweizer Exil. Viele Außenstellen der SAG brachen zusammen. In Berlin konnte die SAG aber zumindest die reine Wohltätigkeitsarbeit mit behinderten Menschen weiterführen, bis sie 1940 von den Nazis verboten wurden.

1945 erfolgten Neugründungen auf Initiative der amerikanisch-britischen Militärregierungen als Bestandteil des Re-education-Programms – als Beitrag zur Erziehung der Deutschen zur Demokratie. In Nachbarschaftsheimen sollten vor allem durch Bildung, Diskussion und gegenseitige Unterstützung soziale und gesellschaftliche Konflikte friedlich ausgeglichen werden. Mit der Umsetzung wurden die Quäker beauftragt. In

Deutschland erfolgten Neugründungen in Braunschweig, Bremen, Darmstadt, Frankfurt, Köln und auch in Berlin.

Kommen wir zu den 50er Jahren. 1951 wurde der Verband deutscher Nachbarschaftsheime gegründet, der sich seit 1971 Verband für sozial-kulturelle Arbeit nennt. In den 50er Jahren waren die Nachbarschaftsheime Orte für gegenseitige Hilfe. Es gab zum Beispiel im Nachbarschaftsheim Schöneberg eine Näherei und eine Schusterwerkstatt. In Berlin gab es damals sechs bis sieben Häuser – bundesweit eine ähnliche Zahl.

Herr Scherer, Herr Zinner, wie muss man sich den Übergang der Häuser von den Quäkern an die Deutschen damals vorstellen? Wuchs man in den 50er Jahren in die Arbeit rein?

Herbert Scherer: Also da würde ich gerne etwas klarstellen. Sie haben gesagt, die Quäker wurden beauftragt. Es war gerade umgekehrt. Die Quäker haben sich die Erlaubnis zur Gründung der Häuser von den Amerikanern ertrotzt. Die Idee kam von den Quäkern. Es war im wesentlichen eine deutsche Migrantin, die aus dem Kreis von Siegmund-Schultze kam, Herta Kraus. Sie war Dozentin an einer Universität der Quäker und schrieb 1943 ein Memorandum über Nachbarschaftsheime und die soziale Grundstruktur im zukünftigen Deutschland. Sie hat das 1946 noch mal erneuert und ist selber nach Deutschland gekommen, um mit den Quäkern zusammen die Heime aufzubauen.

Man muss wissen, in Deutschland gab es 1933 nur rund 200 Quäker, eine ganz kleine Gruppe mit großer Entschlossenheit. Diese deutschen Quäker spielten nach dem Krieg bei den Nachbarschaftshäusern eine große Rolle. Das waren Leute, die unverdächtig waren, die während der Nazizeit im Widerstand und jetzt die geborenen Helfer der amerikanischen und englischen Quäker waren, welche nun damit begonnen hatten, die Nachbarschaftsheime aufzubauen. Schritt für Schritt, das war das Konzept, sollte die Verantwortlichkeit dann auf Deutsche übergehen. Das war gerade um das Jahr 1950, als das losging. Im Grunde genommen ist die Gründung des Verbandes 1951 ein Symptom dieser Veränderung – des langsamen Übergangs der Verantwortung auf die Deutschen.

Sabine Beikler: In Deutschland gab es das Wirtschaftswunder in den 1950er Jahren. Die Häuser waren auf der Suche nach einer eigenen Identität. Herr Zinner, wie entwickelten sich damals die Schwerpunkte? Gab es Häuser, die mehr mit alten Menschen arbeiteten, oder andere, die wiederum mehr mit Jugendlichen arbeiteten? Wie war damals die Arbeit aufgebaut?

Georg Zinner: Also in der Gründungszeit in den 50er Jahren war die Arbeit gerade unter großstädtischen Bedingungen natürlich bestimmt von der Not und Mühe, sich zu ernähren, sich zu kleiden und Kriegsfolgeschäden zu beheben. Es gab viele behinderte Kriegsversehrte. Die Nachbarschaftsheime haben sich dieser Personengruppen angenommen und von der Wärmestube bis zur Schusterwerkstatt Alltagshilfe geleistet. Besonders war dabei, dass das ehrenamtliche Engagement zentral für jedes Haus war. Es gab im Unterschied zu den klassischen Wohlfahrtseinrichtungen ein sehr demokratisches Prinzip. Die wurden als Vereine gegründet, die Mitglieder haben den Vorstand gewählt, die Besucher und die Vorstände und die Mitglieder haben zusammen eine Gruppe von Leuten in einen Arbeitsausschuss delegiert und dieser Arbeitsausschuss hat die Arbeit definiert. Das war so etwas wie eine paritätische Mitbestimmung. Das hat die Häuser geprägt. Man hatte auch wenig Geld und infolge dessen wenig hauptamtliche Mitarbeiter. Das waren in den 50er Jahren in der Regel zwischen einem und drei Mitarbeitern.

Sabine Beikler: Wie haben sich die Häuser denn finanziert? Gab es damals schon staatliche Unterstützung oder war das hauptsächlich ehrenamtliche Mitarbeit?

Herbert Scherer: Am Anfang bestand die Finanzierung im wesentlichen aus Spenden aus Amerika. Das Konzept der Quäker war aber, dass es eine Verantwortung vor Ort geben muss. Wenn es um kommunale und sozialstaatliche Aufgaben geht, muss das auch an die örtlichen Stellen übergehen. In den 50er Jahren gab es tatsächlich einen heftigen, ständigen Kampf um die kleinen Geldquellen. Man hat sich überall bemüht, Geld zu bekommen. Das hat sich sogar so weit entwickelt, dass sich die Nachbarschaftshäuser ein bisschen in ihrer Entwicklung daran ausgerichtet haben, wie die Geldquellen vor Ort waren. Das heißt, sie haben

sich im Wesentlichen auf die Jugend- und Kinderarbeit und die Arbeit mit Alten und Versehrten beschränkt und die Erwachsenenarbeit teilweise ausgeblendet, weil es dafür weniger Geldquellen gab. Die haben sich eher in die Wohlfahrtsarbeit hineinbegeben, da das eher finanzierbar war als Nachbarschaftsarbeit. Auch das ist eine Traditionslinie, die man bis heute verfolgen kann.

Sabine Beikler: Anfang der 60er Jahre gab es dann zwei Daten, an die wir uns auch dieses Jahr erinnern haben. Am 13. August 1961 der Mauerbau und am 30. Oktober 1961 das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei, welches in Bad Godesberg unterzeichnet wurde. Haben diese beiden Daten die Arbeit der Nachbarschaftsheimen in irgendeiner Weise beeinflusst?

Georg Zinner: Damals in den 60ern bestimmt noch nicht, aber in den späteren 70er und 80er Jahren sehr stark. Das hält teilweise noch bis heute an. Ich glaube, dass Migrationsbewegungen bei den Nachbarschaftsheimen international immer eine große Rolle gespielt haben. Gerade in Amerika und den USA waren sie oft Auslöser für Gründungen und haben die Staatswerdung unterstützt. In Deutschland stand in den 60er Jahren in den Nachbarschaftsheimen die Professionalisierung im Vordergrund. Es ging um Geld, wie heutzutage übrigens auch, man hat geschaut, was die Politiker für Programme auflegen, und hat versucht, sich daran zu beteiligen, für sein Haus Geld zu bekommen. Man hat gleichzeitig aber auch den Anspruch gehabt, für alle Generationen Angebote zu machen. In den 60er Jahren ist die Jugendarbeit dann aber deutlich in den Vordergrund gerückt und damit auch das hauptamtliche Personal, das ausgebildet war. Das hat dann auch neue Konfliktlinien geschaffen. Das Anwerbeabkommen hat da selbst aber noch kaum eine Rolle gespielt.

Herbert Scherer: Ich würde da gerne ergänzen: Ich habe in den letzten Tagen in alten Vorstandsunterlagen geblättert und war total erstaunt, dass 1961 der Mauerbau z. B. kaum eine Rolle gespielt hat. Allerdings wurde das Nachbarschaftsheim Mittelhof gefragt, ob sie irgendwelche Probleme wegen des Mauerbaus haben. Das Heim hatte nämlich ein Konferenzzentrum, das als Begegnungsort zwischen West und Ost gedacht war. Man hat dann erklärt: „eigentlich nicht, aber wir melden schon mal

vorbeugend an, dass wir doch Probleme haben. Wir wissen zwar noch nicht was, aber die Begründung werden wir nachschieben.“ (*Gelächter im Saal*) Was die Migrationsgeschichte angeht, glaube ich, dass die Nachbarschaftshäuser relativ früh reagiert haben, aber mit einer großen 15-jährigen Zeitverzögerung zum Beginn des eigentlichen Problems.

Sabine Beikler: Zwischen 1965 und 1972 wurden in Berlin viele Großsiedlungen gebaut wie zum Beispiel in Tegel oder 1963–74 das Märkische Viertel für insgesamt 50 000 Bewohner, oder die Heerstraße Nord. Inwieweit hat das die Nachbarschaftsheime beeinflusst? Wurden die in die Planungen miteinbezogen, oder hat man gesagt, die kommen dann vielleicht später?

Georg Zinner: Ein großes Thema war Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre die Gemeinwesenarbeit. Die hatte genau mit diesen neuen Siedlungen zu tun. Es gab Kämpfe um soziale Strukturen und Einrichtungen in diesen Großsiedlungen. Da gab es schon Bewegung, sowohl unter den Sozialarbeitern als auch an den Hochschulen und in den Einrichtungen. Das Nachbarschaftsheim Charlottenburg ist beispielsweise aus Charlottenburg ausgesiedelt an die Heerstraße Nord. Die haben gesagt, dass ihre Arbeit dort viel wichtiger ist als im etablierten Charlottenburg. Als ich damals als Gemeinwesenarbeiter nach Berlin wollte, habe ich mich im Nachbarschaftsheim Mittelhof beworben. Die wollten mich aber nicht haben. Dann bin ich in Neukölln in der Familienfürsorge gelandet – war auch nicht schlecht.

Herbert Scherer: Um 1965 gab es ein großes Aufblühen der Nachbarschaftsheime. Diese wurden wieder interessant für die Sozialpolitik. Es gab eine neue Bewegung. Das hatte genau mit der Entdeckung der Gemeinwesenarbeit zu tun. 1964 erschien der erste „Rundbrief“, den es heute noch gibt, in dem die Gemeinwesenarbeit gleich eine große Rolle spielte.

Aber warum wollten die nun den Zinner nicht haben? Ich könnte mir da ja was denken. Ich hab auch was gelesen über eine interessante Praktikantenbewerbung. Der Vorstand musste sich mit der Frage beschäftigen, wie sie mit Praktikanten umgehen, die von vornherein erklärten, dass sie sich nicht an die Loyalität zum Arbeitgeber halten wollten. Da

könnte ich mir vorstellen, wenn der Zinner auch so einer war, dass man da von vornherein Abstand nehmen wollte, oder?

Georg Zinner (*lachend*): Nee, die kannten mich einfach nicht. Ich kam aus Bayern, was soll ich da in Berlin im Mittelhof?

Sabine Beikler: Sie sehen schon, in den 50er und 60er Jahren war die sozialpädagogische Gruppenarbeit mit ihren kulturellen Aktivitäten das bestimmende Element in den Häusern. Dann kam die Gemeinwesenarbeit, die modern wurde. Herr Zinner, was genau wollte der Gemeinwesenarbeiter und was verstand man unter der damals viel zitierten Randgruppenstrategie?

Georg Zinner: Ich würde sagen, das hat sehr zur Philosophie der Gründung der Nachbarschaftshäuser gepasst, dass man die Bürger dazu ermuntern wollte, ihre eigenen Interessen und Angelegenheiten in die Hand zu nehmen. Insbesondere die sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten sollten von den Sozialarbeitern bewegt und mobilisiert werden, sozusagen den Aufstand proben und einfordern, was ihnen zustünde. Das ist jetzt vielleicht etwas platt, aber wir haben nicht viel Zeit.

Die sogenannte Randgruppenstrategie war, dass man sich als Sozialarbeiter diesen Gruppen zuwendete und dass man Abstand nahm von den etablierten Bürgern. Die waren aber in den Nachbarschaftsheimen sehr stark gewesen. Deswegen führte diese Strategie in meinen Augen auch zu einer Krise der Nachbarschaftsheime in den 1970er Jahren. Man wusste nicht mehr, wohin man sollte. Das Alte war nicht mehr modern, war nicht mehr gefragt, und das Neue war nicht richtig fassbar und problematisch, weil sich die Obdachlosen in diesem Szenario nicht mobilisieren ließen.

Herbert Scherer: Also man kann sagen, die Gemeinwesenarbeit ist um 1970 unter die Schirmherrschaft der jungen radikalen Sozialarbeiter und Studentenbewegung geraten und das ist ihr nicht unbedingt richtig bekommen. Ein Problem der jungen Revolutionäre war, dass sie im Grunde genommen eine Doppelstrategie bekommen wollten. Sie wollten auf der einen Seite vom Staat bezahlt werden und auf der anderen

Seite die Revolution anführen. Das revolutionäre Berufsbeamtentum ist im Grunde aber ein Widerspruch in sich selbst.

Sabine Beikler: Es ging also in einigen Köpfen um die Weltrevolution, und damit konnten etliche Besucher der Nachbarschaftsheimen wenig anfangen. Die traditionelle Arbeit mit Kindern und Erwachsenen wurde teilweise sogar eingestellt. Abstrakt-politisches Denken trat an die Stelle konkreter Arbeit. Die Häuser leerten sich. Drohte damals eigentlich das Aus der Einrichtungen oder hat man sich mehr oder weniger aufgeteilt?

Herbert Scherer: Nein, man hat miteinander gerungen. Im Grunde genommen ist es ja so, dass manchmal diese Zeiten, die so schwer sind, hinterher die besten sind. Das war die Zeit, in der der Verband der deutschen Nachbarschaftsheimen sich auch umbenannt hat in Verband für sozial-kulturelle Arbeit. Das war ein Kompromiss zwischen den revolutionären Kräften und den Etablierten. Die jungen Leute wollten, dass es der Verband für Gemeinwesenarbeit ist und als solcher für die professionelle Gemeinwesenarbeit da ist. Und die Alten wollten quasi, dass es die Nachbarschaftsheimen bleiben. Die Nachbarschaftsheimen, das klang so alt, so konservativ, so heimelig. Man hat sich dann kompromisshaft auf den Namen verständigt, den die Holländer haben. Sozial-kulturelle Arbeit bedeutet eigentlich nur die Sozialarbeit, die nicht fürsorgerisch ist, die nicht Wohlfahrt ist, sondern alles, was mit Jugendarbeit zu tun hat, mit Gemeinwesen zu tun hat und mit sozialer Infrastruktur. Dann hat man diesen Begriff genommen und den Kompromiss gefunden. Der Begriff Arbeit wurde in den Vordergrund gestellt, so als sei es der Verband für Gemeinwesenarbeit, und dann aber den Untertitel „vormals Verband deutscher Nachbarschaftsheimen“ gewählt. An diesem Punkt arbeiten wir immer noch. Jetzt sagen wir „Verband für sozial-kulturelle Arbeit“ und darunter ganz modern die Internetadresse stadtteilzentren.de, um den Menschen zu zeigen, worum es überhaupt geht.

Sabine Beikler: Anfang der 70er Jahre war die Bundesrepublik in einer Reformphase. Es entstanden überall Stadtteilläden, Kinderläden, Schularbeitsläden, Obdachlosenpunkte ... Haben die Nachbarschaftsheimen damals mit den einzelnen Projekten kooperiert?

Georg Zinner: Also ich glaube schon, dass die Nachbarschaftsheime durch die Kooperation mit diesen Initiativen auch zu sich selbst gefunden haben. Die Orientierungslosigkeit konnte beendet werden, indem man mit diesen Initiativen zusammengearbeitet hat. Sie wurden zunächst nicht unbedingt Träger dieser Läden. Dazu ist es dann später oft gekommen, da die Initiativen von Eltern und der Nachbarschaft nicht dauerhaft in der Lage waren, diese Einrichtungen zu betreiben. Die Nachbarschaftsheime in ihrer Beständigkeit haben das dann übernommen und teils auch selbst neu gegründet. Das war kein bewusster Prozess, sondern eine von außen ausgelöste Neuorientierung. Hier haben die Stadtteilzentren auch ihre Stärke gezeigt: die Integration von Initiativen aus dem Stadtteil in ihr Programm.

Sabine Beikler: Kann man denn sagen, dass Ende der 70er Jahre das Projekt ad acta gelegt wurde und man die Gemeinwesenarbeit als reine Aufforderung zur politischen Arbeit gesehen hat? Wie wurden denn die Debatten geführt, ob die Häuser eine sozial-kulturelle oder sozialpolitische Ausrichtung haben sollten? Waren Sie beide mehr der sozial-kulturelle oder der sozialpolitische Typ?

Herbert Scherer: Ich galt als Zinner-Anhänger. Ich bin Mitte der 80er Jahre dazugekommen, und da gab es diese Debatte schon. Ich sage jetzt heute, eigentlich ist es traurig, dass die Gemeinwesenarbeit theatralisch beendet wurde und die Akteure sich in die Hochschulen zurückgezogen haben, um von da aus mit kritischem Blick die real existierende Nachbarschaftsarbeit zu bewerten. Das hat dazu geführt, dass die Gemeinwesenarbeit in Deutschland nicht so entwickelt wurde, wie es möglich gewesen wäre. Es ist doch erst nach der Jahrtausendwende wieder alles neu entdeckt worden, was in den 60er Jahren alles schon längst bekannt war. Und da haben unsere jungen Heißsporne ein bisschen dazu beigetragen. Sie haben mit großer Theatralik 1975 die Gemeinwesenarbeit für beendet, für tot erklärt. Selber! Aber an den Hochschulen haben sie weiter gelehrt, dass man es eigentlich machen müsste. Diese interne Debatte hat auch zu Fraktionierungen geführt, die von 1975 bis 1994 durchgingen.

Sabine Beikler: Herr Zinner, waren Sie jetzt der sozial-kulturelle oder der sozialpolitische Typ?

Georg Zinner: Ich war der praktische Typ. Ich habe mich sehr viel mit Gemeinwesenarbeit beschäftigt. Ich war ein großer Anhänger davon. Ich habe gedacht, darüber kann man tatsächlich Gesellschaft gestalten. Ich glaube, Deutschland war aber noch nicht reif dafür. Unsere Gesellschaft war noch nicht so demokratisch, dass sie mit so einer Strategie hätte wirklich umgehen können. So etwas kann man auch nicht von oben etablieren, das muss von unten wachsen. Die Bürgergesellschaft ist in Deutschland immer noch im Entstehen begriffen, die ist immer noch nicht perfekt. Wir sind immer noch in dem Prozess. Ich habe immer gesagt: gut ist, was den Leuten konkret nutzt, und habe versucht, praktische Angebote aufzubauen. Ich habe das damals nicht verstanden: Der Verband hieß VskA, und gleichzeitig wurde ich fast gekreuzigt, weil ich diesen Kulturarbeitsanteil in der Alltagsarbeit so stark vertreten habe.

Sabine Beikler: Meine Damen und Herren, Sie haben nun viel gehört über den Aufbau von demokratischer Lebensweise und dem sozialen Miteinander und den Reibungsflächen mit den politischen Idealen. Wenn es genau um diese Reibungsflächen geht, bleiben dann oftmals die Menschlichkeit und die individuelle Freiheit auf der Strecke. Doch was bedeuten Menschlichkeit und Freiheit?

Das folgende Theaterstück versucht, eine liebevolle und satirische Annäherung an die Grenzen des Menschseins. Es ist angelehnt an eine Erzählung von Franz Kafka, die er 1917 veröffentlichte und in der ein Affe eine gewichtige Rolle spielt. Viel Spaß!

Vielen Dank an den Schauspieler Guido Schmidt und den Ausschnitt aus seinem Solo-Theaterstück „Ein Bericht für eine Akademie“ nach Kafka. Es ist sicher ein sehr nachdrücklicher Blick eines Schimpansen auf Menschlichkeit und Freiheit.

Freiheit war auch eines der Hauptanliegen der Friedensbewegung der 80er Jahre. In ganz Deutschland wurden Bürgerinitiativen gegründet, die Anti-AKW-Bewegung wurde immer größer, Eigeninitiative wurde gefördert. Wie hat sich denn damals das Selbstverständnis der Nachbarschaftsheime gewandelt?

Georg Zinner: Das war für die Nachbarschaftsheime ein Glücksfall, dass es diese Bewegung gegeben hat, weil sie uns Anknüpfungspunkte für

die Zusammenarbeit mit den Bürgern gegeben hat und weil wir daran unser Selbstverständnis neu formulieren konnten. Hier sind Bewegungen im Sinn von gesundheitlicher Selbsthilfe, Kritik am klassischen Gesundheitswesen, der Apparatemedizin und der Ärzteschaft entstanden und haben dafür gesorgt, dass die Patienten mitreden und mitbestimmen wollten. In den Stadtteilen sind Bewegungen entstanden, die schönen Wohnraum erhalten wollten, gegen Kahlschlagsanierungen waren. Die Bürger haben unsere Kompetenz und unser Können in der Öffentlichkeitsarbeit eingefordert. Das waren für uns Herausforderungen, denen wir uns gut stellen konnten und die uns auf die Höhe der Zeit gebracht haben. Die Bürger haben etwas an uns herangetragen, wir haben es ergriffen und plötzlich waren wir wieder da.

Herbert Scherer: Der Verband hat damals zum Glück richtig reagiert. Aber dafür musste er sich intern auch wieder Auseinandersetzungen leisten. Denn es gab diejenigen, die gesagt haben: Ach du liebe Güte, da kommen wieder ein paar Neue und wollen an unsere Töpfe ran, wie können wir die abwehren? Also der klassische Impuls. Aber es gab damals ein paar weiterdenkende Vorstände, die gesagt haben: So wollen wir das nicht haben, wir öffnen uns für diese Einrichtungen. Das war eine Gründungsphase von Mitgliedseinrichtungen des Verbandes, die auch heute noch im Verband sind. Der Verband hat seine Beschränkung auf seine sechs, sieben, acht Mitglieder in dieser Zeit überwunden. Auch im Bundesgebiet gab es zu dieser Zeit einen Aufschwung. So sind zum Beispiel in NRW neue Einrichtungen entstanden, die in die Strukturen des Verbandes aufgenommen worden sind.

Sabine Beikler: Wie viele Landesverbände gab es damals?

Herbert Scherer: Es gab immerhin noch einen zweiten in NRW (*Gelächter*). Der ist damals entstanden und wir haben uns darum bemüht, auch andere Landesorganisationen, zum Beispiel von Bürgerhäusern, in den Verband zu locken. Die Bremer zum Beispiel. Aber die waren dann wieder so bremisch selbstbewusst, dass sie sich nicht einem Bundesverband anschließen wollten.

Sabine Beikler: Herr Zinner, Sie haben in einem Aufsatz über das sozial-kulturelle Gemeinwesen 1988 geschrieben, ich zitiere: „Nachbarschafts-

heime müssen Brücken bauen und mit professionellem Wissen zur Verfügung stehen. Sie können den Individuen und Gruppen keine Verantwortung abnehmen, wohl aber ihr Verantwortungsgefühl stärken. Wir müssen in unseren Einrichtungen verlorengegangene Nähe und Wärme wiederherstellen (...), neudeutsch ausgedrückt: sozial integrieren.“

Das bürgerschaftliche Engagement nahm ja Ende der 80er Jahre rapide zu. Wie änderte sich da die Arbeit der Nachbarschaftsheime?

Georg Zinner: Also ich glaube, wir haben vor allem über die Bürgerinitiativbewegung gelernt, dass dort Kompetenz vorhanden ist, die wir in unseren Reihen professionell nie vorhalten oder erwerben können. Das mussten wir anerkennen. Davor, in den 60er und 70er Jahren, war alles, was mit sozialer Arbeit und Gemeinwesenarbeit zu tun hatte, eine Sache von professionellen und ausgebildeten Leuten. Natürlich war, so der feste Glaube, nur der Ausgebildete befähigt, fachlich qualifizierte soziale Arbeit zu leisten. Und da ist plötzlich eine Gegenbewegung entstanden, der wir uns stellen mussten.

Wir haben natürlich die Geldtöpfe gesehen und die Leute, die sich da engagiert hatten. Die in unsere Häuser zu holen, war doch vorteilhaft, da haben wir was davon, denn es gab noch hauptamtliche Stellen und Geld dazu. Aber das war auch wieder nicht so ein bewusster Prozess, dass wir dann gemerkt hätten, dass diese Kompetenz für unsere Arbeit von enormer Wichtigkeit ist. Dann fing die Diskussion an über ehrenamtliche Arbeit, bürgerschaftliche Mitwirkung, Gestaltung, Teilhabe ... Aber das war ein sehr schwieriger Prozess, da bis weit in die 90er Jahre hinein die hauptamtlichen Mitarbeiter immer befürchtet haben, dass damit Stellen gestrichen werden sollten. Meine Position war damals immer: Selbst wenn die Politiker das wollen, muss uns das doch nicht interessieren. Uns kann nur interessieren, wie können wir bürgerschaftliches Engagement in unsere Arbeit einbinden? Wie können wir unsere Einrichtungen den Bürgern in irgendeiner Weise auch zurückgeben?

Sabine Beikler: 1989 kam die Wende. In Ost-Berlin gab es keine Nachbarschaftsheime, sondern Kulturhäuser. Hat man da kooperiert oder gab es schnell Neugründungen?

Herbert Scherer: Ja, das ist wieder eine spannende Zeit gewesen. Es gab unterschiedliche Strategien – wie gehen wir jetzt mit der neuen Situation um? Eine strategische Überlegung war tatsächlich, die Kulturhäuser zu entdecken, weil das alles schöne Häuser waren. Das können doch alles Nachbarschaftsheime werden. Der Versuch, sich den Kollegen aus den Kulturhäusern zu nähern, ist dann daran gescheitert, dass die alle im öffentlichen Dienst waren, dort bleiben wollten und es hingenommen haben, dass die Kulturhäuser zu Jugendzentren gemacht wurden.

Dann gab es ein paar andere Überlegungen, und es gab Dietmar Freier, damals Senatsdirektor hier in Berlin, der eine supergute Idee hatte. Der Verband durfte einen Pfadfinder einstellen. Das ist jemand, der einfach auf die Suche nach Initiativen geht, denen man zutrauen kann, eine Bürgerbewegung von unten mit den zugehörigen Häusern gestalten zu können. Es war also nicht so, dass jetzt annonciert wurde „ihr könnt hier Geld beantragen“, sondern man hat erst mal Initiativen gesucht, von denen man erwarten konnte, dass aus denen was wird. Und so hat der Pfadfinder tatsächlich eine Reihe von potenziellen Interessenten aufgetan, die dann angefangen haben. An vielen Stellen ist er dann auch abgeblitzt, weil viele sich zu der Zeit so etwas nicht vorstellen konnten, ohne nach BAT II a bezahlt zu werden – das war damals der Kurs für ABM-Projekte. Es wurde damals viel Geld für nicht so sehr nachhaltige Projekte zum Fenster rausgeworfen. Diejenigen, die sich darauf eingelassen haben, waren dann aber auch die Richtigen. Die Einrichtungen, die damals entstanden sind, gibt es heute noch.

Die heißeste Frage war damals doch, ob wir als erfahrene Nachbarschaftsarbeiter aus dem Westen in den Osten gehen und dort Nachbarschaftseinrichtungen aufbauen und die dann in unserer Trägerschaft behalten sollen. Es gab auch bei uns Stimmen, die das wollten. Da muss ich wieder mal sagen: Wir haben uns durchgekämpft und uns ganz klar entschieden, das nicht zu tun. Wir sagen, Nachbarschaftsarbeit muss von unten nach oben wachsen.

Sabine Beikler: Wann gab es denn das erste Nachbarschaftsheim im Ostteil der Stadt?

Herbert Scherer: Schon 1990 ist das Freizeithaus in Weißensee vorangegangen. Das war dann auch gut, denn da war es umgekehrt. Die sind rüber in den Westen gekommen, haben die Möglichkeiten genutzt, frei was Neues zu entwickeln, und haben sich Dinge abgeguckt, was früher nicht so üblich war.

Sabine Beikler: In den 90er Jahren kamen immer neue Initiativen dazu, die auch immer stärker zu Trägern sozialer Arbeit wurden. Lief das denn so reibungslos ab, wenn die Verwaltung merkte, dass sie weniger Einfluss hat?

Georg Zinner: Es hat, glaube ich, ein Konkurrenzverhältnis zwischen freien Trägern und der Verwaltung gegeben. Die Verwaltung hat sich oft gerade unter Spargesichtspunkten bedroht gefühlt, wenn die freien Träger Aufgaben übernommen haben. Das war dann sozusagen ein Konkurrenzverhältnis der nicht immer fruchtbaren Art. Wir haben sehr daran gearbeitet, partnerschaftliche Strukturen zu entwickeln. Ich habe immer versucht, den Bezirksstadträten zu sagen: Ihr werdet bei der Finanzsituation des Landes Berlin, bei den Aufgaben und der differenzierten Gesellschaft Institutionen brauchen, die näher dran und flexibler sind als eure Verwaltungen und Einrichtungen. Deswegen ist es gut, wenn ihr uns zu Partnern macht. Wir verstehen uns auch als eure Partner, wenn es darum geht, eine Region, ein Gebiet, einen Stadtteil mit sozialer Struktur in Zusammenarbeit mit den Bürgern zu entwickeln. Das hat in unterschiedlichem Maße geklappt, gerade im Ostteil der Stadt gab es wunderbare Beispiele. Das hat dazu geführt, dass die Stadtteilzentren als flächendeckendes Angebot in Berlin eingeführt wurden und deren Förderung auch nicht mehr umstritten war, wie es davor gewesen ist.

Sabine Beikler: Die Nachbarschaftsheime verfolgten auch eine Strategie der Unabhängigkeit. Das Angebot wurde immer größer, ambulante Dienste kamen hinzu, Hospize entstanden ... Hat das eigentlich jedem Politiker gefallen? Gab es nie Probleme, weiter finanziert zu werden?

Herbert Scherer: Na ja, Politiker möchten immer zweierlei: Wenn es um die Finanzen geht, möchten sie gerne Verantwortung abgeben. Wenn es darum geht, den Hut aufzuhaben, hätten sie gerne den Hut auf. Mit diesem Widerspruch leben wir. Der ist bereits in den 90er Jahren sehr

stark zutage getreten. Wir haben da große Krisen erlebt, als z. B. 1996 die Landesregierung hier in Berlin entdeckt hat, dass man überschuldet ist und sparen müsste. Man hat dann den Rotstift angesetzt. Das hat uns als sozialisierte West-Berliner anfangs furchtbar geschockt. Wir waren das nicht gewöhnt, wir hatten immer das bekommen, was wir brauchten. Jetzt hatte man uns plötzlich Geld weggenommen. Nachträglich würde ich sagen, das war die beste Zeit. Denn es hatte dazu geführt, wieder Fantasie zu entwickeln, um wieder aus der Situation rauszukommen. Von dem Moment an begann der zweite, dritte, vierte Aufschwung der Nachbarschaftsheimen in Berlin und Deutschland. Es begann die Entdeckung, dass Nachbarschaftsheimen auch Aufgaben und Dienste übernehmen können, wenn die öffentliche Hand dazu nicht mehr in der Lage ist, dass sie es ein bisschen effektiver machen können.

Sabine Beikler: Nachbarschaftsheimen arbeiten generationenübergreifend und sind offen gegenüber Ideen für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement. Jetzt hat die Bundesregierung ein 88-Millionen-Euro-Programm aufgelegt, um die Mehrgenerationenhäuser zu institutionalisieren. Sind die Nachbarschaftshäuser, die eben auch professionelle Dienstleistungen anbieten, eben die Mehrgenerationenhäuser, die die Bundesregierung fördert?

Georg Zinner: Mehrgenerationenhäuser sind sozusagen Nachbarschaftshäuser. Sie haben in ihrem Programm das, was wir von Anfang an hatten und wir selbst, glaube ich, nicht immer zu allen Zeiten verstanden haben: dass bürgerschaftliches Engagement und Eigeninitiative eine ganz große Rolle spielen. Wir haben auch die Komponente Unabhängigkeit mit im Programm. Die Mehrgenerationenhäuser sind leider nicht durchgehend freie Träger, soweit ich das im Kopf habe.

Es sind zwei Sachen: Institutionell gesehen ist unser Konzept bundesweit hoffähig geworden. Gesellschaftlich gesehen war dieses Konzept natürlich überfällig. Es ist ein Konzept, das den Bürgern Mitwirkung und Mitgestaltung ermöglicht und auch herausfordert. Es ist auch ein Abschied der Politik von ihren Allmachtsfantasien. Sie ist nicht mehr an jeder Stelle für das Wohl der Bevölkerung zuständig und kann das auch gar nicht. Die Bevölkerung muss wieder selbst Verantwortung übernehmen.

Damit ist die Zivilgesellschaft bis zu einem gewissen Punkt auf den Weg gebracht und anerkannt worden.

Ich habe immer zu meinem Verband gesagt: Ob die Politik oder wir das wollen oder nicht, es kommt sowieso. Ab einem gewissen Punkt werden die Bürger einfach die Dinge so in die Hand nehmen, wie sie es für sich richtig halten. Ehrenamtliches Engagement zum Beispiel entsteht immer dort, wo irgendwas nicht mehr stimmig ist und die Bürger das nicht hinnehmen wollen. Die Mehrgenerationenhäuser werden hier zu Anlaufstellen für ehrenamtliches Engagement, weil sie genau das aufnehmen können.

Herbert Scherer: Wir haben ein interessantes Problem: Seit zehn Jahren siegen wir unaufhörlich. Die Idee, für die die Nachbarschaftshäuser angetreten sind, wird zum Allgemeingut. Die Wiederentdeckung der Gemeinwesenarbeit im Quartiersmanagement, der Sozialraumorientierung im Jugendbereich ..., all das, wofür der Verband jahrelang gestritten hat, ist jetzt *Mainstream*. Nur, es kommt im Verband nicht an, d. h. die Mitgliederzahlen sind nicht gestiegen. Aber schon in den 90er Jahren haben wir uns dieser Sache gestellt. Es ist gar nicht so wichtig, dass wir viele Mitglieder haben, sondern wichtig ist, dass wir ein gutes Profil haben und Werbung machen. Wenn dem andere nachfolgen, ist das doch für die Gesellschaft und uns alle ganz prima. Deswegen ist dieser Verband nicht nur klein, sondern auch fein und unheimlich stark. In dem, was da rauskommt, richtig verbreitet, nützt es der ganzen Republik. *(Applaus)*

Sabine Beikler: Das ist ein sehr schönes Schlusswort. Da die Nachbarschaftsheime sehr bescheiden sind, wollte ich noch ein paar Zahlen nennen: Das Nachbarschaftsheim Schöneberg hat mittlerweile insgesamt 69 Projekte, im Vorjahr gab es rund 1,1 Millionen Besucher, rund 161 000 Pflegeeinsätze, 950 hauptamtliche und 1 460 ehrenamtliche Mitarbeiter. Wie man so hört, ist das Nachbarschaftsheim Schöneberg mittlerweile schon der größte Arbeitgeber im Bezirk. Soviel dazu, sehr bescheiden.

Aus: Rundbrief 2.2011, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Grundlagendiskussion auf der Jahrestagung Stadtteilarbeit des VskA 2012

Weiterentwicklung des Zinner-Freier-Papiers „Nachbarschaftshäuser in ihrem Stadtteil – Die Grundlagen ihrer Arbeit“ von 1999

Eingangsstements: Prof. Dr. Stephan F. Wagner, Geschäftsführer der Paritätischen Akademie, und Georg Zinner, Vorsitzender des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit e. V. und Geschäftsführer des Nachbarschaftsheimes Schöneberg e. V.

Willy Eßmann: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Vorbereitung der Foren haben wir Georg Zinner und Stephan F. Wagner gebeten, in einem dialogischen Prozess noch mal eine der Grundlagen nachbarschaftlicher Arbeit – in Berlin zumindest – zu erläutern, darzustellen, auf ihre Aktualität hin zu überprüfen. Es handelt sich um das berühmte Zinner-Freier-Papier.

Stephan F. Wagner: Ja, das Zinner-Freier-Papier! Ich habe mir das noch mal durchgelesen, Georg. Das, was ich am faszinierendsten fand: Das war ja damals ganz stark auf die Struktur geblickt, und die hat getragen! Das war präzise vorhergesagt. Im Prinzip sind die Strukturen immer noch da, nur die Mengenverhältnisse sind andere geworden. Wenn ich mich heute im Berliner Raum umschaue, dann haben wir wesentlich mehr „Nachbarschaftsheime plus“ als vor 20 Jahren, als wir das Papier geschrieben haben. Damals war eben das Nachbarschaftsheim Schöneberg die einzige Einrichtung, die in dieser Kategorie war. Oder wie siehst Du das?

Georg Zinner: Na ja, es waren schon noch ein paar mehr: Urbanstraße in Kreuzberg, Nachbarschaftsheim Mittelhof, um die im Westteil Berlins zu nennen. Aber vor 20 Jahren haben sich auch schon Entwicklungen im Ostteil Berlins angebahnt. Da gibt es heute eine Menge Nachbarschaftsheime, die wirklich „plus plus“ sind, nicht nur das Nachbarschaftsheim Schöneberg ist „plus plus“.

Stephan F. Wagner: Wie geht es weiter? Strukturell hätte ich an diesem Papier gar nichts zu verändern, sondern ich habe eher auf die inhaltliche Seite geguckt und mich gefragt: Was sind die Aufgaben für die nächsten 20 Jahre?

Georg Zinner: Warum wurde das Papier damals geschrieben? Ich habe immer versucht, den Nachbarschaftsheimen eine Grundlage zu geben, auf die sich alle verständigen können. Die Grundlage sollte, nach innen gerichtet, so etwas wie ein Selbstverständnis sein, und nach außen gerichtet, natürlich gerade den Geldgebern gegenüber, sollte damit deutlich und verstehbar gemacht werden, was Nachbarschaftsheime wollen, was Nachbarschaftsheime sind und welche Rolle sie in unserer Gesellschaft einnehmen können.

Mein größtes Ziel war, Nachbarschaftsheime zur sozialen Grundstruktur bzw. zur sozialen Infrastruktur in der Stadt zu machen. Das war mein Anliegen und gleichzeitig wollte ich immer auch sagen, was Nachbarschaftsheime ausmacht: die lokale Orientierung, das bürgerschaftliche Engagement, die Professionalität. Ich wollte ebenfalls darauf hinweisen, dass kein Nachbarschaftsheim wie das andere ist, jedes hat seine eigene Geschichte. Jedes Nachbarschaftsheim hat einen Verein im Hintergrund, dieser Verein muss auch ernst genommen werden, der Vorstand des Vereins muss ernst genommen werden. Jedes Nachbarschaftsheim liegt in einem anderen Stadtteil oder Stadtgebiet, hat sich vielleicht auch Schwerpunkte gesetzt, hat Tradition, was man alles berücksichtigen muss. Deswegen war es für mich sehr wichtig, dass es so sein muss, dass jedes Nachbarschaftsheim seinen eigenen Charakter findet. Das ist auch deswegen wichtig, weil natürlich, wofür ich auch Verständnis habe, jeder Geldgeber, wenn er Geld für eine bestimmte Aufgabe gibt, auch möchte, dass es vergleichbar ist, dass es Normen dafür gibt, dass bestimmte Anforderungen erfüllt werden. Und die Anforderung des Nachbarschaftsheimes muss aber immer sein, auf die Verschiedenheit des Stadtteils oder die Einmaligkeit eines Bezirks einzugehen, aber auch auf die Einmaligkeit der Menschen, die sich in diesem Stadtteil engagieren. Das ist für mich eine sehr wichtige Angelegenheit, dass es so ist. Dann war für mich auch bedeutsam, dass es das Recht des Nachbarschaftsheimes oder des Stadtteilzentrums gibt, klein zu bleiben. Ich habe damals viele Diskussionen mit Einrichtungen geführt, die alle mit dem Geld knapp wa-

ren. Denen habe ich gesagt, dass sie versuchen sollen, Träger zu werden, weil sie dann automatisch mehr Geld und vielleicht auch mehr Einrichtungen zur Verfügung haben. Möglicherweise hat man dann auch einen Verwaltungsapparat, der sich aus diesen Einrichtungen finanziert. Ich sagte, dass sie dann an Potenzial gewinnen, aber auch eine gewisse Unabhängigkeit, weil sie nicht nur von der einen Förderung abhängig sind. Das wollten aber bestimmte Einrichtungen nicht, weil sie sagten: Nein, wir möchten ein kleiner Treffpunkt bleiben. Das ist in meinen Augen auch legitim. Ich habe für uns den anderen Weg bevorzugt, andere übrigens auch, was sich durchaus auch als Stärke erwiesen hat, aber beides ist gerechtfertigt. Ich wollte mit diesem Papier eine Klarheit herstellen: Die Stadt braucht eine solche Infrastruktur, und es muss in allen Stadtteilen bzw. Regionen solche Zentren geben. Andererseits ging es um die Grundsätze nach innen und die Akzeptanz der Verschiedenheit.

Stephan F. Wagner: Aber wenn ich jetzt in die Zukunft schaue, dann finde ich in dem Papier nicht die Aufgaben. Was liegt in den nächsten 20 Jahren vor uns? Demografischer Wandel wird ja immer so als großer Begriff genommen, aber es sagt keiner, was das wirklich bedeutet. Demografischer Wandel heißt, dass wir viel weniger Jüngere haben, dafür haben wir aber viel mehr Ältere, womit wir ein strukturelles Problem haben. Damit sind dann auch Aufgaben für die nächsten 20 Jahre für die Nachbarschaftsheimen benannt. Es wird ganz stark darum gehen, wie wir in den Stadtteilen in den großen und kleinen Nachbarschaftsheimen mit den Problemen älterer Menschen umgehen. Das wird viel, viel größer werden, als es in den letzten 20 oder 30 Jahren war, einfach weil die Älteren viel mehr sind, und nicht weil das Problem größer geworden ist. Es wird darum gehen, wie wir mit Migranten umgehen. Es werden sehr viele Leute reinkommen. Man merkt das ja jetzt schon mit der Krise in Südeuropa, dass überall qualifizierte Leute aus Südeuropa auftauchen, wie sie sich hier integrieren. Ich denke, das wird eine ganz große Aufgabe werden, wie wir mit Migrantengruppen umgehen. Wie bauen wir sie in die Arbeit ein? Wo finden die sich in den Nachbarschaftsheimen wieder? Dann denke ich mir, dass es um Familien gehen wird. Ich fand eine Diskussion vor 10 oder 15 Jahren spannend, als es mit dem demografischen Wandel anfang bzw. als deutlich wurde, dass das nicht weggeht, sondern wirklich stattfindet. Da haben uns einige Leute vorgerechnet, dass das alles gar kein Problem ist, weil man dann die ganzen Leute aus

der Kinder- und Jugendarbeit nimmt, weil es ja viel weniger Kinder gibt, und diese ganzen Leute stattdessen in der Altenarbeit einsetzt.

Heute haben wir eine ganz andere Bewegung vor uns, weil wenn aus den Familien heraus überall alle tätig sein sollen in einer Gesellschaft, in der nicht mehr so viele Menschen da sind, dann muss ich für die wenigen Kinder auch ganz viel mehr Einrichtungen haben; also man kann die Leute da gar nicht herausnehmen. Insofern denke ich, dass es auch ganz massiv um die Unterstützung von Familien gehen wird, damit Gesellschaft organisierbar bleibt. Ich glaube, da sind drei große Arbeitsfelder für Nachbarschaftsheimen benannt, die in den nächsten 20 Jahren eine große Rolle spielen werden und wo sich ganz viel bewegen wird, also: Migranten, ältere Menschen und Familien. Wie schätzt Du das ein?

Georg Zinner: Na ja, das unterscheidet sich dann nicht so sehr von dem, was heute auch schon von den Nachbarschaftsheimen gemacht wird. Die Nachbarschaftsheimen sind auch deswegen „so gut aufgestellt“, weil sie imstande sind, so flexibel zu reagieren. Ich meine, das größte Verdienst der Nachbarschaftsheimförderung, auch einer Senatsverwaltung für Soziales, die Nachbarschaftsheimen fördert, oder einer Politik, die das verstanden hat, ist, dass man die Mittel eben nicht zweckgebunden ausgibt und sagt, ihr müsst mit dem Geld genau das machen und nichts anderes, was wir genau überprüfen. Der Vorteil der Förderung der Stadtteilzentren in Berlin, wobei ich nicht weiß, wie das für die einzelnen Einrichtungen im Bundesgebiet ist, wo es noch institutionelle Förderung gibt, aber der Vorteil in Berlin ist, dass man uns eine bestimmte Geldsumme anvertraut – es darf immer auch ein bisschen mehr sein, Frau Spotka –, mit dem wir dann auch selbst Akzente setzen können.

Und genau das versetzt uns in die Lage, anstehende Aufgaben schnell zu bewältigen und nicht erst zu warten, bis irgendein Programm aufgelegt wird, das mehr oder weniger soziale Probleme einer Region aufnimmt und dann vielleicht sowieso nicht stimmig ist und mit vielen Vorschriften behaftet bleibt.

Von daher bin ich da ganz optimistisch. Es war bisher schon so, dass es unsere Stärke war, und wenn es so bleiben soll, dann muss es auch in Zukunft so bleiben, damit diese relative Summe an Geld, die wir zur

Verfügung haben – nicht jedes Nachbarschaftsheim bekommt ja gleich viel – wie ein Hebel wirken kann, wenn man uns diese Freiheit in der Gestaltung und Aufgabenwahrnehmung gibt. Ich will das noch um einen Punkt ergänzen: Diese Flexibilität ist einerseits natürlich dieser Möglichkeit geschuldet, die uns diese Freiheit gibt, andererseits aber auch dem Engagement der Bürger und sicher auch der Mitarbeiter in den Nachbarschaftsheimen, der Vereine auch, dass sie in der Lage sind, sehr schnell auf Bedürfnisse zu reagieren. Ich behaupte das jedenfalls, ich habe das nicht wissenschaftlich untersucht, aber ich sage immer: Alle gesellschaftlichen Innovationen gehen von den Bürgern aus. Bevor die Institutionen, die Politik oder die Verwaltung, bevor die Wohlfahrtsverbände oder wer auch immer merkt, was läuft, haben es die Bürger schon gemerkt. Immer dann, wenn es keine institutionelle Antwort gibt oder Antwort durch die Tat, dann werden die Bürger selbst aktiv, dann engagieren sie sich ehrenamtlich. Dafür gibt es viele wunderbare Beispiele. Und die Nachbarschaftsheime sind diejenigen, die wegen ihrer Bürgernähe und Niedrigschwelligkeit, wegen ihrer Offenheit und Flexibilität, wegen des flexiblen Geldes, das sie zur Verfügung gestellt bekommen, in der Lage sind, diese Bürgeranliegen oder Probleme, die da formuliert werden, sehr schnell aufzunehmen, zu integrieren und bürgerschaftliches Engagement einzubinden in die eigene Arbeit. Das ist in meinen Augen die weitere Stärke, dass innovative soziale Arbeit für mich nur vorstellbar ist oder auch nur funktioniert, wenn wir als Nachbarschaftsheim in der Lage sind, diese Bürgeranliegen aufzunehmen und in unsere Arbeit zu integrieren.

Stephan F. Wagner: Ich denke, das war immer einer der großen Vorteile. Das ist ja von den Hauptamtlichen nie so ehrlich behandelt worden. Hauptamtliche sind total gut darin, Dinge zu organisieren, Gelder zu verwalten, mit Verwaltungen umzugehen. Wirklich neue Sachen zu erfinden, da sind Hauptamtliche nicht besonders gut drin. Wenn ich einem Hauptamtlichen sage, dass er mir was Neues erfinden soll, dann kommt er nach drei Tagen mit einem großen Plan, worauf steht, dass er 100 000 Euro braucht, und er sagt, dann probieren wir das mal aus und in drei Jahren kann ich dir sagen, ob das geht. Wenn ich damit dann zur Verwaltung gehe, egal in welcher Stadt, dann sagen die: Du spinnst, das machen wir nicht.

Und Ehrenamtliche haben was ganz anderes, Ehrenamtliche haben sich selbst. Sie haben eine Ressource, die niemandem gehört außer ihnen. Und sie können diese Ressource erst mal einsetzen für die verrücktesten Ideen. Ehrenamtliche machen nicht nur tolle Sachen. Ich habe schon Ehrenamtliche viele Sachen machen sehen, wo ich mich gefragt habe, was das soll. Und das ist dann auch so geendet, sie haben dann nach drei Monaten wieder aufgehört, weil das alle Mist fanden und das Umfeld nicht reagiert hat.

Aber wenn Ehrenamtliche was Gutes machen und sie gekoppelt mit Hauptamtlichen sind, das ist eigentlich dieser Schnittpunkt, den Du beschreibst, ja, dann geht das nicht verloren, dann sind auf einmal Hauptamtliche da, die sehen, oh, das ist wirklich toll. Und dann brauchen sie keine 100 000 Euro, um was Neues zu entwickeln, sondern dann kommen sie mit einem funktionierenden Modell und sagen, guck mal, wir machen das schon, das geht, das funktioniert. So entstehen neue Sachen viel schneller.

Das heißt, Nachbarschaftsheime in dieser Mischung aus Haupt- und Ehrenamt, die sind wie so eine Wiege, in der Neues entsteht, wie ein Labor, in dem beständig Neues entsteht. Und dieser Laborcharakter gibt ihnen einen unheimlichen Vorteil gegenüber anderen.

Wobei ich glaube, dass sich an einem Punkt etwas ändern wird: In den nächsten 20 Jahren werden wir ganz stark auch Ehrenamtliche mit Ausbildung sehen. Wir kriegen immer mehr ehrenamtliche Funktionen, für die wir richtige Ausbildungen brauchen, zum Beispiel Berater, Telefonseelsorge, Mentoren usw. Vorhin im Kabarett tauchte ja auch auf, was da alles an Begriffen inzwischen entstanden ist. Aber hinter diesen Begriffen stehen Qualifikationsprofile, die so früher mit Ehrenamt nicht verkoppelt waren. Von daher erwarte ich in den nächsten 20 Jahren in den Nachbarschaftsheimen einen ganz anderen Mix an hauptamtlicher und ehrenamtlicher Arbeit, mit einem noch viel stärkeren ehrenamtlichen Element und einem hauptamtlichen Element, was noch stärker in der organisierenden und steuernden Funktion ist. Die Arbeit mit den Bürgern, mit den Menschen, die wird noch stärker von Ehrenamtlichen gemacht werden. Oder siehst Du das anders?

Georg Zinner: Exakt, das ist – bei den begrenzten Kräften, die wir haben – genau das, was wir machen müssen. Die Nachbarschaftsheime müssen sozusagen entscheiden, welche Rolle sie einnehmen.

Für das Nachbarschaftsheim Schöneberg ... – allgemein kann ich das nicht sagen, aber ich könnte mir vorstellen, dass es eine allgemeine Tendenz ist, dass es immer mehr Ehrenamtliche gibt, die auch als Gruppen von Ehrenamtlichen agieren, die auch sich selbst ergänzen und erneuern. Für mich sind in Berlin die Schülerpaten so ein Beispiel, die in arabische Familien gehen. Überwiegend sind das Studenten, die ihrerseits wieder Studenten anwerben und sich selbst organisieren. Sie werden von uns ausgebildet bzw. fortgebildet und auf die spezielle Kultur arabischer Familien vorbereitet. Sie bekommen Unterstützung, wie man methodisch bei Schularbeiten arbeitet, aber ansonsten organisieren die sich selbst, also nicht wir suchen die Ehrenamtlichen für diese Schülerpaten.

Oder: Bei uns gibt es seit sieben Jahren die Redaktion Stadtteilzeitung, die ehrenamtlich arbeitet. Jeden Monat erscheint eine neue Stadtteilzeitung. Auch die ergänzen sich selbst, wir kriegen das gar nicht mehr mit. Wir geben ihnen nur den Freiraum, wir steuern das ganz locker.

Ich meine, das größte Potenzial erschließt sich dann, wenn wir diesen ehrenamtlich Engagierten, die sich ihr Engagement nach ihren Interessen oder ihren Anliegen definieren, so viel Freiheit wie möglich geben, denn umso erfolgreicher werden sie wahrscheinlich. Das müssen wir auch können und dürfen. Diese Freiheit müssen wir auch wiederum von unseren Geldgebern zugestanden bekommen. Da verschließt sich die Reglementierung dem bürgerschaftlichen Ehrenamt, wozu es in den letzten Jahren immer wieder Versuche gab.

Stephan F. Wagner: Ja, aber das wird auf Dauer nicht funktionieren. Die Zeiten der betriebswirtschaftlichen Reorganisation sozialer Arbeit haben ihren Höhepunkt überschritten. Da ist ja vieles notwendig gewesen, aber jetzt treten wieder andere Momente in den Vordergrund: Was wollen wir wertemäßig machen? Wie müssen wir inhaltlich organisiert sein? Und hier sehe ich allerdings einen ganz entscheidenden Unterschied, wie Nachbarschaftsheime vor 30 Jahren und heute aufgestellt sind. Als ich vor 30 Jahren als junger Sozialarbeiter in die Nachbarschaftsheime kam,

da war Gemeinwesenarbeit ein Exotenfeld. Im Studium hatte man mal was davon gehört, das machten ein paar wenige, und es hatte auch ein bisschen einen Schmuddelkindcharakter, also das waren die, die nicht so ganz angepasst waren. Da wusste man nicht so genau, ob man die überhaupt weitermachen lassen sollte.

Heute ist Gemeinwesenarbeit, die ganze Methodik, die dahinter steht, eigentlich angekommen im Zentrum sozialer Arbeit – ob du in die Schulsozialarbeit gehst, ob du in die Beratungsarbeit oder in die Kinderarbeit gehst. Ganz viele Kitas werden jetzt in Berlin zu Familienzentren umgebaut, also dieses auf das Umfeld bezogene Element, die Menschen mit einzubeziehen, dieses Gemeinwesenmoment ist zu einem zentralen Moment sozialer Arbeit geworden. Damit sehe ich die Nachbarschaftsheimen in eine ganz andere Position rücken, auch in Bezug auf die soziale Arbeit in Deutschland, wo wir ganz andere Möglichkeiten für Kooperationen haben und Verständnis für unseren Arbeitsansatz finden. Das war vor 20 oder 30 Jahren noch nicht möglich.

Georg Zinner: Ja, da stimme ich zu. Ich kann mich erinnern, ich hatte mal einen Aufsatz in einer Fachzeitschrift veröffentlicht, ich weiß den Titel nicht mehr genau: Ehrenamt ist ein Grundrecht. Damit wollte ich sagen, die Institutionen sozialer Arbeit haben die Aufgabe, bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement zu ermöglichen, den Freiraum dafür zu schaffen, dass Bürger sich engagieren können. Das war damals eben nicht selbstverständlich, dass wir in unseren Reihen ehrenamtliche Mitarbeiter akzeptiert haben. Wir haben das sogar als Sparmaßnahme begriffen, so wurde das auch transportiert. Teilweise wurde das auch von der Politik so transportiert, dass gespart werden muss, weshalb man das Ehrenamt braucht. Auch von den Wohlfahrtsverbänden wurde das so akzentuiert.

Ich kann mich auch an interne Diskussionen im Nachbarschaftsheim Schöneberg erinnern, bei denen ich sagte, dass es uns doch egal sein kann, was die Politik will. Es kann uns auch egal sein, was irgendwelche Wohlfahrtsverbände wollen, denn wichtig ist doch, was wir wollen! Wenn wir mit den Bürgern im Stadtteil zusammenarbeiten wollen, dann müssen wir unsere Häuser öffnen und müssen bürgerschaftliches Engagement zulassen, und zwar für das Engagement, für das Bürger sich

interessieren und engagieren, worin sie ihre Anliegen sehen. Die Bürger sind der Seismograf gesellschaftlicher Entwicklungen. Immer dann, wenn es nicht mehr stimmt, dann engagieren sich Bürger.

Historisch gesehen ist das alles bekannt. Auch Organisationen wie die Lebenshilfe sind ursprünglich aus Bürgerinitiativen entstanden und heute große Konzerne. Also das ist gar nichts Neues. Ich will noch auf einen anderen Aspekt hinweisen, bevor wir uns sehr festsetzen.

Im Kabarett hat das bürgerschaftliche Engagement bzw. das Ehrenamt angefangen. Diese Infrastruktur, die ich mit befördern wollte, deren allgemeine Akzeptanz ich wollte, die ja in Berlin heute auch nicht mehr bestritten wird und die auf Bundesebene ja auch noch den Ausdruck der Mehrgenerationenhäuser bekommen hat, die vom Bundesfamilienministerium bundesweit etabliert wurden, hat ja genau den Ansatz, den wir schon seit Jahrzehnten verfolgen. Diese soziale Infrastruktur muss gewollt sein. Ich glaube, dass in der heutigen komplexen Gesellschaft Probleme nur noch gelöst werden können, wenn sich Bürgerengagement mit solchen lokalen Institutionen zusammenschließen. Lokale Institutionen, die bürgernah und erreichbar sind, die Räume zur Verfügung stellen, die auch mal ihre Interessen zugunsten von Bürgerinteressen zurückstellen, die Selbstorganisation akzeptieren und sogar befördern, solche Infrastrukturen sind zwingend notwendig, wenn wir unsere gesellschaftlichen Probleme lösen wollen. Wir werden es nicht schaffen mit Klientelisierung – oder wie soll ich das nennen? Also man kann das ja wunderbar in der Jugendhilfe sehen, die explodierenden Kosten bei den ambulanten und stationären Erziehungshilfen, ein Fass ohne Boden, ohne dass man wirklich sagen kann, dass sich in der Gesellschaft was ändert.

Ellis Huber hat das heute auf eine ganz andere Art und Weise auch in den Vordergrund gestellt, wie Gesundheit entsteht. Ich glaube, Gesundheit entsteht, indem solche Zentren da sind, die sich bedingungslos den Bürgern öffnen und sich immer wieder den Bürgern zur Verfügung stellen. Das wichtigste Produkt, behaupte ich jedenfalls, das wir haben, ist die Herstellung von Gemeinschaft. Gemeinschaft kann auf ganz viele verschiedene Arten und Weisen entstehen, durch ehrenamtliches Engagement, durch eine Singegruppe bzw. durch einen Chor, durch irgend-

eine Aktion, durch die Pflege eines gemeinsamen Hobbys. Das ist eigentlich völlig egal. Hier in Berlin sind über 50 % Einpersonenhaushalte. Und wir stellen immer wieder Gemeinschaft her, weil kein Mensch ohne Gemeinschaft überleben kann. Ich glaube, was Ellis Huber sagt, dass das für die Gesundheit und das soziale Wohlbefinden unabdingbar ist.

Deswegen brauchen wir so eine Infrastruktur, die immer wieder soziale Gemeinschaft herstellt. Früher war das vielleicht die Familie oder die Kirchengemeinde, die Gewerkschaft oder der Sportverein, aber die funktionieren heutzutage in dieser Weise nicht mehr. Und wir als Nachbarschaftsheimen funktionieren bedingungslos, das heißt, niemand, der zu uns kommt, muss sich irgendeiner Bedingung unterwerfen. Ich muss kein Mitglied werden, ich muss nicht einer Religion angehören, ich muss nicht irgendetwas glauben, hier darf ich einfach so herkommen und auch wieder verschwinden.

Stephan F. Wagner: Na ja, aber da fehlt mir jetzt was, denn für mich gehört zu dem Begriff Gesundheit oder zu dem Begriff Gemeinschaft auch, dass ich bestimmen kann, dass ich in meiner Kraft bin und mein Lebensumfeld gestalten kann. Das heißt, für mich gehört auch das Element Gegenmacht dazu. Ich denke, dass Nachbarschaftsheimen auch immer ein Moment sind, wo Bürger sich auch notfalls gegen den Staat oder für ihre Interessen einsetzen können. Für ihre Interessen, das kann mit dem Staat bedeuten, aber auch gegen den Staat, was von der Situation abhängt. Da wünsche ich mir in den nächsten 20 Jahren wieder etwas mehr Zähne im Gesicht der Nachbarschaftsheimen und ein paar Krallen an der Hand. Aber die wachsen nicht von selber.

Herbert hebt da hinten schon die Hand. Mit ihm hatte ich neulich mal darüber gesprochen. Er erzählte mir, dass in New York inzwischen viele Nachbarschaftsheimen dazu übergegangen sind, einen Community Organizer in den Nachbarschaftsheimen anzustellen. Das wäre zum Beispiel eine Sache, die ich gerne hätte, wenn wir das als Standardmethode mit reinnehmen würden, wenn die großen und die kleinen Nachbarschaftstreffs auch einen Community Organizer hätten, der rausgeht, der guckt, wo die Interessen der Bürger sind, der die Bürger auch aufstacheln, für ihre Interessen einzutreten, damit sich in der Stadt was bewegt. Bewegung heißt auch, dass man sich weh tut.

Georg Zinner: Ich glaube, dass Nachbarschaftsheime oder Nachbarschaftszentren als Partner auch der Bezirke, meinerwegen auch der Senatsverwaltungen, agieren müssen. Da ist es notwendig, dass in den Verwaltungen erkannt wird, dass, um in einem Stadtteil oder in einer Region die sozialen Probleme gut zu bewältigen, die Bürger notwendig sind und dass die Bürger eine Infrastruktureinrichtung bzw. eine Anlaufstelle brauchen. Und das sind wir.

Wo es diese Einrichtung nicht gibt, müssen meiner Meinung nach die Bezirke solche Einrichtungen schaffen. Sie müssen sie nicht immer neu schaffen, man kann auch eine bestehende Seniorentagesstätte in ein Nachbarschaftszentrum weiterentwickeln, man kann auch ein Jugendfreizeitheim in ein Stadtteilzentrum weiterentwickeln. Man muss nicht zwangsläufig immer zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, sondern man muss sagen: Wir brauchen diese soziale Infrastruktur und wir brauchen die Bürger, die mithelfen, soziale Probleme zu lösen. Dann wären wir wieder bei den Themen, wie wir den demografischen Wandel bewältigen, Migration und damit verbundene Probleme lösen usw. Das geht nur mit dem Bürger zusammen, weil das die Institutionen nie alleine schaffen. Herr Meißner hat heute sehr eindrucksvoll geschildert, wie der Verband wahrgenommen wird. Ich denke, es gibt eine Bringeschuld des Verbandes, wie er auftritt in der Öffentlichkeit, wie er sich gegenüber der Politik präsentiert, wie er unsere Interessen vertritt, aber es gibt auch eine Bringeschuld der Ämter, der Stadträte, der verantwortlichen und leitenden Mitarbeiter, dass sie überlegen, welche Instrumente sie brauchen, um den demografischen Wandel zu bewältigen. Da müsste ihnen schon einfallen, dass solche Häuser heute erste Wahl sind, um solche Probleme aufzulösen.

Stephan F. Wagner: Na ja, gut, aber wenn ich auch auf den morgigen Tag schaue mit dem Thema Inklusion und wenn ich an die Zukunft denke, dann haben wir als Nachbarschaftsheime im Augenblick eine Steilvorlage bzw. eine Riesenchance bekommen, was beim Inklusionsgedanken da ist: dass ich sage, ich möchte für mich eine Welt, in der alle anwesend sind – der Hochbegabte, der Behinderte und der Kranke, der Lachende und der Weinende –, die Welt soll so gestaltet sein, dass alle anwesend sein können.

Das war immer auch der Anspruch der Nachbarschaftsheime, offen zu sein für alle, alle sind anwesend, alle können kommen. Damit sehe ich eigentlich unter diesen Bedingungen – dass Inklusion zu einem zentralen Moment werden wird aufgrund der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention, aufgrund der Diskussion in der deutschen Sozialarbeit – für die Nachbarschaftsheime in den nächsten 20 Jahren goldene Zeiten. Wir haben die praktische Erfahrung, wie es geht, weil Inklusion nicht angenehm sein wird, denn es wird Ärger geben, es wird jede Menge Debatten und Streit geben. Wer wird wie richtig inkludiert? Und wir wissen, dass es Streit gibt, und wir wissen, wie es geht. Von daher glaube ich, dass Nachbarschaftsheime mit dieser lokalen Bezogenheit, mit dieser konkreten Arbeit vor Ort und mit dieser Haltung, die im Prinzip dieses inklusive Handeln schon beinhaltet ... – Das ist das Mittel der Stunde. Was wollen wir mehr?

Herbert Scherer: Ich möchte was ergänzen: Ich denke, es ist wichtig, dieses Papier historisch einzuordnen. Es hat einen guten Grund, dass es gerade 1999 geschrieben worden ist. Es ging in gewisser Weise um eine Kritik an mir. Und es sollte ein Befreiungsschlag sein, weil nämlich Georg Zinner der Meinung war, dass wir in einer ganz gefährlichen Phase waren.

Stephan F. Wagner: Das waren wir ja auch.

Herbert Scherer: Es ging 1999 um die Vorbereitung des Stadtteilzentrenvertrages, und es bestand die Gefahr, dass der Senat bestimmt, was die Nachbarschaftshäuser tun, und nicht die Nachbarschaftshäuser selber. Und in den Senatsverwaltungen gab es das Interesse, einen Einheitstypus zu definieren, der für alle, die ihm nicht entsprochen hätten, in der nächsten Phase gefährlich geworden wäre, weil man ihre Förderung infrage gestellt hätte. Das, was die Verwaltung auf diese Weise festgelegt hätte, wäre den Einrichtungen mit den aus ihrer Geschichte und den Bedarfslagen vor Ort begründeten Unterschieden nicht gerecht geworden. In dieser Hinsicht war das Papier eine vorbeugende Kritik an mir. Ich war ja damals Geschäftsführer und es bestand die ernstzunehmende Gefahr – ich habe das selbst auch gemerkt –, dass eine Schere im Kopf die Politik des Verbandes bestimmen könnte. Es hätte passieren können, dass wir zu sehr danach geguckt hätten, was ins Konzept der Senatsver-

waltungen passt. Es war nicht ungefährlich, dass wir jetzt die Fördergelder für die Einrichtungen verteilen und prüfen sollten, weil wir das ja im Auftrag des Senats tun sollten. Das bedeutete natürlich auch eine Loyalitätspflicht gegenüber diesem Auftraggeber, die in Widerspruch zu den Interessen der Mitgliedseinrichtungen und des Verbandes treten könnte. Das Papier war in dieser Situation ein Befreiungsschlag. Es bedeutete, dass wir uns die Definitionen nicht von anderen vorschreiben ließen, sondern eigene Definitionen und eigene Zielbestimmungen vornahmen. Ich selbst hätte das damals nicht so schreiben können, weil ich durch die ständigen Verhandlungen mit den Senatsverwaltungen schon ziemlich befangen war. Und deswegen hat Georg Zinner angefangen, das zu schreiben, Freier hat das noch ein bisschen korrigiert. Freier kam aus der Verwaltung und hat die Gefahr, vor der wir standen, noch viel besser gesehen. Er hat vor allen Dingen reingeschrieben – ich übersetze das mal in eine andere Sprache –: Der Senat hat nicht zu bestimmen, was läuft, sondern die Bürger haben zu bestimmen, was läuft, und daran müssen wir arbeiten.

Ich finde, das ist ein wichtiger Aspekt, wenn es jetzt darum geht, das Papier irgendwie weiterzuschreiben. Dann muss man auch wieder den historischen Ort heute benennen: Vor welchen Gefahren stehen die Einrichtungen heute? Vor welchen Gefahren steht der Verband heute. Es geht also nicht nur um zeitlose Inhalte, sondern auch um die Bestimmung der historischen Situation und die daraus abzuleitenden Aufgaben.

Stephan F. Wagner: Mir geht es, wenn ich auf die nächsten 20 Jahre gucke, nicht darum, zu gewinnen oder zu siegen. Mir geht es darum, dass wir eine lebenswerte Welt organisieren. Mir geht es auch darum – wobei wir aber super aufgestellt sind, weil wir die vielen Ehrenamtlichen mit reinnehmen, weil das integrierter Teil unserer Arbeit geworden ist –, mir geht es darum, dass das gemacht wird, was der Bürger will, und nicht das, was der Staat will. Der Staat muss den Bürgern dienen und nicht andersrum.

Das heißt, da muss auch Konflikt angelegt sein, damit man das deutlich macht. Wir müssen auch ein ganzes Stück weit wieder raus aus den Projektfinanzierungen. Das ist das Gift einer Staatssteuerung, die sich falsch entwickelt, weil der Staat die Projekte vor Ort nicht versteht. Je

konkreter er steuern will, desto chaotischer wird die Situation. Die Bürger vor Ort, wenn die Geld in die Hand bekommen – zusammen mit den Nachbarschaftsheimen –, dann können die was entwickeln, was die verstehen und was notwendig ist. Teilweise ist das aber etwas anderes als das, was der Staat will.

Petra Sperling: Ich möchte gerne noch für die späteren Diskussionsrunden den Blick erweitern auf Visionen. Mir fehlt bislang nicht nur der Bezug zur Gegenwart, sondern auch der gesamtstädtische Blick in die Zukunft. Zu den Ausführungen bislang: Wir haben heute 20 Jahre später, Berlin hat sich wahnsinnig verändert, die Stadt hat sich zu einer Mega-Metropole mit allen möglichen Auswirkungen entwickelt. Wir Stadtteilzentren merken das in all unseren Gebieten und teilweise auch untereinander. Also was in Friedrichshain-Kreuzberg passiert, merken wir in Marzahn und in Staaken.

Das heißt, ich wünsche mir eine konzentrierte Arbeit zwischen den Stadtteilzentren mit einem gesamtstädtischen Blick auf die Geschehnisse hier in Berlin. Genauso möchte ich den Blick weitem im Bereich Ehrenamt. Ich denke, wir sollten uns nicht vorrangig nur auf den Ehrenamtsbereich konzentrieren, bei dem Bürger tätig werden. Wie in anderen Metropolen, z. B. New York, sollten wir darauf hinwirken, dass auch Unternehmen unterstützend tätig werden. So werden dort Mitarbeiter während ihrer Arbeitszeit freigestellt, um Lesepatenschaften für Kinder zu übernehmen. Auch bei Firmen sollte die politische Teilhabe am Gemeinwesen verstärkt angeschoben werden.

Frau Wilkening: Ich wünsche mir auch noch eine Erweiterung. Ich unterstütze dich, Petra, in dem, was du gesagt hast. Für mich ist aber auch noch sehr wichtig, wie es in den anderen Städten und Landkreisen aussieht. Was wird in Hessen gemacht? Wir sind ja der Bundesverband, nicht nur der Berliner Verband. Der Fokus sollte auch darauf gerichtet werden, was unsere Kollegen in Rostock oder in Mecklenburg-Vorpommern machen. Welche Dinge können wir da noch lernen und auch weitergeben, wo können wir den Weg miteinander gemeinsam gehen und Strategien entwickeln. Diesen Punkt möchte ich heute auch gerne noch besprochen haben in den Foren. Es sollte nicht zu berlinlastig werden, auch wenn wir hier in Berlin sind und es sehr viele Einrichtungen hier

gibt. Aber das lokale Handeln ist einerseits wichtig, andererseits bringt uns auch das nationale Handeln weiter, auch in den lokalen Bereichen.

Teilnehmerin: Das ist kein Widerspruch.

Georg Zinner: Um Petra zu antworten, das ist auch kein Widerspruch. Wenn ich unsere Beispiele nehme, wir kooperieren natürlich mit einer ganzen Reihe von Geschäftsleuten. Es gibt hier die PSD-Bank, kann ich nur empfehlen, die mit uns kooperiert und in Friedenau soziale Projekte oder Kulturprojekte mit uns zusammen macht. Oder wir arbeiten mit Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften zusammen, was für Nachbarschaftsheime eigentlich auch nicht ganz neu ist. Es ist aber auch so, dass es teilweise, höre ich von unseren Mitarbeitern, auch schon schwierig wird, weil die Firmen kommen und sagen: Wir möchten unseren Social Day bei euch machen, wir haben 20 Mitarbeiter, die haben diesen Tag ausgewählt. Oder: Wir haben 50 Mitarbeiter, die müssten in den nächsten Monaten irgendwas machen. Wir werden quasi zum Organisator von den sozialen Einsätzen der fremden Mitarbeiter. Der Vorteil liegt darin, dass die sich mit uns als Einrichtung und Nachbarschaftszentrum beschäftigen und mit uns in Berührung kommen. Der Nachteil liegt darin, dass die Mitarbeiter das nicht unbedingt freiwillig machen. Ich will das nicht in Frage stellen, aber natürlich haben wir, wenn ich 20 Jahre oder noch mehr zurückdenke, mit solchen Firmen oder Betrieben auch Berührungspunkte gehabt, während wir heute mit solchen Firmen zusammenarbeiten. Das stellt uns vor neue Herausforderungen. Vor wenigen Wochen war zum Beispiel ein bundesweiter Verband für Klein- und Mittelstandsunternehmen da. Sie wollten, dass wir Mitglied bei ihnen im Verband werden, während sie andererseits mit uns kooperieren wollen. Ich weiß noch gar nicht, wie ich darauf reagieren werde.

Stephan F. Wagner: Aber das ist genau das, was wir jetzt in den Arbeitsgruppen besprechen sollten! Es geht darum, was wir jetzt machen werden, wie es weitergeht. Ich bin ganz gespannt, was da bis morgen rauskommt.

Aus: Rundbrief 1.2013, Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Georg Zinner (1948–2014) war Bankkaufmann, Diplom-Sozialarbeiter und Diplom-Soziologe. Nach Berufserfahrungen in der behördlichen Sozialarbeit wurde er 1978 Geschäftsführer des Nachbarschaftsheim's Schöneberg, das er in mehr als 35-jähriger Tätigkeit zu einem der größten sozialen Unternehmen in Berlin entwickelte. Gleichzeitig engagierte er sich in den Jahren 1974 bis 1985 als Lehrbeauftragter im Bereich Theorie und Praxis der Sozialarbeit an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin. Neben dieser Tätigkeit war Georg Zinner ehrenamtlich seit 1979 im Vorstand des Paritätischen Berlin, lange Jahre davon als Vorsitzender. Im Paritätischen Gesamtverband wirkte er zwischen 1987 und 2003 in verschiedenen Funktionen, im Vorstand, im Beirat, in der Paritätischen Akademie. Seit 2001 war er Mitglied im Vorstand des Verbandes für sozial-kulturelle Arbeit, dem Dachverband für Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, und übernahm 2005 dessen Vorsitz.